



Plenarprotokoll

25. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 22. Februar 2001

Aktuelle Stunde

Bericht des Statistischen Landesamtes vom 15. Februar 2001 zum wirtschaftlichen Wachstum in Schleswig-Holstein.....

1788

Antrag der Fraktion der CDU

Martin Kayenburg [CDU]	1788
Bernd Schröder [SPD]	1789
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	1791
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1793
Lars Harms [SSW]	1794
Uwe Eichelberg [CDU]	1795
Birgit Herdejürgen [SPD]	1797
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	1798
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1800

Drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Mitarbeiter

1802

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 15/716

Jürgen Weber [SPD]	1802
Jost de Jager [CDU]	1803
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1804
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1805
Anke Spoorendonk [SSW]	1806
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1806

Beschluss: Annahme

1807

Haus der Geschichte

1807

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/735

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/759		Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 15/724 an den Wirtschaftsausschuss, den Sozialaus- schuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung 2. Annahme des Antrages Druck- sache 15/764	1807, 1814 1808 1810 1811 1812 1813	1841
Caroline Schwarz [CDU]	1807, 1814			
Jürgen Weber [SPD]	1808			
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1810			
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1811			
Anke Spoorendonk [SSW]	1812			
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	1813			
Beschluss: Annahme	1815			
Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.	1815			
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/725 (neu)		Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/723		
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1815	Anke Spoorendonk [SSW]	1841, 1847	
Lothar Hay [SPD]	1818	Jürgen Weber [SPD]	1843, 1846	
Martin Kayenburg [CDU]	1820	Uwe Eichelberg [CDU]	1844	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1822	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	1845	
Silke Hinrichsen [SSW]	1824	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1845	
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	1826	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	1846	
Wolfgang Fuß [SPD]	1829	Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss	1848	
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]	1830			
Manfred Ritzek [CDU]	1831	Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee	1848	
Torsten Geerds [CDU]	1832			
Beschluss: Ablehnung	1833	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/718		
Stärkung und Stabilisierung des Wirt- schaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein	1833	Joachim Behm [F.D.P.]	1848	
		Wilhelm-Karl Malerius [SPD]	1849	
Landtagsbeschluss vom 16. November 2000 Drucksache 15/517		Thorsten Geißler [CDU]	1850	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/724		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1851	
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/764		Lars Harms [SSW]	1853	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr	1833	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr	1854	
Uwe Eichelberg [CDU]	1834	Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung	1855	
Bernd Schröder [SPD]	1836	Beschluss: Annahme	1855	
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1837	Neue Wege in der Drogenpolitik	1855	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1838	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/727		
Lars Harms [SSW]	1840	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/762		
		Silke Hinrichsen [SSW]	1855	
		Konrad Nabel [SPD]	1857	
		Frauke Tengler [CDU]	1859	

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1860	Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen	1875
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1861		
Werner Kalinka [CDU].....	1862		
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	1863	Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU Drucksache 15/720	
Silke Hinrichsen [SSW], zur Geschäftsordnung	1864	Beschluss: Annahme	1875
Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung	1864		
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/762	1864	Gender Mainstreaming - Chancengleichheit für Frauen und Männer	1875
Soforthilfeprogramm für die Land- und Ernährungswirtschaft	1865	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/521 (neu)	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/731		Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/537	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/765		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/703	
Claus Ehlers [CDU]	1865, 1874	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatlerin	1876
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	1866	Beschluss: Annahme	1876
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	1867, 1873		
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1869		
Lars Harms [SSW].....	1870		
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	1872		
Anke Sporendonk [SSW].....	1874		
Beschluss: Ablehnung.....	1875	* * * * *	
Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen	1875	Regierungsbank:	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/732		Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss	1875	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik	1875	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/705		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	1875	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
		* * * * *	

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche allen einen guten Morgen. Wir setzen die Tagung fort. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 1, Aktuelle Stunde, aufrufe, darf ich noch Folgendes bekannt geben:

Erkrankt sind die Ministerin Ute Erdsiek-Rave und der Abgeordnete Klaus Klinckhammer, beurlaubt ist der Abgeordnete Klaus-Dieter Müller. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind Minister Klaus Buß und Minister Claus Möller beurlaubt.

Ich möchte bekannt geben, dass die Fraktionen übereingekommen sind, dass der Tagesordnungspunkt 23, Zukunft der maritimen Wirtschaft, erst im März behandelt werden soll.

Ich begrüße in der Loge als Gäste Professoren der Staatlichen Rechtsakademie Saratow aus Russland. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Sude aus Itzehoe. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Für die Aktuelle Stunde der 10. Tagung des Landtages hat die Fraktion der CDU eine **Aktuelle Stunde** mit folgendem Titel beantragt:

Bericht des Statistischen Landesamtes vom 15. Februar 2001 zum wirtschaftlichen Wachstum in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Ich darf für den Antragsteller, die CDU-Fraktion, dem Herrn Oppositionsführer und Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Martin Kayenburg, das Wort erteilen.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der letzten Woche veröffentlichte das Statistische Landesamt erschreckend schlechte Zahlen über unser schleswig-holsteinisches Wirtschaftswachstum. Wenig vorher ging der Wirtschaftsminister vor die Presse und meldete angeblich erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig widerspricht sich derselbe Minister vor der Presse, indem er sagt, dass 2001 wieder alles besser sein werde. Dann werde die Eichelsche Steuerreform die Binnennachfrage ankurbeln. Dabei übersieht der Minister, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr

2001 nur um 2,7 % wachsen soll - nach 3,3 % im Jahr 2000.

Ich frage Sie, Herr Minister: Glauben Sie wirklich, dass die Steuerreform in diesem laufenden Jahr zusätzliche Vorteile für unser Land bringen könnte?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Wir haben Umsatzrückgänge in der Ernährungsindustrie; die Wertschöpfung in der Landwirtschaft wird weiter auf niedrigem Niveau verharren; das Gastgewerbe hat einen erheblichen Rückgang durch Tourismusprobleme und jetzt kommen die Auswirkungen durch BSE hinzu; die Gaststätten sind massiv belastet. Der Einzelhandel verzeichnet in den traditionellen Branchen nach wie vor Umsatzrückgänge. Der Entwurf der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes hemmt die Investitionsfreude der Unternehmer,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

das Teilzeitgesetz führt zu unzumutbaren Erhöhungen der Personalnebenkosten. Das ist die wirkliche Lage im Land, Herr Minister. Was der Bürger durch die Steuersatzsenkung oder durch Kindergeldanhebung mehr in der Tasche hat, das wird ihm durch die Ökosteuer und andere hausgemachte Belastungen wieder aus der Tasche herausgeholt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Der Bürger ist durch eine vertrauenszerstörende Rentendiskussion verunsichert, er ist zudem verärgert, weil er in Zukunft wesentlich mehr für seine Altersvorsorge aufbringen muss, wenn er seinen Lebensstandard sichern will.

Im Gesundheitsbereich hat der Bürger künftig mehr und mehr selbst zu zahlen. Krank sein kommt teuer zu stehen und die Aussichten für die Zukunft sind nicht rosig.

In den vom Truppenabbau betroffenen Gemeinden geht bei den Zivilangestellten das Gespenst von der Arbeitslosigkeit um. Die Kaufkraft wird sinken, die Gewerbetreibenden, die Händler und die Handwerker haben zu Recht Angst vor riesigen Umsatzeinbrüchen, die leicht zur Geschäftsaufgabe, ja sogar zum Konkurs führen können. Das betrifft nicht nur diese Bereiche, sondern zum Beispiel auch den Bereich der Ärzte. Wenn Sie an diesen Bereich denken, müssen Sie sehen, welche Konsequenzen das hat, wenn den Ärzten und Apothekern Hunderte von Privatpatienten wegbrechen. Oder denken Sie an den Autohandel, bei dem die Fahrzeuge der Bundeswehr repariert wurden.

(Martin Kayenburg)

Und Sie, die Regierung, stellen sich hin und prophezeien gute Zeiten. Ich frage: Wo leben Sie eigentlich? Das ist selektive Wahrnehmung, verehrter Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie Ansiedlungs- und Gründungszahlen und die Schaffung von angeblich 11.300 **Arbeitsplätzen** nennen, dann ist es nur die halbe Wahrheit. Diesen Zahlen stehen nämlich Entlassungen bei Motorola, bei Dräger, aber auch Insolvenzen und Personalreduzierungen in vielen anderen Unternehmen gegenüber, die schon Personal abgebaut haben oder es noch tun werden. Die **Unternehmensinsolvenzen** - darüber verlieren Sie kein Wort, Herr Minister - sind um 13 % angestiegen. Das sind, wenn Sie die Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen zusammenfassen, sogar 40 % mehr als im Vorjahr. Das ist die wirtschaftliche Situation und sie ist keineswegs so, wie Sie uns vorgaukeln wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die nackten Zahlen, die das Statistische Landesamt veröffentlicht hat, sprechen für sich. Nominales Wachstum beim **Bruttoinlandsprodukt**: bei uns 0,7 %, in Deutschland insgesamt 2,7 %! Das sind - um das einmal in Zahlen zu sagen - 280 % mehr oder real sind das 1,1 % zu 3,1 % im Bundesdurchschnitt. Bayern und Baden-Württemberg liegen bei 4,5 %. Wir in Schleswig-Holstein liegen auch real 180 % unter dem Bundesdurchschnitt.

(Klaus Schlie [CDU]: Hört, hört!)

Wir sind von der wirtschaftlichen Entwicklung im Bund abgekoppelt. Das ist die Wahrheit, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dafür gibt es auch konkrete Gründe. Die Gründe liegen natürlich in der Ernährungsindustrie, sie liegen natürlich in der Landwirtschaft, aber sie liegen insbesondere auch in der Energiepolitik.

Wie man das macht, haben Sie uns ja im Wahljahr gezeigt. Jetzt wird knallhart Energiepolitik nach ideologischen Gesichtspunkten betrieben. Sie belasten die **Kernkraftwerke**. Sie sorgen dafür, dass die Kernkraftwerke nicht die notwendigen Exportmengen liefern können. Im Wahljahr 1999 ging es aber darum, das Bruttoinlandsprodukt hochzutreiben. Damals gab es plötzlich keine Stillstände. Das ist ideologisch fixierte Politik, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen den Strom. Er ist als Exportartikel unverzichtbar, wenn wir überhaupt noch an der gesamt-

deutschen Entwicklung teilnehmen und nicht abgekoppelt werden wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts begriffen!)

- Frau Fröhlich, hier wird die Wirtschaftslage schön-geredet, obwohl die Zahlen etwas ganz anderes beweisen. Frau Simonis hat eben kein Konzept für die Zukunftsgestaltung unseres Landes. Die Regierung schafft es einfach nicht, in Schleswig-Holstein auch nur ein durchschnittliches Wachstum nachhaltig zu sichern. Offensichtlich ist diese Regierung mit ihrer Weisheit am Ende und die Entwicklung dieses Landes ist leider von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt dem Herren Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich in diesem Hause auf etwas verlassen kann, dann darauf, dass sich am Stil der CDU nichts ändern wird.

(Beifall bei der SPD)

Nicht dass ich Ihnen das Recht absprechen will, eine Aktuelle Stunde zu beantragen! Typisch für die CDU in diesem Lande ist nur wieder, dass sie sich eine erste und vorläufige negative Meldung herausgreift.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenigstens geben Sie zu, dass die Meldung negativ ist!)

Sie machen sich nicht einmal die Mühe, die vom Statistischen Landesamt mitgelieferten Gründe für das unter dem Durchschnitt liegende **Wachstum** in Schleswig-Holstein zu hinterfragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich frage mich auch, warum Sie nicht im letzten Jahr eine Aktuelle Stunde beantragt haben, als das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt lag.

(Beifall bei der SPD)

Produktionsausfälle in der Energieversorgung resultieren für Sie aus dem Ihrer Meinung nach ideologischen Blickwinkel von Rot-Grün für den gewollten Ausstieg aus der Atomenergie. Dass dies tatsächlich auch mit Sicherheitsfragen zusammenhängt, ist für Sie ohne Belang. Dass der Produktionsrückgang im Baugewerbe in Schleswig-Holstein kräftiger ausfiel, ist Ihrer

(Bernd Schröder)

Meinung nach ausschließlich die Schuld der Landesregierung. Wir haben in diesem Bereich Probleme. Das hat auch die Anhörung im Ausschuss ergeben. Wir müssen uns um diese Probleme kümmern. Auch der erhebliche Umsatzrückgang im Ernährungsgewerbe wird von Ihnen gleich mit hineingepackt, obwohl BSE bei sachlicher Betrachtungsweise sicherlich ein uns alle betreffendes Problem darstellt und nicht durch kleinkarierte Parteipolitik oder durch Schuldzuweisungen zu regeln ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Wirtschaftsminister Dr. Rohwer die Meldung des Statistischen Landesamtes mit „nicht schön“ und „nicht dramatisch“ kommentiert und von einem enttäuschenden Ergebnis spricht, dann reicht Ihnen das nicht aus. Dann wird vom „Ankündigungsminister“ gesprochen, der einen verkleisterten Blick für die essenziellen Probleme in der Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein hat.

Die „Lübecker Nachrichten“ vom 16. Februar haben die Meldung des Statistischen Landesamtes zum Wirtschaftswachstum treffend kommentiert. Die „Lübecker Nachrichten“ gehören nun wirklich nicht zu den sozialdemokratischen Hauspostillen.

(Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche Zeitung gehört denn dazu?)

- Hören Sie doch einmal zu! Mit der Überschrift „Kein Grund zur Panik“ wird das Zeter-und-Mordio-Geschrei der Opposition zurückgewiesen. Land unter im Norden? - Keineswegs! Es ist ein Ergebnis, bei dem den Nordlichtern nicht die Brust schwillt, aber es gibt auch keinen Grund zur Panik - so schreiben die „Lübecker Nachrichten“.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, machen wieder einmal deutlich: Ihnen ist jedes Mittel recht, um den Versuch zu unternehmen, diese Regierung öffentlich schlechtzumachen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schröder!)

- Ach, Kubicki ist auch wieder da!

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie merken nicht einmal mehr, dass Sie von der CDU keine Werber für den Standort Schleswig-Holstein sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es anders wäre, wären Sie mit einer Pressemitteilung in die Aktuelle Stunde gegangen, dass zum Beispiel durch die **betriebliche Wirtschaftsförderung** Investitionen ausgelöst und Finanzierungen er-

möglicht wurden, mit denen über 11.000 **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein geschaffen und gesichert wurden. Oder Sie hätten die aktuelle Meldung über **Unternehmensansiedlungen** im Jahre 2000 zum Anlass genommen, für das Land zu werben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie viel Arbeitsplätze wurden denn abgebaut? Sagen Sie dazu doch einmal etwas!)

Bei 137 Neuansiedlungen wurden über 3.250 Arbeitsplätze geschaffen - das ist das beste Arbeitsplatzergebnis seit 30 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie ignorieren, dass Schleswig-Holstein inzwischen ein gefragter Hightech-Standort geworden ist. Die Leistungsfähigkeit des Landes in innovativen Bereichen zeigt sich auch in der Umweltwirtschaft. Auch hier liegt Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt.

Ich sage es noch einmal deutlich: Mit dieser Vorgehensweise der CDU - von Konzept kann bei Ihnen sicherlich keine Rede sein - werden Sie es nicht zu einer echten Alternative zu dieser Regierung bringen! Die CDU hat insgesamt schlechte Zeiten; da freut sie sich in Schleswig-Holstein über eine schlechte Zahl.

Die „Welt am Sonntag“ vom 18. Februar stellt unter der Überschrift „Weckruf für die CDU“ Aussagen wichtiger Persönlichkeiten zusammen. Dieter Philipp, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, sagt:

„Bisher sind die Ergebnisse der programmatischen Orientierungsphase in der CDU im Tagesgeschäft nur schwer zu erkennen.“

Josef Möllers, Bauernpräsident, sagt:

„Die CDU gleicht einer abgeräumten Landschaft. Ständig redet sie davon, zur Sachpolitik zurückzukehren. Warum tut sie es nicht endlich?“

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein leisten eine derartige Sacharbeit. Unser Wirtschaftsminister ist in diesem Lande hoch anerkannt und wird von den Unternehmensverbänden unterstützt. Selbst der Wirtschaftsrat der CDU möchte, dass Sie endlich aufhören, den Wirtschaftsminister bei seiner Arbeit zu behindern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Die Zeit reicht hier nicht aus, um all die Erfolge in der Wirtschaftspolitik und beim Strukturwandel dieses

(Bernd Schröder)

Landes aufzuzählen. Sie sollten sich deshalb einmal die Debattenbeiträge aus dem letzten Jahr zum Wirtschaftsbericht, zum Hightech-Standort und zur „ziel“-Diskussion durchlesen.

Wir haben seit Jahren die geringste Arbeitslosigkeit unter den norddeutschen Ländern. Das ist aber kein Grund, sich auf den Erfolgen auszuruhen. Es macht aber deutlich, dass die Menschen in diesem Land für diesen Erfolg hart gearbeitet haben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Unternehmer und Gewerkschaften haben ihren Anteil an diesem durchaus erfolgreichen Weg in Schleswig-Holstein. Dieser Erfolg geht auch auf ein gutes Stück erfolgreicher politischer Arbeit dieser Landesregierung zurück.

Herr Kayenburg, ich bekam vor wenigen Tagen eine Einladung von der Landeszentrale für politische Bildung. Dort sollen Sie, Herr Kayenburg, einen Vortrag zu dem Thema „Zukunftsfragen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft“ halten. Das ist sicherlich ein spannendes und interessantes Thema. Ich hoffe, dass Sie viele Zuhörer haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Gehen Sie doch auch hin! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Bernd Schröder [SPD]:

Ja, ich komme zum Schluss. - Ich hoffe auch, dass Sie von der kleinkarierten Darstellung abkommen und echte Zukunftsstrategien aufzeigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben sie im Gegensatz zur Regierung! Das ist doch Ihr Problem!)

In dem Einladungsschreiben steht auch -

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, darf ich um den letzten Satz bitten!

Bernd Schröder [SPD]:

- letzter Satz -, dass sich Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg positiv entwickelt hat, und zwar vom Armenhaus der Republik zu einem geachteten Bundesland mit positiver Wirtschaftsentwicklung. Dafür tragen wir Sozialdemokraten seit 13 Jahren die Verantwortung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn eine Aktuelle Stunde anberaumt wird, fragt man sich zunächst einmal immer nach der Aktualität.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man „aktuell“ im Sinne von „zeitnah“ versteht, ist zu sagen, dass der Bericht über die Wirtschaftsdaten natürlich zeitnah und mithin auch aktuell ist. Wenn man „aktuell“ aber im Sinne von „neu“ oder „überraschend“ versteht, muss man sagen, dass dies alles jedenfalls für uns weder neu noch überraschend ist und für Sie, Herr Kollege Kayenburg, ist es dies offensichtlich auch nicht. Wenn man sich einmal die Finanzdaten des Landes in den letzten Monaten angeguckt hat, können die Daten, die jetzt vom Statistischen Landesamt veröffentlicht worden sind, eigentlich nicht neu und überraschend und demzufolge auch nicht aktuell sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Überrascht konnte eigentlich nur die Landesregierung von diesen Daten sein, denn wir haben in der Vergangenheit immer wieder gehört: Schleswig-Holstein ist Spitze. Wir haben den Strukturwandel schon geschafft. Ein weiteres Stichwort war New Economy. Es war von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen die Rede.

(Zurufe von der CDU - Holger Astrup [SPD]: Lassen Sie Ihre Kollegen doch einmal ausreden!)

- Das finde ich auch. Vielen Dank für diesen Hinweis. Er darf ja hinterher auch noch reden. Das haben wir so verabredet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Für mich ist das eigentliche Thema dieser Aktuellen Stunde nicht der Bericht des Statistischen Landesamtes, sondern es sind die Einlassungen des Wirtschaftsministers dazu, der - ich wiederhole es - gesagt hat: „Es ist zwar nicht schön, aber es ist auch nicht dramatisch.“ Wenn man das Ganze an dem misst, was die Regierung immer gesagt hat, und auch an dem, was der Kollege Schröder eben gesagt hat, sind die Daten tatsächlich dramatisch. Das hätte der Wirtschaftsminister dann auch ausführen müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Der Herr Kollege Kayenburg hat schon auf die einzelnen Daten hingewiesen. Ich habe mir nicht nur den Bericht angeguckt, sondern bin etwas tiefer in die Daten eingestiegen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Da ist mir etwas aufgefallen, was für Schleswig-Holstein bedauerlicherweise überhaupt nicht witzig ist, nämlich das Produktivitätswachstum. Wir müssen feststellen, dass wir ein negatives Wachstum haben, und zwar in Höhe von minus 0,2 %.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also mehr Beschäftigung!)

Da frage ich mich dann schon, ob man noch davon sprechen kann, dass der Strukturwandel in Schleswig-Holstein schon stattgefunden hat, das die New Economy hier ihren Platz gefunden hat. Dieses negative Produktivitätswachstum nämlich lässt darauf schließen, dass wir hier bisher keinesfalls die großen Hightech-Arbeitsplätze angesiedelt haben,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

sondern dass wir uns immer noch in der klassischen schleswig-holsteinischen Wirtschaft befinden.

Auch das, was der Bericht darüber sagt - Sie alle haben das angeführt -, die Produktionsrückgänge seien auf einen Rückgang der Energieproduktion zurückzuführen, einen Rückgang im Baugewerbe - was wir alle wissen; Herr Schröder, Sie haben es angesprochen - und in der Ernährungswirtschaft, lässt doch nur den Schluss zu, dass gerade in diesen klassischen Bereichen in Schleswig-Holstein immer noch der Schwerpunkt liegt. Sonst könnte sich dieser Rückgang nicht so dramatisch auswirken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zur Energieproduktion! Ich habe das Vergnügen gehabt, am letzten Freitag unserem Energieminister zuzuhören, der gesagt hat, es sei doch überraschend, dass in diesem Zusammenhang zum ersten Mal gesagt werde, die Wirtschaftsdaten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft seien auch von der **Energieproduktion** abhängig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Offensichtlich hat der Herr Finanz- und Energieminister in den letzten neun Jahren nie zugehört, wenn wir hier über die Wirtschaftsdaten in Schleswig-Holstein gesprochen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Denn wenn wir auf eines hingewiesen haben, dann immer darauf, dass das zum Teil sehr positive

Wachstum immer von der Energieproduktion abhängig war.

Ich möchte gern die Fragen anschließen: Wie sieht es eigentlich aus? Ist es tatsächlich so, dass im Jahr 1999, also vor der Landtagswahl, die positiven Daten, die uns vorgelegt worden sind, darauf zurückzuführen sind, dass die **Kernkraftwerke** in der Zeit keine Stilllegungsphasen, betriebsbedingte Revisionsphasen hatten? Sind diese Phasen, diese notwendigen Arbeitsstilllegungen, möglicherweise in das Jahr 2000 verschoben worden, damit man vor der Landtagswahl die entsprechenden Zahlen vorlegen kann?

(Widerspruch bei der SPD - Lars Harms [SSW]: Es gibt noch Gesetze, Frau Kollegin!)

Ich hätte darauf heute sehr gern eine Antwort.

Noch ein Thema, das jemanden beschäftigte, der etwas tiefer in die Daten einsteigt, nämlich die Frage des **Exportanteils!** Wir haben vor einigen Monaten - es ist noch gar nicht so lange her - hier, und zwar gemeinsam, festgestellt, dass im Jahr 1999 die Exportwirtschaft in Schleswig-Holstein einen enormen Schritt nach vorn getan hat. Wir alle haben uns zu Recht darüber gefreut. Aber was ist damit eigentlich im Jahr 2000 geschehen?

Der nächste Punkt! Wenn der Wirtschaftsminister im Zusammenhang mit diesen Wirtschaftsdaten sagt: „Wir warten noch auf die Binnennachfrage“ - Schleswig-Holstein ist im Wesentlichen von der Binnennachfrage abhängig -, frage ich mich, wie diese beiden Äußerungen eigentlich zusammenpassen und wie man die Hoffnung oder die Euphorie begründen kann zu sagen: „Mit der Binnennachfrage wird es schon besser werden“? Die Zweifel, die wir ohnehin daran haben, hat Herr Kollege Kayenburg ausgeführt.

Es gibt ein Sprichwort, das ich im Zusammenhang mit den Äußerungen des Ministers, in Schleswig-Holstein hinke alles immer ein wenig, auch die Konjunkturzyklen und so weiter, umgewandelt auf Schleswig-Holstein, verbunden mit einer Frage, vortragen möchte. Es heißt: „Sei in Mecklenburg, wenn die Welt untergeht, denn dort passiert alles hundert Jahre später.“ Ich wünsche mir nicht, dass dieses Sprichwort auch auf Schleswig-Holstein zutrifft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Schönen guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Klaus Schlie [CDU]: Guten Morgen! - Lothar Hay [SPD]: Moin!)

Herr Kayenburg, es war klar, dass Sie angesichts der schwachen Wirtschaftszahlen eine Aktuelle Stunde beantragen mussten. Wenn man Vorturner ist, gibt es eben ideologische Pflichtübungen.

(Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kennen Sie wahrscheinlich aus eigener Erfahrung!)

Aber Sie wissen so gut wie ich, dass es für die Zahlen zwei Gründe gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wurden erhoben!)

Erstens. In Schleswig-Holstein ist der Anteil des **tertiären Sektors** und der **Verbrauchsgüterproduktion** am Bruttosozialprodukt größer als anderswo.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Bei anziehender Konjunktur entwickeln sich aber zunächst die Investitionen und dann folgt der Konsum. Der Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen folgen später. Deshalb wird Schleswig-Holstein von einem Konjunkturabschwung stets später betroffen und beim Aufschwung dauert es länger, bis Schleswig-Holstein in Fahrt kommt. Das war auch in der Vergangenheit so.

Herr Kayenburg, Ihre Begründungen sind nicht zutreffend. Denken Sie einmal logisch. Sie haben nur bundespolitische Gründe dafür angeführt, dass Schleswig-Holstein am Aufschwung des Bundes nicht teilnimmt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Da kann ja irgendetwas nicht stimmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen nicht zugehört haben! Sie waren auf einer anderen Veranstaltung!)

Der zweite Grund, aus dem Schleswig-Holstein schwache Zahlen hat, ist grundsätzlicher Natur.

(Zuruf von der CDU: Die Regierung!)

Das stellt man fest, wenn man sich das differenziert anguckt. Schleswig-Holstein befindet sich noch immer in einem langfristigen Strukturwandel. Der **Struktur-**

wandel ist keineswegs erfolgreich abgeschlossen. Wir befinden uns in ihm. Wir haben die klassischen Strukturen Land- und Ernährungswirtschaft, Tourismus, einen überproportionalen Anteil der Bauwirtschaft, die Werften und als Besonderheit den hohen Anteil der Energiewirtschaft durch die drei Atomkraftwerke. Diese klassischen Strukturen sind im Moment instabil, die neuen Strukturen - Wellness, Medizintechnik, Umwelttechnik einschließlich regenerativer Energien, Informationstechnik, Softwareentwicklung und Maschinenbau -

(Martin Kayenburg [CDU]: Greenpeace war immer in Stade, aber nicht in Tschernobyl!)

tragen noch nicht so, dass sie dominieren.

Wenn Sie sich die Zahlen differenziert ansehen, stellen Sie fest, dass die Trennlinie zwischen Minus und Plus in der wirtschaftlichen Entwicklung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei null liegt! - Martin Kayenburg [CDU]: Ist bei null!)

fast haargenau an der Trennlinie zwischen diesen beiden Sektoren verläuft. Die neuen Sektoren machen Plus, die alten Sektoren machen Minus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gilt das auch für Motorola?)

Das bedeutet Folgendes. Wenn Sie daraus Konsequenzen ziehen, ist es nicht so, wie Sie, Herr Kayenburg, dargestellt haben - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Quatsch! Das ist Unsinn!)

- Herr Kayenburg, hören Sie einmal zu! Dann lernen Sie etwas.

(Martin Kayenburg [CDU]: Motorola hat entlassen, Dräger hat entlassen!)

- Herr Kayenburg, das bedeutet nicht, dass Sie die alten Strukturen stärken und erhalten müssen, sondern das bedeutet, dass Sie bereit sein müssen, den Strukturwandel, den Wandel hin zu neuen Strukturen stärker voranzutreiben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie? - Martin Kayenburg [CDU]: Dazu fordern wir Sie dauernd auf! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen ausgerechnet die Grünen? Da bin ich ganz begeistert!)

Wenn man sich die Zahlen anguckt, stellt man fest, dass immer noch mehr als drei Viertel der staatlichen Fördermittel in traditionelle Bereiche wie Landwirtschaft und Schiffbau fließen. Dies macht weniger als 5 % der Beschäftigten aus.

(Karl-Martin Hentschel)

Ich schließe daraus, dass wir uns noch zu sehr an das Bestehende klammern. Das hat einen gewichtigen Grund. Das Neue ist in den Institutionen nicht vertreten. Die Opposition fordert nie einen schnelleren Strukturwandel. Was Sie fordern, sind weitere Unterstützung für die Bauern, mehr Unterstützung für die Werften, mehr für das Speditionsgewerbe oder - wie letzte Woche - mehr für die Bauwirtschaft. Sie fordern, die **traditionellen Strukturen** mit staatlichen Subventionsmitteln weiter zu erhalten. Sie sind nicht bereit, einen neuen Weg zu gehen, neue Strukturen zu stärken, in neue Bereiche mehr zu investieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Sie fordern immer noch Autobahnen statt Datenautobahnen. Sie verhindern den Einsatz neuer Technologien im Landtag,

(Martin Kayenburg [CDU]: Was?)

wie Herr Kubicki, der sich darüber beklagt hat, dass er seinen Laptop nicht ans Internet anschließen kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sind Sie noch ganz dicht?)

Sie bekämpfen lieber die Ökosteuer

(Beifall bei der CDU)

und Sie kämpfen gegen Windmühlen. Don Quichotte lässt grüßen, Herr Kayenburg!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Um einen kreativen Modernisierer wie Wirtschaftsminister Rohwer zu kritisieren, sind Sie wahrlich die Falschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Ich komme mir vor wie am Rosenmontag!)

Mein Resümee, Herr Kayenburg: Ihre Pflichtübung heute war nicht so toll. Sie sind wieder einmal bei der Grätsche rückwärts gestolpert. Sie haben noch etwas Zeit bis zur nächsten Kür. Ich wünsche Ihnen viel Glück bei der Mannschaftsaufstellung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich Herrn Harms das Wort erteile, möchte ich Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. herstellen, dass der Zwischenruf an Herrn

Hentschel nicht wiederholt wird. Das war ein Zwischenruf, der eine Frageform enthielt, wobei wir uns beide darüber einig sind, dass das nicht dem Stil des Hauses entspricht.

Jetzt hat Herr Abgeordneter Lars Harms für den SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich müssen wir die Zahlen des Statistischen Landesamtes ernst nehmen. Wenn wir einen Rückgang des realen **Bruttoinlandsproduktes** von 2,1 auf 1,1 % haben, ist das ernst zu nehmen. Schon im letzten Jahr haben wir gesagt, dass 2,1 % Wachstum nicht beschäftigungswirksam sind. Folgerichtig sind 1,1 % Wachstum erst recht nicht beschäftigungswirksam. Das heißt, es ist deutlich zu sehen, dass die Eigendynamik der Wirtschaft in Schleswig-Holstein - aber nicht nur hier, sondern in der gesamten Bundesrepublik - immer noch nicht den entsprechenden Druck darauf ausüben kann, von allein Arbeitsplätze zu schaffen. Erst Wirtschaftsförderung oder eine von außen auf uns einwirkende Bewegung der Wirtschaft, was beispielsweise den Export angeht, machen dies möglich. Eine solche Bewegung zeigt: Aha, da geht es hin. Das ist aber abhängig von der Währung, vom Euro und ähnlichen Geschichten. Wenn der Euro wieder einmal steigt, haben wir immer noch massive Probleme. In dieser Beziehung gebe ich Ihnen von der Opposition Recht. Ich gehöre der Opposition ja selber auch an. Das merkt man vielleicht nicht immer.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Aber ich gebe Ihnen Recht, die **Binnennachfrage** werden wir nicht so schnell steigern können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Gern geschehen! Man muss allerdings auch sagen, dass das an unserer **Wirtschaftsstruktur** liegt. Wir hinken allgemein nach. Das ist auch bekannt. Es soll auch etwas geändert werden. Diesbezüglich gibt sich die Landesregierung auch wirklich Mühe.

Herr Hentschel hat eben schon deutlich gemacht, dass wir in verschiedenen neuen Sektoren tätig sind. Das kann ich nur bestätigen. Allerdings muss ich sagen: Wenn wir E-Commerce fordern, wenn wir E-Commerce wollen und unsere Güter an den Mann bringen wollen, dann brauchen wir dazu auch eine entsprechende Verkehrspolitik. Das beinhaltet auch Autobahnen.

(Beifall bei SSW, F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

(Lars Harms)

Meine Damen und Herren, da ich ab und zu auch etwas regierungsfreundlich bin,

(Klaus Schlie [CDU]: Das merkt man aber gar nicht!)

möchte ich von einem Forum der SPD-Fraktion berichten, damit auch der Rest der Welt dies erfährt. Dort war unter anderem die Wirtschaftsförderung im angelsächsischen Raum ein Thema. Dort wurde Folgendes ganz deutlich gemacht: Ihr könnt alles machen, ihr könnt die Straßen verbessern, ihr könnt die Infrastruktur verbessern, ihr könnt Telefonleitungen legen, ihr könnt die Leute richtig toll ausbilden - so lange ihr nicht das Geld auf den Tisch des Herrn legt, um ein Unternehmen zu locken, so lange kommen die Unternehmen nicht!

Das ist eine uralte Forderung des SSW: **einzelbetriebliche Förderung!** Dort müssen wir wieder ran. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir dieses Instrument nutzen können. Wir stehen in Konkurrenz mit anderen Bundesländern und mit anderen Staaten. Es geht nicht anders, als dass wir die Unternehmen auch zu uns locken, und das kostet Geld.

(Beifall beim SSW)

Ich möchte jetzt noch einmal auf die genannten Angaben des Statistischen Landesamtes eingehen. Ich nenne den Rückgang der **Bauwirtschaft**. Uns wurde in einer Anhörung der Bauwirtschaft gesagt: Liebe Leute von der öffentlichen Hand, redet euch doch nicht arm, gebt uns ein bisschen Geld! - Liebe Leute, wir sind arm, wir haben das Geld nicht, wir müssen den Haushalt beachten. Wir werden diese Entwicklung so nicht stoppen können. Davon bin ich überzeugt.

Energiewirtschaft! Klar, die Abschaltung von AKWs führt dazu, dass unser Wirtschaftswachstum geringer wird. Allerdings haben diese Abschaltungen ihren Grund und dieser Grund ist berechtigt. Es dient dem Schutz der Bevölkerung, wenn wir diese Werke ab und zu einmal nachprüfen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Welchen Schluss ziehe ich aber daraus? - Wenn ich weiß, dass das immer so sein wird, muss ich im Energiebereich auch einmal neue Möglichkeiten schaffen und über neue Möglichkeiten nachdenken. Da denke ich wieder an die Debatte zur Windkraft, da denke ich an dezentrale Energieversorgung. Das sind die zukünftigen Wege, wie wir in bestimmten Bereichen wieder Wirtschaftswachstum bekommen können.

Auch die **Ernährungswirtschaft** wurde vom Statistischen Landesamt erwähnt. Da kann man wohl davon ausgehen, dass das noch schlimmer wird. Wir sollten

uns darauf einstellen, dass die Zahlen in diesem Bereich nicht besser werden.

Da mir die Zeit davonläuft, fasse ich mich kurz: Ich gebe Herrn Kayenburg Recht. Es ist eine Tatsache, dass wir viele **Insolvenzen** haben. Es ist aber auch eine Tatsache, dass man nicht überall gleichzeitig sein kann.

Es ist auch eine Tatsache, dass wir positive Ansätze in der **Wirtschaftspolitik** haben. Wir haben ein gutes Klima für Unternehmensansiedlungen. Wir haben Gründerzentren geschaffen, in denen sich etwas bewegt, in denen man auch sehen kann, wenn man herunkommt, dass sich da etwas bewegt. Und wir haben ein Programm „ziel“, das Wirtschaftsförderung jetzt aus einer Hand betreiben will. Das ist eine vernünftige Sache. Wir haben jetzt auch das Konzept der Bildung von regionalen Schwerpunkten, das die Wirtschaftsförderung aus dem Regionalprogramm in vernünftige Bahnen leiten soll. Ich denke, das sind die richtigen Ansätze. Das sind die Ansätze der Landesregierung, die gesagt hat: Die erste Priorität bei der Wirtschaftsförderung hat die Schaffung von **Arbeitsplätzen**. Damit sind wir vom SSW außerordentlich einverstanden.

Deshalb - so meine ich - sollten wir positiv in die Zukunft sehen und das Land nicht schlechtreden; denn das ist auf jeden Fall keine Wirtschaftsförderung.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Uwe Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 2000 erlebte Europa eigentlich das Boomjahr, wenn man überhaupt vom Wirtschaftsaufschwung etwas deutlich hervorheben will. Deutschland hat das ziemlich am Ende miterlebt und Schleswig-Holstein ist mit Schlusslicht, zumindest was die alten Länder betrifft. Man hat davon nicht profitiert und nicht für die nächste Flaute vorsorgen können. Das ist eine dramatische Situation und die kann man nicht abtun, sondern die muss man in einer Aktuellen Stunde ansprechen. Wann denn sonst? Wir leben nämlich vom wirtschaftlichen Wachstum in diesem Lande und das wird auch laufend kundgetan!

Als besonders dramatisch ist es anzusehen, dass das **verarbeitende Gewerbe** nur um 0,7 % gegenüber 5,8 % im Durchschnitt aller anderen deutschen Bundesländer, also inklusive der Ostländer, gewachsen ist.

(Uwe Eichelberg)

Das ist wirklich etwas, was uns sehr beschäftigen muss. Da muss man in die Tiefe gehen.

Anhand der verfügbaren statistischen Daten im August letzten Jahres haben wir darauf hingewiesen: Freunde, wir gehen in die falsche Richtung. - Damals haben Sie, lieber Herr Minister, gesagt, Sie seien von den Daten überrascht. Man kann als Wirtschaftsprofessor nie von Daten überrascht sein; denn man hat gelernt, damit umzugehen. Deswegen denke ich, Sie sind vorgeschoben worden, so einen Spruch zu machen. Ich kann Ihnen das einfach nicht abnehmen; ich kenne Sie anders.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schlichtweg nicht richtig, wenn man immer nur mit Jubelmeldungen nach außen geht und das Positive beschreibt. Es geht uns nicht darum, das Land schlechtzureden, sondern man muss realistisch denken. Die realistische Basis - Sie, Herr Harms, haben sie am Anfang deutlich skizziert und analysiert - muss immer auf den Tisch. Man muss die Detailfragen analysieren und dann sagen, wo die **regionalen Schwachpunkte** sind. Dort muss man ansetzen.

Da ist es überhaupt nicht gut, wenn man Statistiken veröffentlicht und sagt, seit 1994 seien in Schleswig-Holstein 16.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Wenn man aber einhakt und fragt, was aus den versprochenen Arbeitsplätzen echt geworden ist, stößt man ins Leere. Ich denke nur an diese Neugründung in Itzehoe mit den versprochenen 200 Arbeitsplätzen. Dort ist noch nicht einmal ein Spatenstich erfolgt, aber die 200 Arbeitsplätze haben wir schon verbucht. Viele von den Firmen, die dort verzeichnet sind, haben angekündigt, sie wollten so und so wachsen. Aber gerade bei den **Firmen im Neuen Markt** zeigt sich doch, dass viele der neuen Firmen längst aufgekauft worden sind. Viele dieser Firmen gibt es gar nicht mehr. Betrachten Sie Zukunftsindustrien wie Motorola, Dräger - Medizintechnik - und alle anderen. Die haben schon längst Arbeitsplätze abgebaut, statt neue aufzubauen.

Wir müssen realistisch sein. Das Betrachten und Begleiten, das Moderieren ist das Wichtigste, was wir tun können. Das muss realistisch betrachtet werden. Wir dürfen uns nicht immer wieder Sand in die Augen streuen und sagen, wir seien die Besten. Wir sind nicht die Besten. Wir wollen Sie, Herr Minister, auf dem Wege begleiten, Stabilität ins Land Schleswig-Holstein zu bringen, und wir wollen nicht negativ reden. Aber man muss uns einbeziehen und darf uns nicht noch die Auskünfte verweigern, wie das jetzt häufig geschehen ist.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Man muss klipp und klar sagen, was uns erwartet. Man kann nicht sagen, die **Binnennachfrage** werde es schon wieder schaffen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Gehen Sie doch einmal in die Zahlen hinein. Erkundigen Sie sich bei den Krankenkassen, wie viele der neuen Arbeitsplätze solche für 630-DM-Kräfte gewesen sind, die einfach als neue Arbeitsplätze ausgewiesen wurden. Das ist doch gar nichts Neues!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch die versprochenen Auftragseingänge, die das zweite Halbjahr herausreißen sollten, waren Luftblasen. Da ist gar nichts gekommen. Die **Auftragseingänge** sind weggeblasen worden wie nichts, weil einfach die Konjunktur gar nicht mehr da war.

Was ist denn mit der **Bauwirtschaft**? Die war in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein immer der Konjunkturmotor. Sie liegt darnieder. Ihr wird gar nicht geholfen. Und schauen Sie einmal nach draußen, selbst auf das, was am Landeshaus gebaut wird. Was sind denn das für Nummernschilder? Es sind doch keine schleswig-holsteinischen Nummernschilder an den Autos.

Wir müssen darauf achten, dass unsere Wirtschaft hier entsprechend berücksichtigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Auch die hoch gepriesenen **Dienstleister** wie Handel, Spedition und Tourismus befinden sich in keiner Blüthezeit mehr, wie wir sie brauchen.

Sehen Sie sich einmal die Bilanzen der hochgejubelten Firmen der **New Economy** an. Die Bilanzen sind genauso mies wie die Börsenkurse. Das müssen Sie doch einsehen. Wir brauchen deren Hilfe, aber wir können nicht nur darauf bauen. Das ist ein Segment, wir aber müssen die Basis in Ordnung bringen. Genauso wie ein Arzt Kassenpatienten braucht, um existieren zu können, kann er auch ein paar private Patienten gebrauchen. Genauso müssen wir sagen: Wir haben die „alte“ Economy, die wir pflegen müssen, und die „neue“ Economy pöppeln wir auf, damit irgendwann einmal ein Konjunkturumschwung eintritt, wie du es gesagt hast, Karl-Martin. Aber das geht nicht von heute auf morgen. Sie können das zurzeit gar nicht ersetzen.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen: Die Folgen, die aus BSE entstehen, können wir überhaupt noch nicht überblicken. Die **ländlichen Strukturen** an der Westküste und im Norden des Landes brechen in eklatanter Art zusammen. Es wird eine Landflucht nach Süden geben, wenn wir dem nicht schnell Einhalt gebieten und etwas Neues aufbauen.

(Uwe Eichelberg)

Und die Oberflächenwasserabgabe! In Hamburger Zeitungen konnte ich lesen, dass die HEW die Energieproduktion einfach zurückfährt. Beim Geesthachter Stauwerk passiert doch überhaupt nichts. Da wird das Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr noch schlechter aussehen. Wir können nicht noch weiter nach vorn gehen und sagen, das stimme nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nicht schön, aber nicht dramatisch - das war der Anspruch des Ministers. Lieber Herr Minister, ich glaube Ihnen das nicht. Sie können die Zahlen so definieren, wie ich es gesagt habe. Wir brauchen klare Daten. Genauso klar, wie Sie sich zum Betriebsverfassungsgesetz geäußert haben, äußern Sie sich jetzt zur Situation! Wir wollen mit Ihnen durch dieses Feuer gehen, aber wir müssen nach vorn blicken.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie einen Strukturwandel oder nicht?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, **Strukturwandel** ist ein kontinuierlicher Prozess, der nicht nur positive Effekte hervorruft. Natürlich kommt es auch zu Einbrüchen und Krisen in verschiedenen Bereichen, die im Einzelfall schmerzhaft sind und sich natürlich auch in der Statistik wiederfinden. Die SPD ist selbstverständlich bereit - das haben wir auch in den Ausschüssen gezeigt -, über Probleme zu diskutieren.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr schön! - Zuruf von der CDU)

Wir reden hier aber nicht über hausgemachte Probleme Schleswig-Holsteins. Wir müssen vielmehr sehen: Interessant ist, was Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang tut, um diesen Prozess in eine Richtung zu steuern, die unserem Land langfristig eine Spitzenstellung im Bundesvergleich und auf internationaler Ebene sichert.

(Zuruf von der CDU: Das würden wir gern wissen!)

Daher sollten wir von den etwas konstruierten Horrorszenarien und Rundumschlägen wieder zu den Tatsachen zurückkehren. Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren zu einem **Hochtechnologiestandort** entwickelt, der auf internationale Beachtung stößt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben hat Herr Schröder das Gegenteil gesagt!)

Neue Technologien verändern bisherige Strukturen. Gerade den für Schleswig-Holstein wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen bieten sich durch neue Kommunikationstechnologien Chancen, internationale Märkte und neue Zielgruppen zu erschließen. Ziel der Technologiepolitik des Landes ist es, die Innovationskraft schleswig-holsteinischer Unternehmen zu stärken und für den internationalen Markt fit zu machen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das klingt aber gut!)

Dafür haben wir in Schleswig-Holstein ein leistungsfähiges System von Förderinstrumenten zur Verfügung. Das sind Förderprogramme, die den Unternehmen direkt zur Verfügung stehen, das sind aber auch eine Reihe flankierender Maßnahmen. Das heißt: Unterstützung bei der **Bildung von Netzwerken** im Bereich der Forschung, in der Ausbildung und beim Wissenstransfer. Die schleswig-holsteinische Technologiepolitik setzt auf die Schaffung von regionalen Clustern, von Hochtechnologieschwerpunkten und der Erfolg dieser Politik ist offensichtlich.

Es ist nahe liegend, dass ich an dieser Stelle zum Beispiel nicht Lübeck, sondern Itzehoe herausgreife, das sich zu einem anerkannten Mikrotechnologiestandort entwickelt hat und weiter entwickeln wird.

(Zuruf von der CDU - Unruhe)

Ich glaube, Herrn Austermann können wir in diesem Zusammenhang vergessen. Jeweils mit entscheidender finanzieller und beratender Unterstützung durch das Land hat sich in Itzehoe das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnik entwickelt.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte bei aller verständlichen Freude um mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Damit hat sich eine **Forschungseinrichtung** etabliert, die im internationalen Vergleich an oberster Stelle rangiert und die auch Wissenstransfer in die Unternehmen betreibt.

Im benachbarten **Innovationszentrum** werden gerade junge Unternehmen unterstützt. Durch die Ansiedlung einer zweiten Chipfabrik wird der Standort Itzehoe weiter aufgewertet. Weitere Ansiedlungen sind zu erwarten. Um das Bild abzurunden, sind Ausbildungsangebote im Bereich der Mikrotechnologie geschaffen worden, begleitet durch die IT-Ausbildungsinitiative

(Birgit Herdejürgen)

des Landes, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken.

Weitere Schwerpunkte im Land nenne ich an dieser Stelle nur kurz, zum Beispiel den Multimediabereich, die Medizintechnik und die Maßnahmen zur Unterstützung der Biotechnologien, die unter anderem durch ein Projekt zur länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Hamburg verstärkt wurden. Auch hier stehen die Schaffung von Netzwerken und die Beratung im Vordergrund. In Planung ist zum Beispiel eine zentrale Beratungs- und Dienstleistungseinrichtung, die beiden Ländern zugute kommen soll.

Ein weiteres Beispiel: Gerade heute Abend findet der zweite Community-Treff für innovative Technologieunternehmen statt. Nachdem bei der Auftaktveranstaltung im November 500 Besucher, Gründer, Investoren und Berater miteinander ins Gespräch kommen konnten,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

wird dieses Projekt mit einer weiteren Veranstaltung heute fortgesetzt. Mit Unterstützung zum Beispiel der Technologie-Transfer-Zentrale und der Investitionsbank entwickelt sich hier ein hochkarätiges Netzwerk, das gerade junge Unternehmen unterstützen soll und Schleswig-Holstein als attraktiven Ansiedlungsstandort herausstellt.

Das sind Aktivitäten, die Schleswig-Holstein voranbringen. Diese Aktuelle Stunde dient dem nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich brauche auf die einzelnen Programme, die sich hier in Schleswig-Holstein bieten, nicht näher einzugehen. Diese kennen Sie selber. Wichtig ist es, abschließend festzustellen, dass sich neben den übrigen Maßnahmen die **betriebliche Technologieförderung** als äußerst effizientes Instrument zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze erwiesen hat: 800 neue Arbeitsplätze durch die im Jahr 2000 gestarteten Projekte! Dabei haben etwa 95 % der geförderten Unternehmen weniger als 50 Beschäftigte. Die Wachstumspotenziale in diesem Bereich sind jedoch beachtlich. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit einer weiterhin flexiblen und an den Bedürfnissen der jungen Unternehmen, der Unternehmen auch im Handwerksbereich und der bestehenden Unternehmen ausgerichteten Programmstruktur den Standort Schleswig-Holstein langfristig zu Erfolg verhelfen werden.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wann haben Sie das letzte Mal mit einem Handwerker geredet?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ja Weiberfastnacht, wie wir wissen. Das heißt: eine Hochzeit des Karnevals.

(Klaus Schlie [CDU]: Deswegen tragen Sie heute auch keine Krawatte!)

Ich bin über den Redebeitrag des Kollegen Hentschel besonders erfreut,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil er mir deutlich gemacht hat, dass er doch ein begnadeter Büttnerredner ist. Jetzt aber einmal zum Thema.

Herr Kollege Kayenburg, in der Tat glaube ich nicht, dass die Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein ein geeignetes Thema für eine Aktuelle Stunde ist. Denn die Ursachen, die wir analysieren müssen, sind tiefer, als dass man sie in Fünfminutenbeiträgen abhandeln könnte.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Oh, oh!)

- Sie müssen gar nicht „Oh“ rufen, Frau Todsens-Reese. Nicht alles, was in Schleswig-Holstein schlecht läuft, hat die Regierung zu verantworten - weder im wirtschaftlichen Bereich noch beim Wetter -; und nicht alles, was gut läuft, hat die Regierung zu verantworten. Deswegen, Herr Kollege Schröder, muss man der Opposition - jedenfalls der größeren, der noch größeren Oppositionsfraktion - im Landtag einfach nachsehen, dass sie nun bei einer Gelegenheit, bei der deutlich wird, dass Schleswig-Holstein hinten ist, das, nachdem die Regierung mit ihren PR-Aktionen immer vorn ist - der Staat in Schleswig-Holstein ist überall vorn - zum Thema der Debatte machen will. Denn sonst wäre es unausgewogen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nicht immer ist das Ende einer Schlange, Herr Kollege Schröder, vorn. Nur beim Regenwurm ist das Ende auch vorn.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich möchte auf einige Grundfragen nur stichwortartig eingehen, weil ich der Meinung bin, wir haben es mit einem Phänomen zu tun, das uns noch längere Zeit beschäftigen wird. Ich habe das bei der Frage der **Fi-**

(Wolfgang Kubicki)

nanzkraft des Landes Schleswig-Holstein früher schon angesprochen. Bis heute erklärt uns keiner, warum die Finanzkraft Schleswig-Holsteins so ist, wie sie ist, und warum wir tendenziell im Vergleich zu anderen weiter absinken.

Das Land Schleswig-Holstein ist pleite. Das haben heute einige Redner unterstrichen. Ich sage das ein bisschen polemischer. Herr Harms hatte gesagt, wir hätten eigentlich kein Geld mehr. Ich habe von der Ministerpräsidentin gehört, wir müssten an allen Ecken und Enden sparen. Das ist ja kein Ausweis für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, denn das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik wäre eigentlich eine stärkere Finanzkraft. Wenn ich die Sozialdemokraten erinnern darf: Die Tatsache, dass Schleswig-Holstein mehr Mittel als jemals zuvor aus dem Fonds für strukturschwache Gebiete der Europäischen Union erhält, ist kein Ausweis dafür, dass Schleswig-Holstein den Strukturwandel bewältigt hätte, sondern eher ein Ausweis für das Gegenteil. Sonst würden wir weniger Mittel erhalten, Herr Schröder. Das ist rein logisch schon die Folge.

Herr Kollege Hentschel hat darauf hingewiesen, der **tertiäre Sektor** ist bei uns in Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Das stimmt. Übrigens hat bei uns insbesondere die staatliche Beschäftigung besondere Bedeutung; es ist gar nicht so sehr der Dienstleistungsbereich. Deshalb trifft der Abbau der Bundeswehrstandorte Schleswig-Holstein auch unvergleichlich härter als andere Regionen unseres Landes. Die Reduzierung der 4.800 Dienstposten in Schleswig-Holstein hat ein vergleichsweise größeres wirtschaftliches Gewicht als woanders. Damit werden wir die Jahre 2001 ff. noch leben müssen; denn ich bin nicht sicher, ob wir das in anderen Bereichen auffangen können.

Die **Land- und Ernährungswirtschaft**, Herr Minister, hat bei uns nach wie vor eine ganz entscheidende Bedeutung. Bezüglich des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2001 ff. warne ich alle, die glauben, dass in diesem Bereich erhebliche Wachstumsraten erzielt werden können. Eher das Gegenteil wird der Fall sein. Die spannende Frage wird sein: Welche Auffanglösungen finden wir in diesem Bereich, soweit wir das überhaupt können?

Zum Thema **Transport!** Der Kollege Hentschel hat es angesprochen. Auch das **Transportgewerbe** hat in Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung. Nur, wenn die Menschen in diesem Lande, die das Transportgewerbe betreiben, nicht mehr transportieren können, weil die Straßen nicht vorhanden sind

(Bernd Schröder [SPD]: Nein!)

- Herr Schröder, Sie können sagen „Nein“ -, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Transportunternehmen ihren Sitz von Schleswig-Holstein nach südlich der Elbe verlagern, was sie tun. Dann dürfen wir uns nicht wundern, dass Firmen - wie beispielsweise Oppermann - ihre Auslieferungslager von Schleswig-Holstein in den Süden verlagern. Ich will das gar nicht weiter kritisieren. Wenn wir nicht die Transportmöglichkeiten auf der Straße, auf der Schiene und auf dem Wasser zur Verfügung stellen, sind die Unternehmen schlicht gezwungen zu dislozieren, weil sie sonst Pleite gehen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und vereinzelt beim SSW)

Deshalb, Herr Schröder, ist zum Beispiel das Signal an diese Unternehmen, dass wir die A 20 bauen wollen und dass sie so schnell wie möglich kommen soll, ein ganz wichtiges. Darum ist das Signal gegen den Bau der A 20 - ich sage jetzt nicht, von Ihnen, aber von anderen aus Ihrem Beritt, die ja in der Regierung gesessen und das mitgetragen haben, aber jetzt herumlaufen und jede Bürgerinitiative unterstützen - ein kontraproduktives.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Zum Thema Medien! Wir sind uns heute einig, dass das Landesrundfunkgesetz von Schleswig-Holstein nicht dazu angetan war, die **Medienwirtschaft** in diesem Lande zu unterstützen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Fragen Sie einmal den Kollegen Müller. Wenn Sie ihm sonst nicht glauben, in diesem Bereich können Sie ihm glauben. Wenn wir uns da anders entschieden hätten, hätten wir jedenfalls größere Chancen gehabt, auch in diesem Bereich mehr Unternehmen im Lande zu lassen, als es der Fall gewesen ist.

Zum Thema Gentechnik! Herr Schröder, ich will nur daran erinnern, dass dieser Bereich weltweit eines der Wertschöpfungspotenziale der Zukunft ist. Schleswig-Holstein läuft hinterher. Ich will das gar nicht weiter kritisieren. Ich gebe - wir haben ja Karneval - in Richtung der Grünen einmal zu bedenken: Es wäre ganz sinnvoll, wenn die Grünen nicht nur Arm in Arm mit den Amerikanern in jeden Krieg ziehen würden, sondern Arm in Arm mit uns dafür Sorge tragen würden, dass die Gentechnik auch bei uns als Unternehmensschwerpunkt gefördert werden kann mit der Folge, dass hier Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Ich komme zum Schluss.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, ich komme nicht zu Ihrem Schluss. Sie kommen, was die Grünen angeht, ganz allein zu Ihrem Schluss. - Ich habe, was diese Frage der richtigen Einschätzung der notwendigen Maßnahmen, um den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nach vorn zu bringen, angeht, in diesen Minister großes Vertrauen. Aber ich habe kein großes Vertrauen in die die Regierung tragenden Fraktionen, denn sie haben bisher nicht belegt, dass sie diesen Wirtschaftsminister in wichtigen Fragen wirklich unterstützen wollen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, Sie haben sicher in der letzten Zeit dazu beigetragen, den Minister zu stärken, gerade im Untersuchungsausschuss!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Wirtschaftsminister Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Debatte verfolge, Herr Kubicki, dann habe ich den Eindruck, die Opposition will es heute wieder einmal wie die Vögel auf den Feldern machen: Sie säen nicht, sie ernten nicht und der Herrgott ernährt sie doch,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erzählen Sie jetzt von sich?)

in diesem Fall in Gestalt der amtlichen Statistik, eine Zahl als gefundenes Fressen der Opposition. Ihnen ist ja auch sonst nicht viel vergönnt, vom Streit im eigenen Lager einmal abgesehen. Wirtschaftspolitik findet doch bei Ihnen zurzeit überhaupt nicht statt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Bruttoinlandsprodukt** in Schleswig-Holstein ist im Jahr 2000 um 1,1 % gewachsen. In anderen Länder war es mehr. Das ist nicht schön, das ist enttäuschend, aber dramatisch ist es nicht. Man muss sich die Ergebnisse schon ein wenig genauer ansehen. Dazu vier Anmerkungen.

Erstens. Unsere Ernährungswirtschaft braucht eine dynamische Binnenkonjunktur. Sie ist von der BSE-

Krise schwer getroffen, ein Problem übrigens, das uns die alte Bundesregierung hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Irgendwie glaubt er das selbst nicht!)

Die Landesregierung trägt dazu bei, dass sich die gesamte **Ernährungswirtschaft** neu ausrichtet und wieder Tritt fassen kann. Sie haben Recht: Das dauert. Das wird auch für das Jahr 2001 noch eine Herausforderung sein. Aber erste Schritte dazu sind vollzogen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ihre wirksamen Programme spüren alle!)

Zweitens. Auch die in Schleswig-Holstein besonders stark vertretene **Bauwirtschaft** steckt noch immer im Tief, einem Tief, das konjunkturelle wie strukturelle Ursachen hat.

(Klaus Schlie [CDU]: Was tut die Landesregierung da?)

Ich sehe diese Entwicklung mit Sorge, vor allem im Wohnungsbau. Wir steuern dagegen, soweit wir können.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Vielleicht hören Sie einmal einen Moment zu und beschäftigen sich mit den Argumenten, Herr Schlie! - Im öffentlichen Bau und im Verkehrsbau zogen die Aufträge im Jahr 2000 bereits um 5 % an, übrigens auch dank unseres Schubs beim Ausbau der Infrastruktur hier, denn im Rahmen des Regionalprogramms entsteht bis Mitte dieses Jahres ein Investitions- und Auftragsschub von rund 480 Millionen DM, der bei den Firmen sukzessive ankommt. Das sind, wenn man einmal die DIW-Faktoren umsetzt, rechnerisch 17.600 Arbeitsplätze, die mit diesem Einsatz geschaffen werden.

Allein im Straßenbau in Schleswig-Holstein - Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen - werden in diesem Jahr etwa 550 Millionen DM an Investitionen bewegt, 20 % mehr als in den letzten Jahren.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Das wird sich auch in der Bauwirtschaft niederschlagen.

Drittens. Wir haben es mit Schwankungen in der **Energieproduktion** zu tun, die sich, wie Sie wissen, im Trend natürlich wieder ausgleichen. 1999 ist sie besonders stark gestiegen, im Jahr 2000 war sie rückläufig, was mit Revisionszeitpunkten zusammenhängt,

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

und 2001 wird sie wieder anziehen. Was mindestens so wichtig ist: Die erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein sind ein Wachstumsmotor.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schauen Sie sich einmal an, wie viele Arbeitsplätze allein in diesem Bereich in Husum und in Lübeck schon entstanden sind.

Viertens reagiert unsere Wirtschaftsstruktur noch immer weniger stark auf **Konjunktur- und Wechselkursschwankungen**, als es in anderen Ländern der Fall ist. Das hat natürlich Vor- und Nachteile. Jedenfalls führt es dazu, dass unsere Wirtschaft im Aufschwung langsamer zulegt, im Abschwung aber auch weniger zurückfällt. In 1999 hatten wir - das wissen Sie - beim Wachstum einen Spitzenplatz, weil er nicht so stark außenwirtschaftlich bedingt war, 2000 lagen wir weiter hinten, 2001 wird wieder ein gutes Jahr. Was zählt, ist nicht das Ergebnis eines Jahres, sondern der Trend.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zum **Trend** etwas sagen. Beim Wirtschaftswachstum nimmt Schleswig-Holstein seit 1990 Platz fünf unter allen Westländern ein, bei den Unternehmensgründungen Platz drei, bei den durch Existenzgründungen geschaffenen Arbeitsplätzen ebenfalls Platz drei, bei der Arbeitslosenquote Platz fünf, bei den Zuwachsraten bei ausländischen Direktinvestitionen Platz drei und bei den Neuansiedlungen Jahr für Jahr neue Rekorde. Ist das eine negative Bilanz? Nein, es ist eine positive Bilanz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, öfter mit den Unternehmen im Lande oder auch mit dem Präsidenten des Unternehmensverbands oder der Kammern sprechen würden, dann wüssten Sie auch, dass das **Wirtschaftsklima in Schleswig-Holstein** gut ist, so gut übrigens, dass schon niemandem mehr auffällt, dass die Opposition in Sachen Wirtschaftspolitik nicht den Hauch einer Alternative bietet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Geschäftsklima und die Geschäftserwartung im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sind - schauen Sie sich die letzten Umfragen an - positiv. Alle vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass 2001 ein gutes Jahr wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dürfen wir Sie da beim Wort nehmen?)

Die Nachfragesituation, meine Damen und Herren von der Opposition, ist besser als im Bundesgebiet. Die Aufträge sind stärker gestiegen, die Auftragslage ist gut.

Aber klar ist auch eines: Wir sind noch nicht so gut, dass wir uns zurücklehnen können. Der Wettbewerb wird, gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, immer härter. Stichworte sind Preisdumping, härtere Verträge für Zulieferer, illegale Beschäftigung, rigoreses Benchmarking von Betriebsstandorten, Tendenz zu Fusionen, die übrigens nicht immer erfolgreich sind. Die Antwort kann doch nur sein: Wir müssen uns noch mehr anstrengen, und zwar gemeinsam. Für die Unternehmen heißt das, schneller zu reagieren und neue Marktchancen zu nutzen. Für die von Brüssel und Berlin gesetzten Rahmenbedingungen heißt das, mehr Rücksicht auf mittelständische Belange zu nehmen.

Für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung heißt das, den Wirtschaftsstandort weiter fit zu machen. Das bedeutet Verkehrsinvestitionen, Unterstützung von Innovationen, Qualifizierung und die Förderung von Unternehmen. Hier ist noch viel zu tun.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Wir haben eine Menge erreicht. Wir sind dabei, den Standort Schleswig-Holstein weiter nach vorn zu bringen. Herr Kayenburg, schauen Sie sich bitte an, was im Moment in Schleswig-Holstein passiert!

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, bitte beachten Sie die vereinbarte Redezeit.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident, bitte noch einen Moment, ich nenne noch einige Stichpunkte: Die A 20 ist im Bau, der Plan für die Wakenitzquerung ist festgestellt, sie befindet sich demnächst im Bau. Die Planung für Bad Segeberg läuft, die A 1 ist bei Oldenburg/Heiligenhafen im Bau, es gibt mehr Geld für Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein, die Elektrifizierung ist im Planungsverfahren, es gibt mehr Schienen im Nahverkehrsbereich Schleswig-Holsteins, der Multimediacampus wird realisiert, es gibt neue Gründer- und Transferzentren, ISiT wird gestärkt, neue Studiengänge werden eingeführt und es gibt Gründerhilfen in der Biotechnologie. Herr Kubicki, Highlights sind die Campushalle und das Weiterbildungszentrum in Flensburg, der Ausbau

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

der Häfen Kiel und Lübeck und so weiter. Herr Kayenburg, wenn das Ankündigungen sind, dann möchte ich wissen, was Sie früher gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es darum geht, gemeinsam etwas für den Standort zu tun, dann wäre ich Ihnen ausgesprochen dankbar, wenn Sie dazu beitragen, dass wir zum Beispiel die Trassendiskussion für die A 20 vor Ort gemeinsam führen und ich nicht - jedenfalls was Kommunalpolitiker angeht - von der Opposition gegenteilige Signale höre. Das wäre eine Unterstützung.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Zurufe von der CDU - Unruhe)

- Sie brauchen gar nicht in diese Richtung zu blicken. Bitte sprechen Sie mit Ihren Parteifreunden vor Ort. Dann wissen Sie, was ich meine.

Ich wäre froh, wenn wir diese Aktuelle Stunde mit einem gemeinsamen Aufruf beenden könnten, nämlich dass wir gemeinsam für den Standort Schleswig-Holstein eintreten wollen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen. Ich wäre auch froh über Ihre Unterstützung gegenüber der Bundesregierung in Berlin, zum Beispiel um die skandinavischen Partner in dem Anliegen einer festen Fehmarnbelt-Querung zu stützen. Das wäre konstruktive Oppositionsarbeit, über die ich mich freuen würde. Wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wenn aus dem Plenum keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Mitarbeiter

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/716

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

(Unruhe)

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich warte noch, damit der eine oder andere, der es gern möchte, den Raum verlassen kann. - In Berlin wird die Bundesregierung in Kürze ihre Gesetzentwürfe zur

Reform von Dienstrecht und Personalstruktur im Hochschulbereich vorlegen. Das ist eine sicherlich dringend notwendige und überfällige Reform. Auf einen kleinen Mosaikstein einer für Schleswig-Holstein notwendigen Veränderung im Wissenschaftssektor möchten wir heute mit diesem Antrag Ihr Augenmerk richten.

Es geht um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in so genannten Drittmittelforschungsbereichen. Insbesondere in den Großforschungseinrichtungen - wie zum Beispiel bei Max-Planck, bei Fraunhofer oder in Einrichtungen der so genannten Blaue Liste-Instituten - gibt es sehr viele befristet Angestellte, die aus so genannten **Drittmitteln** finanziert werden, das heißt aus Mitteln, die nicht aus den Wissenschaftsetats von Hochschulen stammen, sondern aus Mitteln von Stiftungen, Forschungsgemeinschaften, der EU oder anderen Einrichtungen.

Nach § 57 des **Hochschulrahmengesetzes** werden solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kurzfristigen Folgeverträgen für maximal fünf Jahre angestellt. Eine weitere Anstellung ist den Arbeitgebern im Regelfall zu unsicher, weil befürchtet werden muss, dass Festanstellungen eingeklagt werden. Das hat in der Tat überall dort, wo **Forschungseinrichtungen** bestehen, zu nicht akzeptablen Problemen geführt.

Ich nenne nur einige Anhaltspunkte: In der Praxis ist es immer häufiger so, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst dafür Sorge tragen, dass Projekte eingeworben werden, mit denen ihre Arbeit finanziert wird. Auch wenn sie wissenschaftlich noch so erfolgreich sind und es ihnen aufgrund ihrer Arbeit gelingt, ein neues oder erweitertes Projekt an Land zu ziehen, können sie ihre Arbeit nicht fortsetzen, wenn die fünf Jahre um sind. Da immer mehr wissenschaftliche Forschungsprojekte international vergeben werden und auch internationale Forschungsverbünde und Forschungsteams voraussetzen, sind die deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch diese **Fünf-Jahres-Regel** zunehmend im Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Hinzu kommt, dass wir gerade im naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich immer mehr drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte haben, die länger als fünf Jahre laufen. Zum Beispiel sind im Bereich der Klimaforschung Projekte mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren keine Ausnahme. Hier ergibt sich oft das absurde Problem, dass im laufenden Projektverfahren qualifizierte Forschungsteams komplett ausgetauscht werden müssen. Das kann keinen

(Jürgen Weber)

Sinn machen, das ist kontraproduktiv für unseren Wissenschaftsstandort.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

Es ist den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht zumutbar, die in diesen Projekten arbeiten. Wissenschaftlich erworbene Expertise geht ohne Not verloren. Das ist nicht nur wissenschaftspolitisch kontraproduktiv, das ist zum großen Teil auch ökonomisch kontraproduktiv, weil viele dieser Forschungsbereiche sehr stark anwendungsbezogen und wirtschaftsnah organisiert sind.

Wir wollen gern dafür Sorge tragen, dass dies bei den anstehenden Beratungen über die Reform von Dienstrecht und Personalstruktur in Berlin beachtet wird. Wir bitten die Landesregierung deshalb, bei den Beratungen entsprechend tätig zu werden.

Ich möchte noch auf ein Missverständnis eingehen, das in der Debatte häufig auftaucht. Es geht nicht darum, im Hochschulbereich weniger befristete Stellen zu erreichen. Natürlich wollen wir die qualifizierten Stellen an Hochschulen weiterhin unter Beachtung von Befristung, Flexibilität und Nachwuchsförderung belegen. Es geht auch nicht um neue Dauerstellen im wissenschaftlichen Bereich. Es geht lediglich darum, eine Anpassung des Rahmenrechts zu finden und auf eine geänderte globale Forschungslandschaft und Forschungsfinanzierung zu reagieren.

Seit knapp zwei Jahren gibt es eine hier in Kiel entstandene Initiative aus Wissenschaftlern von GEOMAR und dem Institut für Meereskunde, die auf dieses Problem dringlich aufmerksam macht. Nicht zuletzt deswegen steht es uns als Schleswig-Holsteinischem Landtag gut an, diese Initiative aufzugreifen und von dieser Stelle aus zu unterstützen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

Heute Morgen hat mich die Information erreicht, dass sämtliche Professoren des Instituts für Meereskunde diese Initiative - ausgehend von ihrer Erfahrung - ausdrücklich unterstützen. Das zeigt, dass dies kein Thema ist, das nur von einer kleinen Gruppe des Wissenschaftsbereichs getragen wird. Es ist vielmehr ein Thema, das von den Wissenschaftlern gemeinsam getragen wird. Es ist richtig und sinnvoll, sich heute damit zu befassen. Die Vorlagen in Berlin stehen kurz vor der Präsentation. Wir sollten uns heute einen Ruck geben und ein Zeichen setzen, das jungen Forscherinnen und Forschern unseres Landes den Rücken stärkt. Ich hoffe, dass Sie alle unserem vorgelegten Antrag zustimmen können.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Herr Weber, bei den von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen mahnen wir doch zur Vorsicht. Sie haben dankenswerterweise selber darauf hingewiesen, dass wir einerseits zwischen den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterscheiden müssen, die dem ordentlichen Stellenplan von Hochschulen unterliegen und damit aus den Zuweisungen aus Forschung und Lehre finanziert werden, und andererseits den in Rede stehenden Stellen, die überwiegend aus Drittmitteln finanziert werden.

Das sind **Drittmittel**, die etwa durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder andere öffentliche wie private Drittmittelgeber gegeben werden. In diesem Fall handelt es sich aus der Natur der Projekte heraus um zeitlich begrenzte Projekte, die ihrerseits im Regelfall nur befristet bezuschusst werden. Diese Stellen sind laut **Hochschulrahmengesetz** auf maximal fünf Jahre begrenzt. Das hat für die betroffenen Wissenschaftler den Effekt, dass ihnen eine mittel- bis langfristige Perspektive nicht gegeben wird. Insofern folgt der Antrag einem logischen Ansatz, indem er sagt, hier solle eine Perspektive geschaffen werden. Das ist jedoch zu einem guten Stück ein gewerkschaftlicher Ansatz, eine gewerkschaftliche Sichtweise, weil es die Interessen derjenigen vertritt, die bereits solche Stellen haben, und nicht so sehr derjenigen, die in solche Stellen hineinkommen wollen.

Denn anders als die Begründung des SPD-Antrages angibt, hat die **Fünf-Jahres-Regel** eben nicht nur einen formalen Grund, sondern diese Regel verfolgt den Zweck, die personelle Erneuerungsfähigkeit der Wissenschaft und Forschung zu gewährleisten und weitere wissenschaftliche Qualifikationen zu ermöglichen. Die Fünf-Jahres-Regel ist deshalb nicht auf Dauerhaftigkeit angelegt, weil sie das Gegenteil erreichen will, nämlich eine Versteinerung drittmittelfinanzierter Stellenpläne zu verhindern.

Dieser Aspekt ist uns wichtig. Deshalb haben wir große Bedenken, was den Antrag der SPD angeht, nicht, weil wir denjenigen, die auf den befristeten Stellen sitzen, soziale Härten zumuten wollen, sondern weil wir weiter gewährleisten wollen, dass jun-

(Jost de Jager)

gen Wissenschaftlern die Möglichkeit des Einstiegs eröffnet wird.

Aus dem Grunde sollten wir über die wissenschaftliche Notwendigkeit einer Verlängerung oder Entfristung im Ausschuss noch einmal intensiv beraten. Denn uns vorliegende Informationen und Stellungnahmen sowohl der Drittmittelempfänger als auch der Drittmittelgeber besagen, dass aus wissenschaftlicher Sicht eine Verlängerung dieser Stellen über fünf Jahre hinaus eigentlich nicht erforderlich ist. Insofern plädieren wir als CDU-Fraktion dafür, dass wir heute nicht in der Sache abstimmen, sondern den Antrag an den Ausschuss überweisen und dort die wissenschaftliche Notwendigkeit einer Verlängerung gründlich eruieren. Ich kann sie im Moment nicht erkennen.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass die Bundesregierung selbst in einer Antwort auf eine Anfrage unserer ehemaligen Kollegin Frau Volquartz im Bundestag davor gewarnt hat, dass wissenschaftliche Projektkarrieren mit erhöhter beruflicher und sozialer Unsicherheit geschaffen werden. Das würde bedeuten, dass sozusagen Parallelstellenpläne entstehen, die zu einer Dauerhaftigkeit und Versteinerung führen, wie sie im Moment schon die anderen Stellenpläne aufweisen. Das sollten wir nicht machen.

In diesem Zusammenhang warne ich vor einem Modell, das Herr Catenhusen bei der Gelegenheit im Bundestag vorgestellt hat, wonach die Bundesregierung offenbar darüber nachdenkt, dass man künftig Verträge für überwiegend drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Stellen auf sechs Jahre vergibt und die noch einmal um sechs Jahre verlängert werden können. Das bedeutet, dass solche drittmittelfinanzierten wissenschaftlichen Mitarbeiter etwa ein Dutzend Jahre auf befristeten Stellen sitzen. Wir glauben, dass das in der Tat einen Parallelstellenkegel nach sich ziehen würde, den wir nicht wollen.

Aus dem Grunde sollten wir noch einmal vertiefen und sorgfältig im Ausschuss beraten, ob es eine wissenschaftliche Notwendigkeit dafür gibt und ob der Effekt einer Änderung der Laufzeit der befristeten Stellen nicht in erster Linie nachteilig sein könnte und weniger vorteilhaft, als es uns eben vorgestellt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion zielt auf die Abschaffung der bisherigen Fünf-Jahres-Regel für drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Diese Forderung ist sinnvoll, sie ist überfällig und es ist ein dringliches Anliegen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Fünf-Jahres-Regel sollte so rasch wie möglich abgeschafft werden. Das liegt sowohl im Interesse der deutschen Forschung als auch im Interesse der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen die absurde Überregulierung des Hochschuldienstrechts in diesem Bereich bis heute vielfach Berufs- und Lebensperspektiven zerstört.

Forschung wird heute in weiten Bereichen durch **Drittmittel** finanziert. Die im Rahmen solcher Forschungsprojekte arbeitenden Wissenschaftler haben die Förderanträge häufig selber konzipiert, auf deren Grundlage - falls denn der Antrag erfolgreich beschieden wird - später ihre Beschäftigung erfolgt. Wenn das Projekt eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren hat oder wenn sich mehrere Projekte mit einer längeren Laufzeit als fünf Jahren aneinander anreihen, dann erzwingt die derzeitige Gesetzeslage ein Ende des Arbeitsverhältnisses, selbst dann, wenn die betroffenen Wissenschaftler ihre eigenen Personalkosten selber für eine längere Beschäftigungsdauer eingeworben haben. Das ist wirklich eine absurde Situation.

Diesen Sachverhalt kann man nur als total irrsinnig bezeichnen. Die **Fünf-Jahres-Regel** demotiviert erfolgreiche Wissenschaftlicher, sie behindert deren berufliche Karriere und - auch das ist entscheidend - sie benachteiligt deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Wettbewerb beispielsweise um Forschungsgelder der Europäischen Union. Denn Hochschulen und Forschungseinrichtungen anderer EU-Mitgliedsländer werden nicht durch solche unsinnigen Gesetzesbestimmungen daran gehindert, erfolgreich Forschungsmittel der EU einzuwerben. Dort gibt es ein sehr viel flexibleres Dienstrecht, wie wir es auch bei uns brauchen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich könnte mir durchaus auch eine Lösung vorstellen, bei der man sagt: Wir schließen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ab, aber dann mit der Maßgabe, dass dann, wenn die Drittmittel zur Finanzierung dieser Stellen wegfallen, natürlich auch ein Kündigungsgrund vorliegt und für die Arbeitgeber, für die Institute und Hochschulen, nicht das Risiko besteht, mögli-

(Dr. Ekkehard Klug)

cherweise aus eigenen Mitteln eine Dauerbeschäftigung gewähren zu müssen. Wenn das rechtlich möglich wäre, wäre auch das ein gangbarer Weg. Aber weil es da offenbar gewisse Risiken gibt, ist der Weg, sozusagen in Form von Kettenverträgen mehrere aufeinander folgende befristete Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen, ein gangbarer Lösungsansatz.

Ich möchte bloß hoffen, dass es am Ende nicht darauf hinausläuft, dass man aus fünf Jahren sechs oder sieben Jahre macht; das wäre wirklich nur ein minimaler Schritt nach vorn. Man sollte es wirklich sehr offen gestalten und sagen: Wir behindern für diese Wissenschaftler nicht ein Aufeinanderfolgen mehrerer Zeitverträge. Das muss in Zukunft möglich sein, sonst kann den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch den deutschen Forschungsinstituten und Hochschulen in diesem Bereich keine sinnvolle Perspektive geboten werden.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht überraschen, dass ich die Initiative unseres Koalitionspartners unterstütze. Wir haben hier eine eigentlich schon längst überfällige Situation. Die Absicht des Bundes, die Hochschullaufbahnen generell neu zu ordnen, bietet eine gute Gelegenheit, dieses Thema im Sinne der Betroffenen endlich voranzubringen, die ja nicht nur auf die **Drittmittel** als Geschenk warten, sondern erheblichen Anteil an der **Forschung** haben und auch die Drittmittel einwerben, indem sie nämlich Forschungsthemen zeitnah und aktuell entwickeln, ihre Professoren, ihre Vorgesetzten für diese Forschungsthemen begeistern, häufig mit ihnen zusammen das gesamte Tableau ausarbeiten und natürlich auch bei den Verhandlungen über die Drittmittel einen erheblichen Arbeitsanteil haben.

Man kann sich natürlich darüber streiten, ob das insgesamt eine gute Arbeitsteilung zwischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern und denjenigen ist, die auf festen Beamtenstellen die Drittmittel verwalten. Da gibt es manche Blüten, die uns immer wieder daran gemahnen, dass wir die Hochschullaufbahnen insgesamt neu ordnen müssen. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an die überfällige Debatte zur Juniorprofessur.

Weil aber die Lage nun einmal so ist, wie sie ist, und wir nicht warten können, bis sich irgendwann einmal eine ideale Nachwuchshochlandschaft herausbildet, ist es an der Zeit, dass wir in dieser Frage gemeinsam - es ist erfreulich, dass wir zumindest einen großen Teil dieses Hauses von unserer Initiative überzeugt haben - dafür streiten, dass zum einen Anschlussverträge möglich werden und zum anderen darüber nachgedacht wird, ob die Fünf-Jahres-Frist zwingend sein muss.

Es gäbe durchaus Gründe, die Fünf-Jahres-Grenze für **befristete Arbeitsverträge** noch zu verkürzen. Das mag bei manchen Forschungsaufträgen sinnvoll sein, aber in den meisten Fällen ist die Frist zu kurz und es müssen dann vor allem Anschlussverträge möglich sein, ohne dass dann gleich für die Hochschule der Druck entsteht, die Menschen dauerhaft zu beschäftigen. Das führt ja zu der absurden Konsequenz, dass häufig Betroffene nach fünf Jahren aus einem Projekt ausscheiden, sich oftmals ein Jahr lang arbeitslos melden, aber durchaus für dasselbe Forschungsprojekt in dieser Zeit tätig sind und danach erneut auf derselben Stelle ihre Arbeit fortsetzen.

Das ist unsinnig, wenn - wie gesagt - in dieser so genannten Arbeitslosenzeit diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alles andere als untätig sind, sondern sehr heftig dafür sorgen, dass Forschungsprojekte zu Ende geführt werden können und neue Forschungsmittel von Dritten eingeworben werden. Dieser unbefriedigende Zustand erhöht auch nicht die Motivation, Mittel einzuwerben. Ich meine, eine gewisse resignative Haltung entsteht, wenn man nicht weiß, ob es weitergeht, und dann ist auch der Anreiz, sich anders zu orientieren, gegeben.

Auf der anderen Seite ist es eine Gratwanderung. Wir können auch nicht jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Illusion geben, ihre Drittmittelforschung währe ewig. Es ist richtig, dass wir andere Einsatzbereiche für qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in der Wirtschaft, aber auch in sozialen Verbänden, in großen Organisationen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, schaffen müssen und dass die Zusammenarbeit zwischen Universität und diesen außeruniversitären Organisationen größer werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Es gibt aber wiederum - das ist so, das kann man auch nicht ändern - bestimmte Forschungsbereiche, die in der Bundesrepublik sowieso nur einmal vorhanden sind. Gerade für diese Forschungsbereiche ist die bisherige Regelung besonders unbefriedigend und es ist klar, dass auch diese Leute, die dort arbeiten, dann, wenn sie ein bestimmtes Projekt abgeschlossen haben,

(Angelika Birk)

vor der Frage stehen, ob sie es entweder auf Dauer schaffen, sich in diesem Forschungsbereich mit einer festen Stelle zu etablieren, oder ob sie sich ein anderes Berufsfeld suchen.

Damit aber diese Lebensentscheidung für diese jungen Leute in einem vernünftigen, geordneten Verfahren erfolgen kann, ist diese Neuregelung so, wie sie der Abgeordnete Weber hier in seinem Antrag expliziert hat, nötig. Ich hoffe, dass wir gemeinsam auf unseren verschiedenen Wegen auf der Bundesebene Erfolg haben werden, und erhoffe mir insbesondere auch die Unterstützung durch das Bildungsministerium in dieser Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält jetzt die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es ganz kurz machen. Wir begrüßen diesen Antrag und finden auch, dass er überfällig ist. Das ist uns aus einer ganzen Reihe von Gesprächen klar geworden. Klar ist uns aber auch geworden, dass dieser Antrag keine eigentliche „Nachwuchspolitik“ ersetzen kann. Aber das ist damit ja auch nicht angedacht worden.

Tatsache ist - wie es schon meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben -, dass wir an den Hochschulen eine Parallelstruktur haben. Es werden Drittmittel für Forschungsprojekte eingeworben und wir haben Forscherinnen und Forscher, die sich ausschließlich damit befassen und die sich dann aus dem normalen Hochschulbetrieb praktisch ausgeklinkt haben. Gerade in ihrem Sinne ist es wichtig, dass wir eine Regelung herbeiführen.

Ich finde auch, dass wir heute in der Sache abstimmen sollten, weil die Zeit drängt. Das hindert uns aber nicht daran, uns weiter mit diesem Problem zu beschäftigen; denn das sollten wir in jedem Fall auch im Bildungsausschuss tun, weil der Kollege Jost de Jager natürlich auch einen Aspekt angesprochen hat, den es ernst zu nehmen gilt. Aber für die Sache selbst, gerade für diese **Drittmittelforschung** ist dieser Antrag angebracht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Theodor-Mommsen-Gymnasiums aus Bad Oldesloe und ihre Lehrer. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile Frau Sozialministerin Moser für die erkrankte Bildungsministerin das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um diesen Antrag beurteilen zu können, sei ein Blick auf die geltende Rechtslage gestattet. In den §§ 57 ff. des Hochschulrahmengesetzes werden die rechtfertigenden Gründe für befristete Verträge im Wissenschaftsbereich genannt. Einer dieser Gründe ist die Finanzierung der jeweiligen Aufgabe durch Drittmittel, und zwar für einen begrenzten Zeitraum. Zugleich wird in den genannten Vorschriften festgelegt, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter an ein und derselben Hochschule nicht länger als fünf Jahre mit befristeten Verträgen beschäftigt werden dürfen. Hinter dieser Regelung - ich glaube, darüber sind wir uns einig - steckt ein sinnvoller und ein wichtiger Gedanke; denn befristete Verträge sollen eine grundsätzlich anzustrebende soziale Absicherung nicht unterlaufen und schon allein deswegen nur in einem begrenzten Rahmen möglich sein. Das, Herr de Jager, ist sozusagen auch die Position der Gewerkschaften; Sie haben das in Ihrem Beitrag aus meiner Sicht ein bisschen falsch dargestellt.

Es soll sich eben nicht ein befristeter Vertrag an den anderen anschließen und so die Chance auf eine feste Anstellung, etwa aufgrund des Alters, verspielt werden. Dieser durchaus positive Ansatz ist die eine Seite der Medaille und ist zu begrüßen. Die andere Seite der Medaille zeigt, dass die geltenden gesetzlichen Regelungen im **Hochschulrahmengesetz** eben auch erhebliche Nachteile mit sich bringen.

Wir haben es gehört: **Drittmittelprojekte** haben häufiger eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren; Beispiel für unser Land - ganz wichtig - ist die Meereskunde, ein wichtiges und erfolgreiches Forschungsfeld. Die aktuelle Gesetzeslage führt dann dazu, dass es in diesen Projekten erzwungenen **Personalwechsel** gibt, mit allen Nachteilen für die Beschäftigten selbst, aber auch für das wissenschaftliche Know-how in diesen Projekten.

Es ist sicher richtig, dass besondere Absurdität dann erreicht wird, wenn die Menschen, die die Drittmittel auch aufgrund ihres forscherschen Renommées ange-

(Ministerin Heide Moser)

worben haben, aus einem Projekt ausscheiden müssen, weil es die Gesetzeslage erzwingt.

Deshalb begrüßen wir den Vorstoß der SPD-Fraktion, hier zu einer Änderung der Regelungen des Hochschulrahmengesetzes zu kommen. Ich unterstütze das im Übrigen auch aus meiner Sicht als Arbeits- und Sozialministerin. Ich gehe davon aus, dass ein erster Schritt sein muss, zu Ausnahmeregelungen zu kommen, das heißt zu Ausnahmeregelungen für Drittmittelprojekte und für eine einmalige Verlängerung.

Der Vorschlag von Herrn Dr. Klug, Dauerbeschäftigungsverhältnisse einzurichten, die dann besonderen Kündigungsregelungen unterliegen, ist sicherlich auch nicht unplausibel; er berührt aber das Arbeitsvertragsrecht und das Kündigungsrecht und würde sehr viel mehr Gesetzgebungsbedarf auslösen als die jetzt vorgesehene oder geforderte Ausnahmeregelung.

Dauerarbeitsplätze sollen aus zeitlich befristeten Projekten nicht werden - das ist eine Leitschnur der Änderungen - und wir werden uns im Rahmen der anstehenden **Novellierung des Hochschulrahmengesetzes** für eine entsprechende Änderung einsetzen, damit auch diejenigen, die solche Projekte konzipieren und in ihnen arbeiten, von den Drittmitteln profitieren und die Früchte ihres Könnens und ihrer Arbeit auch wirklich ernten können - zu unser aller Nutzen im Übrigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit treten wir in die Abstimmung ein. Einerseits ist Ausschussüberweisung beantragt worden, andererseits ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Zunächst wird über die Ausschussüberweisung abgestimmt. Wer dem Antrag auf Überweisung des Antrages Drucksache 15/716 an den zuständigen Bildungsausschuss seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Die Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/716, in der Sache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 15/716, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und mit den Stimmen des SSW gegen die Stimmen der

Fraktion der CDU angenommen. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Haus der Geschichte

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/735

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/759

Wird das Wort zur Begründung gewünscht, Herr Fraktionsvorsitzender? - Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile Frau Abgeordneter Caroline Schwarz für die CDU-Fraktion das Wort.

Caroline Schwarz [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hay! Herr Präsident!

(Heiterkeit und Beifall)

Schon lange wird in Fachkreisen, aber auch in den Parteien und Fraktionen - die Grünen haben dazu sogar schon einmal einen extra Kongress abgehalten; ich glaube, das war vor zwei Jahren, Frau Birk - darüber diskutiert, dass ein „Haus der Geschichte“ unsere **schleswig-holsteinische Museumslandschaft** optimal ergänzen würde. Uns fehlt in Schleswig-Holstein ein zentraler Ort - darin stimme ich der leider erkrankten Ministerin zu -, an dem unser Land in seiner geschichtlichen und kulturellen Vielfalt allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht wird; ein Ort, an dem die Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Schleswig-Holstein bis zur Gegenwart im historischen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Rahmen dargestellt wird, und ein Ort, an dem das Geschichtsbewusstsein für unser Land gefördert und gepflegt wird, um auf diese Weise unser geschichtliches Erbe für die Zukunft Schleswig-Holsteins im deutschen und europäischen Rahmen fruchtbar zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dezentral haben wir eine Menge zu bieten: Wir haben in Albersdorf den archäologischen Park, der die Steinzeit repräsentiert; wir haben in Haithabu die Zeugnisse der Wikingerzeit; in Lübeck haben wir eine mittelalterliche Museumsstadt - kann man fast sagen -; Schloss Gottorf in Schleswig zeigt das Barock und Nachbarock in Schleswig-Holstein und mit der Landeshalle und dem Rantzaubau auf dem Gelände des Kieler Schlosses, der letzten Residenz der Gottorfer Herzöge in Kiel, stehen in Kiel zwei Eckpfeiler der schleswig-holsteinischen Geschichte. Und wir haben im Land zirka 150 Museen, die voll von Zeugnissen

(Caroline Schwarz)

unserer regionalen Landesgeschichte sind. Dezentral - daran gibt es keinen Zweifel - wird eine Menge Landesgeschichte dargestellt und ist interessierten Menschen zugänglich. Defizite gibt es in der neueren Landesgeschichte, jedenfalls im musealen Bereich. Fachleute - daran gibt es auch keine Zweifel - haben wir genug - ich nenne nur die Namen Lange, Danker und Wolf.

Unser Antrag soll nun die Landesregierung auffordern, ein Konzept zu erarbeiten und uns vorzulegen, wie und wo wir einen solchen repräsentativen, zentralen Ort der Landesgeschichte schaffen können, ein „Haus der Geschichte“ Schleswig-Holsteins, in dem alle Epochen, alle Etappen erfasst und die angesprochenen Defizite aufgefüllt werden können. Es soll ein Haus werden, in dem die kulturellen Höhepunkte in den verschiedenen Regionen zusammengefasst werden, in dem zum Beispiel auch die **internationalen Verbindungen** Schleswig-Holsteins in der Geschichte nachvollzogen werden. Das passt zu der Debatte heute Morgen „Schleswig-Holsteins wirtschaftliche Entwicklung“ - die gab es damals schon längst. Ich nenne als Stichworte die Amerikabeziehungen der Wikinger, Herr Kayenburg,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie das dem Wirtschaftsminister, das wollen wir intensivieren!)

die Kontakte des Gottorfer Hofes nach Persien, Herr Rohwer. - Herr Rohwer, soll ich das wiederholen? Es gab Kontakte des Gottorfer Hofes nach Persien. Es gab in Schleswig extra eine Unterkunft für die persische Botschaft. Und ich nenne die Hanse.

Es soll ein Haus sein, das die Menschen durch einzelne repräsentative Darstellungen neugierig macht nach dem Motto: Wenn du mehr über dieses Thema wissen willst, dann fahre nach Lübeck, Albersdorf, Schleswig oder sonst wohin. Genau das mit etwas anderen Worten hat die Ministerpräsidentin während der Herbsttagung des Schleswig-Holsteinischen Museumsverbandes in Lübeck erklärt. Wir schließen uns gern dieser Forderung an. Allerdings halten wir ein ausschließlich virtuelles Museum für etwas problematisch, weil es der Sache nicht so ganz angemessen ist. Ein Museum braucht Ausstellungsstücke zum Anfassen, zum Begreifen. Das Virtuelle kann hervorragend ergänzen.

(Lothar Hay [SPD]: „www.geschichte.schleswig-holstein.de“!- Klaus Schlie [CDU]: Das hat sie gerade gesagt!)

- Ja, ja, das ist schon spitzenmäßig.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, das habe ich auch gesagt! Ich wollte Sie nur unterstützen, Frau Schwarz!)

- Danke, Herr Hay. Sie hören ja doch zu!

Kulturelle Einrichtungen und Institutionen mit den entsprechenden hoch qualifizierten Fachleuten, die sich mit Sicherheit - da bin ich mir sicher - gern an der Erarbeitung eines solchen Konzeptes beteiligen würden, stehen ebenfalls in großer Anzahl in unserem Land zur Verfügung. Ich nenne hier nur das Landesmuseumsamt, das mit seinem Know-how, seiner Erfahrung und dem notwendigen Überblick über das im Land bereits Vorhandene als Koordinierungsstelle geradezu prädestiniert wäre. Aber auch das Landesarchiv, das Landesamt für Denkmalpflege und die Landesbibliothek, die Hüterin der historischen Landeshalle - alle diese Ämter und Institutionen könnten wichtige Aufgaben bei diesem Projekt übernehmen. Dazu kommt natürlich auch der Museumsverband Schleswig-Holstein, dessen großer Wunsch ein „Haus der Geschichte“ für unser Land seit langer Zeit ist.

Viele Ideen und ganz konkrete Vorstellungen gibt es bereits in der historischen Fachwelt - sowohl im hauptamtlichen wie auch im ehrenamtlichen Bereich. Dazu nenne ich nur noch einmal den Schleswig-Holsteinischen Museumsverband und die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.

Ich freue mich auf die Vorstellung des Konzeptes im März und auf eine gute Diskussion im Bildungsausschuss. - Nun bitte ich noch einmal kurz um eine Lesepause, da mir der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eben erst vorgelegt worden ist.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich möchte den Vorschlag machen, dass Sie sich dazu später noch einmal zur Geschäftsordnung melden.

Caroline Schwarz [CDU]:

Ich melde mich dann gleich noch einmal.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bedanke mich.

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schwarz, ich will gern noch etwas zu unserem Änderungsantrag sagen. Ihr Vorschlag oder Ihre Forderung, dass das Ministerium im März ein Konzept zum „**Haus der Geschichte**“ vorlegen soll, haben wir mit Interesse gelesen. Wir bedanken uns dafür, dass wir heute die Gelegenheit haben, über das Thema

(Jürgen Weber)

„Haus der Geschichte“ zu reden. Aber Sie verlangen von der Landesregierung Unmögliches - und das auch noch sofort. Konzepte schreiben sich nicht ganz so schnell wie Anträge. Deshalb denke ich, dass es Sinn macht, das, was jetzt in der Diskussion ist, auch in Ruhe und vernünftig vorbereiten zu lassen.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zur Sache machen, die Sie hier in Antragsform vorgetragen haben. Die Frage nach einem „Haus der Geschichte“ in und für Schleswig-Holstein ist in der Tat genauso reizvoll wie schwierig. Die Diskussion auf der Herbsttagung des Museumverbandes im letzten November hat das übrigens auch bestätigt. Ich selbst war zwar nicht da, aber nach dem, was man lesen und hören konnte, sind dort sehr unterschiedliche Vorstellungen vorgetragen worden.

Ich will und werde bewusst und ausdrücklich jetzt nicht über die Finanzierbarkeit reden. Es gibt genug Bedenkensträger, die dazu etwas vortragen werden. Ich möchte mich auf die Themen beschränken, die sozusagen im konzeptionellen Bereich zuerst einmal als Fragen formuliert werden müssen. Ein paar dieser Fragen möchte ich gern hier im Parlament vortragen, weil ich denke, dass darüber nachgedacht werden muss, wenn die Regierung ein Konzept vorlegen soll. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, welcher Themenbereich in ein denkbare „Haus der Geschichte“ einbezogen werden soll. Brauchen wir einen Überblick über die gesamte Landesgeschichte - sozusagen von der Ur- und Frühgeschichte bis heute - oder braucht es nicht vielmehr einen Fokus auf eine Präsentation von Zeitgeschichte, sagen wir einmal vom Beginn der Demokratisierung 1848 bis heute, um einmal ein Beispiel zu nennen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wir müssen über den Gegenstandsbereich eines solchen „Hauses der Geschichte“ reden.

Wir müssen über die Frage reden, wie Geschichte eigentlich präsentiert werden soll. Soll es - werfen wir jetzt einmal einen Blick über die Landesgrenzen hinaus - in einer zentralen Ausstellung geschehen, wie es zum Beispiel im „Haus der Geschichte“ des Landes Baden-Württemberg angedacht wird, oder eher in der dezentralen Form eines wandernden Museums, wie es das Land Bayern präferiert?

(Klaus Schlie [CDU]: Zwei hervorragende Beispiele!)

- Ja, aber die beiden Konzeptionen sind gegensätzlich. Wir müssen über die Frage nachdenken, welchen von den beiden Wegen wir gehen wollen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Baden-Württemberg!)

- Das kommentiere ich jetzt nicht, Herr Garg. Das war Lokalpatriotismus; der ist natürlich erlaubt.

Dezentralität, also **Vernetzung von Angeboten**, die es schon gibt, wird übrigens von Herrn von Sydow vom Landesmuseumsamt stark favorisiert. Ich verweise auf die jüngsten Publikationen in dieser Hinsicht. Macht eine Vermittlung oder museale Präsentation landesspezifischer Besonderheiten eigentlich Sinn oder müssen wir die allgemeinen historischen Entwicklungen sozusagen auf regionale Besonderheiten herunterbrechen? Was und wie soll eigentlich ausgestellt werden?

Man muss sich natürlich auch die Frage stellen: Wie marktgängig und publikumsorientiert soll und darf es denn bitte sein? Erlebte Geschichte oder museale Sammlung? Auch das ist nicht nur eine Frage von Nebenrang. Die Standortfrage - wo, an welcher Stelle, in welchem Gebäude und mit welchem Hintergrund - will ich hier ganz beiseite lassen.

Weiterhin stellt sich die Frage, in welchem Umfang Multimedialität in den Vordergrund gerückt werden soll. Auch mit dieser Frage müssen wir uns bei der Erarbeitung des Konzeptes beschäftigen.

Man könnte noch viele andere Fragen hinzufügen. Ich will mit den Fragen, die ich angesprochen habe, nur deutlich machen, dass es nicht darum geht, gewissermaßen aus der hohlen Hand etwas auf den Weg zu bringen. Wir erwarten, dass ohne übertriebene Hektik an das Projekt herangegangen wird, zugleich aber die Hände natürlich nicht in den Schoß gelegt werden. Wir erwarten, dass alle Fachleute in diesem Lande herangezogen werden, um gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, das dann natürlich auch eine **politische Gewichtung** haben muss, sodass die Landesregierung - das Bildungsministerium - in der Lage ist, etwas vorzulegen, worüber wir im politischen Raum dann möglichst bald diskutieren und entscheiden können.

Ich will auf die Angebote, die es im Lande schon gibt, jetzt gar nicht näher eingehen. Frau Schwarz hat bereits eine Reihe von Museen und Ausstellungen beispielhaft genannt. Man könnte andere hinzufügen. Mir geht es darum, deutlich zu machen, dass wir noch einmal über die Frage reden müssen, wo es Defizite gibt. Als eine schwere Hypothek nenne ich die Nichtrealisierung eines Museums für Industrie und Alltagskultur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses große Defizit besteht nach wie vor. Wir erwarten, dass die Regierung im Laufe dieses Jahres zügig einen Bericht über das vorlegt, was an Überlegungen, an Arbeit und an Konzeption auf den Weg

(Jürgen Weber)

gebracht worden ist. Wir wollen die Entwicklung im Bildungsausschuss regelmäßig begleiten. In diesem Sinne haben wir einen Änderungsantrag formuliert, dem wir zustimmen bitten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Lord Palmerston, dem britischen Politiker aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, stammt das berühmte Bonmot, die **Geschichte Schleswig-Holsteins** sei doch recht schwierig; es gebe nur drei Personen, die sie jemals begriffen hätten: Einer dieser Männer sei tot, der Zweite sei verrückt geworden und der Dritte, er selbst, habe alles vergessen. - Auch wenn man diese Aussage nicht auf die Goldwaage legen sollte, ergibt sich daraus die Konsequenz, dass ein „Haus der Geschichte“ unseres Landes, wenn man ein solches bauen wollte, eine ziemlich verwinkelte und komplizierte Architektur haben müsste, wenn denn die Aussage von Palmerston ansatzweise zutreffend sein sollte. Auch ich sehe das Problem, dass eine - ich formuliere es einmal salopp - All-inclusive-Lösung für die Geschichte unseres Landes schwer zu realisieren ist. Ich könnte mir eine solche Lösung jedenfalls schwer vorstellen.

Die ältere Geschichte unseres Landes ist beispielsweise auf Schloss Gottorf im Archäologischen Landesmuseum so gut präsentiert, dass man dies eigentlich gar nicht mehr toppen kann.

(Beifall beim SSW)

Die inzwischen aus Lübecker Sicht betrüblicherweise sicherlich unfreie, aber immer noch Hansestadt Lübeck ist sich selbst genug. Das wissen wir aus praktischer landespolitischer Erfahrung nur allzu gut.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt!)

Wo sollte, Kollege Geißler, die Hansezeit besser präsentiert werden als in der Hansestadt Lübeck, die, wie gesagt, nicht mehr frei, aber immer noch Hansestadt ist!

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, Caroline Schwarz, dass man in einem „Haus der Geschichte“ gewissermaßen nur ein paar Appetithäppchen präsentiert und im Übrigen sagt: Wenn ihr euch genauer informieren wollt, dann fahrt im Blick auf das eine Thema dahin

und im Blick auf das andere Thema dorthin. - Dies wäre, wie ich glaube, auch nicht ganz zufrieden stellend.

Deshalb ist der Ansatzpunkt, sich auf die neuere **Landesgeschichte** zu konzentrieren, wie ich glaube, der richtige. Man muss dabei nicht erst Mitte des 19. Jahrhunderts, mit der Demokratisierung und der Revolutionszeit, beginnen. Man kann durchaus etwas weiter bis in die frühe Neuzeit zurückgreifen. Darüber kann man diskutieren. Wir haben mit der landesgeschichtlichen Sammlung der Landesbibliothek zum Beispiel einen durchaus sehenswerten und respektablen Fundus an Exponaten, den man im Sinne der Präsentation der Geschichte Schleswig-Holsteins im Wesentlichen in der Neuzeit auch in eine museale Präsentation einbringen kann. Diese Präsentation müsste dann freilich im Sinne einer zusätzlichen Einbeziehung der **Zeitgeschichte** unseres Landes um das 20. Jahrhundert ergänzt werden.

Für sehr interessant halte ich den Gedanken, dass man im Rahmen eines solchen „Hauses der Geschichte“ auch die Möglichkeit schafft, dort fallweise wechselnde Wanderausstellungen zu präsentieren. Vor drei Jahren habe ich mir im Historischen Museum der Pfalz in Speyer einmal eine Ausstellung über das Thema „Napoleon und seine Zeit“, die aus Frankreich kam, angeschaut. Man könnte sich vorstellen, dass historische, kulturgeschichtliche Ausstellungen aus dem Bereich des Ostseeraumes für eine bestimmte Zeit an einem solchen Ausstellungsort hier im Lande präsentiert werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Das wäre eine wünschenswerte Anknüpfung an unser Ziel, den historischen und kulturellen Zusammenhang in der Ostseeregion insgesamt zu fördern. Dazu muss, wie ich meine, auch die Kulturpolitik verstärkt ihre Beiträge leisten.

Wir stimmen dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, auch was die Terminsetzung und die inhaltliche Ausrichtung angeht. Wir sollten dieses Thema in der Kulturpolitik unseres Landes engagiert weiter verfolgen. Im Grundansatz - stärkere Präsentation der Landesgeschichte -, Caroline Schwarz, stimmen wir sicherlich überein.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf die Gelegenheit benutzen, Ursula Röper ganz herzlich in der Loge zu begrüßen.

(Beifall)

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie heute hier sind.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie wird aus vielen Geschichten Geschichte? Bekanntlich verstehen wir heute Historie nicht mehr als Schöpfungs- und Heilsgeschichte. Wir begreifen sie nicht mehr als Entwicklungsroman, in dem sich alles von naiver Urzeit bis zur allwissenden Gegenwart ständig logisch und sinnvoll zum Guten entwickelt. L'état, c'est moi - das gilt nicht mehr. Wenn kein Fürst mehr seine Geschichte mit der seines Volkes und Staates in eins setzt, wer sind dann die Erzählerinnen und Erzähler der Geschichte Schleswig-Holsteins? Ist es der Landtag als demokratischer Souverän? Ich glaube, hier würden wir uns übernehmen, auch wenn ich mich gern an die Feierstunde des Landtages und insbesondere an die Geschichte unserer Kollegin Spoorendonk erinnere, auch wenn der Landtag immer wieder in hervorragender Weise auf zeitgeschichtliche Themen aufmerksam macht und damit zu Recht auch bei der Bevölkerung dieses Landes Interesse an der Geschichte weckt.

Wie kann eine solche Erzählung in heutiger Zeit den Zeitgenossen und der nachwachsenden Generation lebendig dargestellt werden? Diese Frage ist für mich erkenntnisleitend und führt zu unserer Aussage: Ein „Haus der Geschichte“ sollte in heutiger Zeit ein virtuelles Haus der Geschichte sein.

Die CDU macht sich für ein „Haus der Geschichte“ stark. Frau Schwarz, ich frage Sie: Stellen Sie sich ein landesweites **Heimatmuseum** oder einen musealen Staatsakt oder eine Mischung von beidem vor? Ich kenne eine Reihe von Museen, die ein schlechtes Geschichtsbilderbuch darstellen. Vorstellungen in dieser Hinsicht vertritt meine Fraktion nicht. Wir möchten ein lebendiges, sich im Dialog entwickelndes Medium haben. Was wäre dazu besser geeignet als die virtuelle Ebene, die dann natürlich dazu einlädt, sich vor Ort, an verschiedenen Stätten dieses Landes, an denen Geschichte aus verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Perspektiven dokumentiert wird, intensiver damit zu befassen?

Ich stimme allen Vorrednerinnen und Vorrednern zu, die sagen, dass wir gerade im Hinblick auf die jüngere Geschichte noch einiges nachzuholen haben.

Gerade als Lübeckerin möchte ich darauf hinweisen, wie vielfältig und intensiv sich Geschichte in diesem Land darstellt. Dies sieht man in Lübeck auf Schritt

und Tritt im öffentlichen Raum, in den Kirchen, im Rathaus, bis in die Geschäfte hinein, aber auch in Filmen unseres kleinen Arbeitsmuseums und schließlich demnächst in zwei kleinen **Fachmuseen**, die sich mit den beiden Literaturnobelpreisträgern dieser Stadt auseinander setzen.

Aber nicht genug, in Lübeck wird derzeit zum Beispiel darüber gestritten, ob wir nicht eine Stadtfotodokumentation des letzten Jahrhunderts, die besonders herausragend ist, in einem Museum würdigen müssen. Die Lübeck-Schlutuper wollen natürlich die Wiedervereinigung in einem entsprechenden Museum dokumentiert wissen. Last, but not least füllen die Lücke der Nachkriegszeit und der Kriegszeit Schülerinnen und Schüler mit eigenen Recherchen und dem hervorragenden Film und der entsprechenden Ausstellung „Pöppendorf statt Palästina“. Es gibt auch schon eine Geschichte der Einwanderinnen und Einwanderer, zum Teil von ihnen selbst dokumentiert. Denken Sie an die hervorragenden Dokumentationsfilme der Lübecker Filmemacherin Serap Berakkarasu. Wenn wir das alles in ein Haus packen, ist das beliebig und voll gestopft.

In Lübeck kann man auf verschiedenen Rundgängen, zu Fuß, aus verschiedenen Perspektiven die Geschichte erfahren. Man kann sich im Kommunalen Kino und anderswo filmische Dokumente ansehen. In Lübeck gibt es immer wieder zeitgeschichtliche aktuelle Wanderausstellungen oder eigens neu geschaffene Ausstellungen.

Wollen wir dieses Prinzip nicht auch auf das ganze Land ausdehnen? Ich finde, das hat Zukunft, das hat Charme. Wir müssten dann allerdings tatsächlich einen Ort haben, an dem sich diese virtuelle Ebene der Bevölkerung möglichst leicht zugänglich präsentiert. Es wäre ein gutes touristisches Angebot - hier eine Geste an den Wirtschaftsminister -, die Erwanderung Schleswig-Holsteins aus historischer Sicht aus verschiedenen Perspektiven auch im Bereich des Touristischen anzubieten.

Darüber hinaus aber brauchen wir den historischen, den demokratischen Dialog zwischen den Fachleuten, um ein solches Konzept zu erstellen, das sich dann auch auf der virtuellen Ebene präsentiert und das vor allem immer wieder aktualisiert werden kann. Wir erwarten deshalb die Erstellung eines Konzeptes durch die Landesregierung bewusst in einem Zeitraum bis zum Ende dieses Jahres. Wir erwarten, dass dieses Konzept das Ergebnis eines breiten öffentlichen Dialogs ist und den demokratischen Ansprüchen und den Möglichkeiten des Medienzeitalters entspricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat jetzt Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Widerspruch - Thorsten Geißler [CDU]: Das muss ins Protokoll!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist da anscheinend gerade ein Witz entgangen. Doch jetzt zum Thema.

Wann haben wir uns eigentlich zuletzt mit der Entwicklung der Museumslandschaft in Schleswig-Holstein befasst, wohl gemerkt unter inhaltlichen Vorzeichen? - Das ist schon eine ganze Weile her. Daher begrüßen wir, dass die CDU den vorliegenden Antrag gestellt hat. Auch aus unserer Sicht ist es wünschenswert, dass sich der Landtag an einer Diskussion über neue Wege in der Museumspolitik beteiligt.

Vor kurzem habe ich in Verbindung mit der Weiterbildungskommission wieder die Erfahrung gemacht, dass sich die Kommunikation zwischen Kulturträgern und Politik viel eher auf der „Regierungsebene“ abspielt als auf der parlamentarischen Ebene. Damit meine ich, dass die Strukturen in der **Kulturpolitik** häufig so sind, dass ein Dialog mit dem Landtag ausbleibt. Deshalb erfreut uns der Antrag, denn dieses Thema gehört in den parlamentarischen Raum und nicht nur in den der Ministerin.

Die CDU-Initiative bezieht sich auf eine Rede der Kultusministerin anlässlich der Herbsttagung des Museumsverbandes im November letzten Jahres. Bei dieser Tagung mit dem sinnvollen Untertitel „Möglichkeiten und Chancen der Vermittlung von Zeit- und Landesgeschichte“ hat sich die Ministerin in lobenswerter Weise auch der Frage angenommen, wie Landesgeschichte - verstanden als Zeitgeschichte - museal umgesetzt werden kann. Sie zitierte in diesem Zusammenhang in ihrer Rede auch aus der Koalitionsvereinbarung der regierungstragenden Fraktionen. Dort heißt es nämlich:

„Die politische und soziale Geschichte des Landes von den Anfängen bis heute ist bisher nicht zusammenhängend dargestellt worden. Erste Schritte zur Errichtung einer landesgeschichtlichen Präsentation, angegliedert an die Landesmuseen Gottorf, werden eingeleitet.“

Nun ist dem Parlament noch nicht zu Ohren gekommen, dass etwas eingeleitet worden ist. Deshalb macht es natürlich Sinn, einmal vorsichtig nachzufragen.

Wir alle können uns sicherlich schön ausmalen, wie ein richtiges „Haus der Geschichte“ aussehen könnte, in dem die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte des Landes kompetent, spannend und zeitgemäß aufbereitet wird. Aber wir reden nicht von Luftschlössern, sondern allenfalls von Schloss Gottorf.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist mit Glücksburg?)

Einen schicken Neubau können wir uns nicht leisten. Deshalb stellt sich die Frage nach dem Konzept in besonderem Maße. Ich füge hinzu: Wir beschäftigen uns nicht nur mit virtuellen, sondern mit echten, richtigen Häusern.

(Beifall bei SSW und F.D.P., einzelner Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Inhaltlich noch eine weitere Anmerkung! Ich kann mich noch sehr gut an eine Museumsdiskussion erinnern, die vor Jahren geführt wurde. Da ging es auch um Museumskonzepte und darum, wie das Landesmuseum **Schloss Gottorf** weiterentwickelt werden sollte. Stichworte waren damals: Soll es eine Gemäldesammlung sein oder soll es ein echtes Landesmuseum sein? - Ich fand, diese Diskussion war wichtig. Ich würde es begrüßen, wenn sie wieder aufgegriffen würde.

Ich gehöre zu denjenigen - auch das möchte ich hinzufügen -, die meinen, dass wir in Schleswig-Holstein ein Industriemuseum haben müssten, auch ein Museum für Zeitgeschichte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass die Landesgeschichte mit dem Anfang der **Industriegesellschaft** aufhört. Der gute Lord Palmerston kommt in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte überhaupt nicht vor.

Die Ministerin hat in ihrer Rede bereits angesprochen, dass sie sich einen Ausgangspunkt vorstellen kann, an dem Verweise auf die unterschiedlichsten Orte zeit- und landesgeschichtlicher Bedeutung erfolgen und der mit anderen Einrichtungen in Schleswig-Holstein verwoben wird. Man denkt in der Regierung offensichtlich über einen neuen Knotenpunkt nach, der das Zentrum eines neuen landes- und zeitgeschichtlichen Netzwerkes bilden soll. Wir haben zugegebenermaßen noch Schwierigkeiten damit, uns ein solches Konzept vorzustellen.

(Anke Spoorendonk)

Vielleicht wäre - das ist ein Gedanke, den der Kollege Klug vorhin schon aufgegriffen hat - eine Serie von Ausstellungen an verschiedenen Orten eine Alternative zu einem Ausgangspunkt, von dem aus die Menschen an viele verschiedenen Orte gehen müssen. Auch so ließe sich vielleicht ein zeitgeschichtliches Netzwerk realisieren. Ich meine damit, dass sich die Museen im Land in so einem Netzwerk der Aufgabe stellen können: Wie kann man Ausstellungen inhaltlich hinbekommen, die genau das aufgreifen, was wir wollen?

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir warten zunächst einmal gespannt darauf, was uns die Ministerin präsentieren wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt zu den Anträgen! Liebe Frau Kollegin Schwarz, ich habe vorhin gesagt, wir begrüßen Ihren Antrag. Das tun wir wirklich. Aber er ist nicht realistisch. Es ist nicht realistisch zu sagen, dass uns im März ein Konzept vorgelegt wird. Darum werden wir uns dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließen, der sagt, wir müssen etwas entwickeln und Zeit dafür haben. Ich denke, dass wir uns im Bildungsausschuss mit diesem Thema befassen werden und diesen Prozess begleiten müssen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt in Vertretung der erkrankten Bildungsministerin Frau Sozialministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich bin mindestens die vierte Historikerin in dieser Debatte heute. Wie passend!

(Holger Astrup [SPD]: Das macht das Ganze ja so schwierig!)

- Politische und fachliche Zuständigkeit zu bündeln, ist nicht schlecht, Herr Kollege Astrup.

(Beifall bei der F.D.P., vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Spoorendonk hatte schon zitiert:

„Die politische und soziale Geschichte des Landes von den Anfängen bis heute ist bisher nicht zusammenhängend dargestellt worden. Erste Schritte zur Errichtung einer landesgeschichtlichen Präsentation, angegliedert an das Landesmuseum Gottorf, werden eingeleitet.“

Dies ist nicht nur ein Zitat aus der Rede meiner Kollegin Erdsiek-Rave, sondern so ist es nachzulesen in der Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, damit stellen sich die Fragen, die Sie hier heute auf den Tisch gelegt haben; sie sind mit diesem Satz noch nicht beantwortet. Die Kultusministerin hat angeregt, entsprechend dieser Vereinbarung eine Aufbereitung schleswig-holsteinischer Landes- und Zeitgeschichte vorzunehmen, und zwar zunächst mit der Maßgabe, die in verschiedenen Städten und Gemeinden unseres Landes vorhandenen Sammlungen und Ausstellungen zentral an einem realen Ort virtuell zu erschließen, mit dem Blick auf das kulturelle Profil der Landeshauptstadt möglichst in Kiel und in enger Verbindung mit der erfolgreichen Jahrhundertstory.

Zu diesem Vorschlag gehört auch der Gedanke, dass dieser Standort mit einer konzentrierten ständigen Ausstellung und einem Museumsshop für Verkaufartikel aus den weiteren landesgeschichtlichen Museen verbunden werden sollte.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Bedenken, die unter anderem der Herr Abgeordnete Klug, aber auch andere hier geäußert haben, die alternativen Vorschläge, die hier heute diskutiert worden sind, sollten in die Konzepterstellung einbezogen werden. Wenn ich mir an dieser Stelle gleich die Anmerkung erlauben darf: Schon allein Ihr Diskussionsbedarf und Ihre Diskussionsanstöße heute machen deutlich, dass eine Konzeptvorlage im März eigentlich den Interessen dieses Parlaments nicht entspricht, sondern dass wir uns die Zeit nehmen müssen, um alles das, was Sie heute zur Sprache gebracht haben, auch einzubeziehen.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf der Herbsttagung des Museumsverbandes - das ist schon gesagt worden - im November letzten Jahres hat die Kultusministerin das Thema aufgegriffen und die teilnehmenden Museumsfachleute gebeten, an einem Konzept zur Aufarbeitung und Präsentation der Landesgeschichte zu arbeiten. Wir freuen uns natürlich, dass der Vorsitzende des Museumsverbandes Schleswig-Holstein, Herr Professor Wolf, diese Anregung

(Ministerin Heide Moser)

aufgenommen hat. Er hat namhafte Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit gewinnen können. Ich nenne hier die Namen Frau Dr. Paczkowski, Professor Danker, Professor Riis, Professor Schäfer, Dr. Westphal und Professor Witt. Ich denke, diese Namen versprechen sehr interessante Antworten auf die Fragen, die auch hier heute gestellt worden sind.

Diese Arbeitsgruppe, in der natürlich auch das Kultusministerium vertreten ist, wird die bisherigen Überlegungen konkretisieren und auf eine Realisierung und Umsetzung hinarbeiten. Das Museumsamt ist von Anfang an durch seine ohnehin enge Verbindung mit dem Museumsverband eingebunden.

Erste Gespräche haben auch mit dem Verein „Kulturoffensive Kieler Altstadt“ stattgefunden, dem Museumsverband und dem Kultusministerium. In den Überlegungen für ein erweitertes Kieler Stadtmuseum auf dem Gelände der alten Feuerwache und in den Planungen des Museumsverbandes zur Präsentation der Landes- und Zeitgeschichte an einem zentralen Ort in Kiel zeichneten sich durchaus Gemeinsamkeiten ab.

Aus unserer Sicht hängt die Realisierung des gesamten Vorhabens in starkem Maße von der Verbindung mit der Jahrhundertstory ab und wir hoffen sehr, dass wir hierfür den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag zur Mitwirkung gewinnen können.

Vielleicht ein kleiner Nachtrag zum gestrigen Thema Sponsoring: An dieser Stelle wäre es sicherlich außerordentlich sinnvoll und hilfreich.

Sie sehen, die ersten Schritte sind gemacht. Die Landesregierung ist gern bereit, ein Konzept vorzulegen, aber eben bitte erst dann, wenn die konzeptionelle Arbeit abgeschlossen ist oder einen Stand erreicht hat, der vieles einbezieht, was debattiert werden muss. Ende dieses Jahres sehen wir uns dazu in der Lage und werden dann gern berichten.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erhält die Frau Abgeordnete Caroline Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihnen die frohe Botschaft verkünden, dass wir jetzt einen gemeinsamen Antrag haben und dass Anke Spoorendonk nicht gegen einen Antrag zu stimmen braucht, sondern nur für einen. Ekkehard Klug kann

auch für einen und braucht nicht gegen einen Antrag zu stimmen. Wir sind da also zu Potte gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich möchte zunächst einmal etwas zum Datum sagen, das wir in unserem Antrag haben. Wir haben die Zeitungsberichte über die Tagung des Schleswig-Holsteinischen Museumsverbandes gelesen; die waren zum einen in den „Kieler Nachrichten“ und zum anderen in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“. Aus diesen beiden recht ausführlichen Artikeln konnte man den Eindruck gewinnen, als ob im Kultusministerium Konzepte schon fix und fertig vorlägen. Die Ministerin Erdsiek-Rave hat sich nämlich ziemlich konkret zu Detailfragen geäußert. So sind wir darauf gekommen - das ist sicherlich auch für die Regierungsfractionen nachvollziehbar -, dass Konzepte offensichtlich in der Schublade liegen, und die braucht man nur aufzuziehen. Deswegen das Datum März. Wir sind aber gern bereit, auf den Vorschlag „Ende des Jahres“ einzugehen, sodass wir dann in der letzten Landtagstagung dieses Jahres darüber reden.

Wir sind auch bereit, einen anderen Vorschlag von der SPD aufzunehmen. Ich werde jetzt einmal den neuen Antrag vorlesen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende 2001 im Landtag ein Konzept zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ unter besonderer Berücksichtigung der neueren und Zeitgeschichte vorzulegen und darzustellen, wie die Einbindung in die schleswig-holsteinische Museumslandschaft gestaltet werden kann. Ebenfalls sollen Aussagen getroffen werden über Trägerschaft, ...“

Der übrige Text bleibt unverändert wie im alten Antrag.

Das ist der gemeinsame Antrag, zu dem ich um Ihre Zustimmung bitte.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Darf ich einmal fragen: Ist das so weit von allen im Hause verstanden worden -

(Zurufe: Ja!)

- oder gibt es dazu Nachfragen? - Okay.

Caroline Schwarz [CDU]:

Ja, das sind alles ganz schlaue Abgeordnete!

(Heiterkeit bei der CDU)

(Caroline Schwarz)

Nur eines, Frau Birk, kann ich mir nicht verkneifen: Ich bin persönlich richtig ein bisschen beleidigt, dass Sie mir unterstellen, dass ich ein Heimatmuseum für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte errichten wollte. Das hat mich getroffen. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Damit ist die Geschäftsgrundlage, auf der wir abstimmen, klar. Wir befinden uns jetzt in der Abstimmung.

Wer dem gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, F.D.P. und SSW in der Sache zustimmen möchte, den darf ich um sein deutliches Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der gemeinsame Antrag in der von Caroline Schwarz vorgetragenen Fassung vom Hause einstimmig angenommen worden. Herzlichen Glückwunsch!

Tagesordnungspunkt 20 ist erledigt.

Ich darf, bevor ich Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, den Vorsitzenden der DAG, Herrn Dietmar Katzer, in der Loge begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Reform des Betriebsverfassungsgesetzes

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/725 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Aussprache eröffnen. Das Wort für den Antragsteller, die F.D.P.-Fraktion, hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es wird von niemandem ernsthaft bestritten, dass eine Anpassung des Betriebsverfassungsgesetzes aus dem Jahre 1972 notwendig ist. Wer hier fundamentale Verweigerungshaltung an den Tag legen sollte, der hat die Zeichen der Zeit mit Sicherheit nicht erkannt. In einer Zeit, die von Begriffen wie „Just in time“, New Economy und Globalisierung geprägt ist, muss auch die Gesetzeslage den geänderten Verhältnissen angepasst werden. Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört natürlich auch, dass der Begriff Sozialpartnerschaft mit neuen Ideen gefüllt wird.

Der Gedanke der **Sozialpartnerschaft** hat im Bereich der Mitbestimmung seinen Niederschlag gefunden und zum Ausgleich der Interessen in den einzelnen Betrie-

ben geführt. Sozialpartnerschaft ist eines der Kernstücke der sozialen Marktwirtschaft.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher bedeutet aber Sozialpartnerschaft auch, dass beide Partner, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, bei einer solchen Reform berücksichtigt, das heißt von vornherein gleichberechtigt einbezogen werden müssen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso unverständlicher ist deshalb der jetzige Reformentwurf. Mögen Sie ihn „Kompromiss“ oder „ersten Entwurf“ oder „zweiten Entwurf“ nennen, das ändert nichts an der Tatsache.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Reformpläne gehen eindeutig in die falsche Richtung, Herr Kollege Hentschel. Hier wurden in der Hauptsache einseitig belastende Arbeitgeberregelungen geschaffen, die geeignet sind, eben diese gewachsene Sozialpartnerschaft aufs Spiel zu setzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Arbeitgeber, die jetzt keinen Betriebsrat haben!)

So wird mit dieser Gesetzesänderung von der von allen politischen Kräften immer wieder beschworenen **Mittelstandsförderung** Abstand genommen. Ich kann die Zwischenrufe aus Ihren Reihen eigentlich gar nicht verstehen, denn das hat selbst Ihr eigener Wirtschaftsminister ganz genauso gesehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieser Entwurf - wie er jetzt als Kompromiss vorliegt - ist doch ganz offensichtlich nichts anderes als ein Bonbon für die Gewerkschaften, die sich in letzter Zeit von der rot-grünen Mehrheit in Berlin etwas vernachlässigt gefühlt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kann denn von einer demokratischen Teilhabe und von einem demokratischen Wahlgedanken gesprochen werden - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es würde Ihnen gut tun, Herr Hentschel, wenn Sie ab und an einmal zuhören würden, bevor Sie sich hier

(Dr. Heiner Garg)

wieder als Wirtschaftsexperte aufführen und Unsinn reden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er soll einmal die Narrenkappe aufsetzen, den Stahlhelm!)

Kann denn von einer demokratischen Teilhabe und von einem demokratischen Wahlgedanken gesprochen werden, wenn durch eine so genannte Vereinfachung und Entbürokratisierung des **Wahlverfahrens** dafür gesorgt werden soll, dass die Mehrzahl der Arbeitnehmer dazu gezwungen werden, sich dem Willen einer kleiner Minderheit von Funktionären zu beugen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Welches Verständnis von Sozialpartnerschaft steht eigentlich dahinter, wenn die beiden wichtigen **Schwellenwerte** des Betriebsverfassungsgesetzes zulasten eines der Sozialpartner abgesenkt werden sollen? Diese Absenkungen führen doch dazu, dass erhebliche zusätzliche Kostenbelastungen gerade für kleinere und mittlere Betriebe entstehen.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Da hilft es auch nicht, die vermeintlichen Entlastungen durch die **Steuerreform** gegenrechnen zu wollen: Gerade die kleineren und mittleren Betrieben profitieren erst - wenn überhaupt - im Jahr 2005 von der Steuerreform.

Es bedarf auch nicht der seherischen Weitsicht einer Cassandra, dass diese neue Regelung Arbeitsplätze kosten wird - Arbeitsplätze auch in Schleswig-Holstein. Herr Minister Rohwer, in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 8. Februar 2001 waren Sie jedenfalls noch dieser Auffassung. Ich frage Sie heute: Wenn Sie Ihre Meinung geändert haben, dann sollten Sie das hier heute klipp und klar sagen. Ihre fünf sozialdemokratischen Wirtschaftsministerkollegen fragen Sie dann bitte freundlicherweise gleich mit. Denn immerhin waren es mit Ihnen sechs sozialdemokratische Landeswirtschaftsminister, die genau diese Überlegungen angestellt und genau gegen den erklärten Willen ihrer eigenen Partei vorgebracht haben. Da wird dann von ungeahnter Seite Schützenhilfe für die Arbeitgeber, die das Risiko eines Betriebes tragen - das sollte man ruhig einmal wiederholen -, geleistet.

Schade nur, Herr Hay, dass Sie das für die SPD-Fraktion nicht ganz genauso sehen, denn gerade kleinere Betriebe, die an den vorgegebenen Schwellenwert kommen, werden es sich in Zukunft zweimal überlegen, ob sie neue Mitarbeiter einstellen oder einfach weitere zusätzliche Überstunden „fahren“. Da braucht man sich dann nicht darüber zu wundern, wenn Inve-

stitutionen in den Betrieben zurückgestellt oder gar nicht vorgenommen werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn!)

Aber, Herr Hay, auch Sie erhielten ja tatkräftige Unterstützung für Ihre Position, und zwar vom CDU-Landesvorsitzenden höchstpersönlich - jetzt ist er leider nicht hier -, Herrn Wadephul. Denn Herr Wadephul sucht jetzt ebenfalls den Schulterchluss mit den Gewerkschaften. Bei näherer Betrachtung ist das eigentlich auch gar nicht so sonderlich überraschend, denn die CDU ist für die Unternehmer in dieser Frage schon längst kein zuverlässiger Ansprechpartner mehr. Deswegen versucht es Herr Wadephul eben mit der anderen Seite.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt ist der Bart ab!)

Herr Kayenburg, da mache ich mir wirklich ernsthaft Sorgen, aber um die Union.

(Der Abgeordnete Dr. Johann Wadephul [CDU] betritt den Plenarsaal)

- Jetzt ist er wieder hier.

Ich frage mich, wie sich die Hinzuziehung des Betriebsrates bei allen Fragen des betrieblichen Umweltschutzes mit der Investitionsneigung von Arbeitgebern in Einklang bringen lässt. Auch dieses Problem hat im Übrigen der Wirtschaftsminister - im Gegensatz zu Ihnen, Herr Wadephul - völlig richtig verstanden. Weil mittlerweile Investitionsentscheidungen eines Betriebes von fast allen Belangen des Umweltschutzes berührt sind, kann hier in Zukunft jeder Einspruch die Investition verhindern. Soll es das denn wirklich sein?

Darüber hinaus sind die Einbeziehung von Leiharbeitnehmern in die Mitbestimmung und die Ausweitung des Betriebsbegriffes geeignet, die gewachsenen Strukturen gerade kleinerer Unternehmen empfindlich zu stören. Die entsprechende Bestimmung sieht doch ganz danach aus, als habe ein **Leiharbeitnehmer** in Zukunft das Wahlrecht in gleich zwei Betrieben. Hier wird doch bereits im Entwurf wieder neuer Interpretationsspielraum geschaffen - Nachbesserungsbedarf wird also quasi serienmäßig mitgeliefert - und, liebe Kolleginnen und Kollegen, da fühlt man sich an den fabelhaften Start dieser Bundesregierung erinnert. Denn da verhielt es sich mit einigen Gesetzeswerken genauso. Jetzt ist aber die Chance gegeben, diesen Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Dies bedeutet auch, dass solche Ungereimtheiten vor Inkrafttreten geändert werden müssen. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich zu erfahren, Herr Minister Rohwer, ob Sie eigentlich seitenlang Ihre Privatmeinung zum

(Dr. Heiner Garg)

Besten gegeben haben oder ob Sie für die gesamte schleswig-holsteinische Landesregierung gesprochen haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mich interessiert das deshalb, weil sich die Ministerpräsidentin offensichtlich völlig überrascht von Ihren Äußerungen gezeigt hat. Danach kann sich die Landesregierung in schönster Eintracht überlegen, wie ein gemeinsamer Betriebsrat von Zuliefer- und Kundenunternehmen funktionieren und dies mit dem deutschen und europäischen Wettbewerbsrecht in Einklang gebracht werden soll. Vielleicht leisten Sie da noch Aufklärungsarbeit.

Der neue Entwurf ignoriert ebenfalls, dass sich viele Belegschaften gerade in kleineren Betrieben oder in bestimmten Branchen ganz bewusst gegen einen Betriebsrat entschieden haben. Meiner Auffassung nach muss diese Entscheidung ebenso respektiert werden wie die Entscheidung für einen Betriebsrat.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!
- Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Herr Hentschel, das, was Sie hier vorbringen, ist wirklich nur noch langweilig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihn drückt der Stahlhelm!)

Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 wurde doch geschaffen, um die Mitbestimmung und den Willen der Arbeitnehmer zu regeln.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wurde aber nicht geschaffen, Herr Hentschel, um den Bestand und den Einfluss von Gewerkschaften zu sichern. Und, Herr Kayenburg, weil er jetzt hier ist, fragen Sie doch einmal Herrn Wadephul, ob er das anders sieht. Ich weiß, Sie sehen das nicht anders.

Anstelle dieses Kniefalls vor den Gewerkschaften fordern wir, dass dem Betriebsrat im Hinblick auf die Tarifpolitik in Zukunft eine wichtigere Rolle zukommen soll. Wer Arbeitsplätze sichern und neue schaffen will, muss auch vom **Flächentarifvertrag** abweichen können. Die Möglichkeiten des Betriebsrats, zu dezentraleren und flexibleren Lohnverhandlungen zu kommen, müssen ausgeweitet werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das wäre im Übrigen eine echte Reform, die sich den Anforderungen des wirtschaftlichen Wandels tatsächlich stellte.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Das steht genauso darin!)

- Sie haben den Entwurf noch nicht einmal gelesen, Herr Hentschel! Was erzählen Sie denn hier?

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ziel muss es sein, die Dynamik der kleineren und mittleren Betriebe zu nutzen und diese zu stärken. - Wissen Sie, ich würde mich gern weiter mit Ihnen streiten, nur leider läuft mir die Zeit davon.

Insofern bekommt auch die F.D.P. ungeahnte Schützenhilfe von sechs SPD-Wirtschaftsministern. Aber ich frage Sie: Sind die sechs SPD-Wirtschaftsminister mit dem Kompromiss zufrieden? - Nein, das sind sie natürlich nicht. Daher frage ich Sie weiter: Kann denn die Kritik, die von verschiedener Seite an dem Entwurf geäußert wird, so falsch sein? Warum sollten die **Betriebsräte** vor Ort nicht das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, was für die Mitarbeiter, von denen sie ja gewählt worden sind, besser ist? Was ist an Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene eigentlich so schlimm, wenn sie freiwillig geschlossen und beispielsweise von 75 % der abstimmenden Mitarbeiter des Unternehmens befürwortet werden? Warum wurde bei diesem Entwurf nicht die **Mitarbeiterbeteiligung** als moderne Form der Mitbestimmung zum Thema gemacht? Hier hätte man die Identifikation des jeweiligen Arbeitnehmers mit „seinem“ Betrieb tatsächlich fördern können. Stattdessen wird eine staatlich verordnete Ausweitung des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers vorgenommen, der den Sozialpartnern mehr schadet als nutzt.

(Lothar Hay [SPD]: Sie sind ja wirklich noch in den 50er-Jahren!)

Daher kann ich Sie, Herr Minister Rohwer, nur auffordern: Bleiben Sie am Ball! Lassen Sie sich auch nicht von einer Union, die ab und an einen leicht verwirrten Eindruck hinterlässt, beeinflussen. Und leisten Sie noch ein wenig Überzeugungsarbeit bei Ihren eigenen Genossen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich formuliere den letzten Satz, Herr Präsident: Die F.D.P.-Fraktion ist da schon ein ganzes Stück weiter. Deshalb können Sie in dieser Frage auch mit unserer vollen Unterstützung rechnen. Ich bedanke mich für die angeregte Debatte.

(Beifall bei der F.D.P. - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hay.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Klaus Schlie
[CDU]: Arbeitnehmerführer der SPD!)

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens muss ich feststellen, dass der Hauptbestandteil der Rede von Herrn Garg das aus seiner Sicht nicht klare Verhältnis zwischen Herrn Wadephul und Herrn Kayenburg war.

(Beifall bei der SPD)

Das mag zwar interessant sein, geht aber - wie ich glaube - am Thema vorbei.

Zweitens. Wir befassen uns mit einem Antrag, der sich mit dem Thema eines Referentenentwurfes des zuständigen Bundesarbeitsministers beschäftigt, der noch nicht einmal den Bundestag gesehen hat.

Ich stelle fest: Der F.D.P. gehen die Themen aus.

(Beifall bei der SPD)

Die dritte Bemerkung ist: Wir beschäftigen uns mit einem Gesetzentwurf, der im Bundesrat nicht einmal zustimmungspflichtig ist. Aber ich will diese Gelegenheit gern nutzen, Herr Garg - dafür bin ich Ihnen dankbar -, um deutlich zu machen, wie die grundsätzliche Position der Sozialdemokraten hinsichtlich der Reform der **Betriebsverfassung** aussieht. Dann werden wir feststellen: Zwischen F.D.P. und SPD ist der Abstand in dieser Frage so groß wie der zwischen Süd- und Nordpol.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion erweckt den Eindruck, als ginge es beim Betriebsverfassungsgesetz allein um das Geld, als sei die Frage von Beteiligung und Demokratie in den Betrieben nur unter finanziellen Gesichtspunkten zu bewerten. Das können Sie eigentlich nicht ernst meinen, denn damit würden Sie letztlich der Rückkehr zu partriarchalischen Strukturen in den Unternehmen das Wort reden. Dies aber widerspricht jeder modernen Philosophie von Unternehmensführung und Beteiligung der Mitarbeiter, die zur Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend beigetragen hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

Unternehmenserfolg ist heute von der **Beteiligung** der Mitarbeiter, von ihrem Einsatz, von ihren kreativen Ideen und von ihrer Einbeziehung in die Weiterentwicklung des Unternehmens abhängig. Wer das Betriebsverfassungsgesetz aus dem Jahre 1972, damals

verabschiedet durch die sozialliberale Koalition, jetzt reformiert, kann dabei nicht ernsthaft andeuten, er wolle zurück auf den Weg in die 50er-Jahre. Wer das vorhat, wird auf den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokraten auch in diesem Lande treffen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die **betriebliche Mitbestimmung** in Deutschland ist ein bewährtes Element der sozialen Marktwirtschaft. Da bin ich auch mit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft völlig einig.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ich habe auch nichts anderes erwartet!)

Kluge Unternehmer - die soll es auch in F.D.P.-Nähe geben - wissen, dass die Betriebsverfassung in Deutschland ein Standortvorteil ist. Das vielerorts diskutierte Co-Management zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung hilft Friktionen zu beseitigen, Probleme rechtzeitig zu erkennen und die Beschäftigten in die Zukunftsorientierung des Unternehmens und dessen Zielsetzungen einzubinden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir diskutieren das manchmal nur bei Negativentscheidungen. Fragen Sie doch bitte einmal in Flensburg bei einem großen Handyunternehmen nach, warum der weltkonjunkturbedingte Abbau von Arbeitsplätzen so reibungslos funktioniert: weil ein Betriebsrat hilft, das zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Während sich die technologischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen der Unternehmen stark verändert haben, ist das Betriebsverfassungsgesetz seit mehr als 25 Jahren im Wesentlichen unverändert geblieben. Es ist deshalb an der Zeit, die Betriebsverfassung zu modernisieren, zukunftsfähig zu machen und dabei auf neue unternehmerische Organisations- und Arbeitsformen einzugehen.

Wir begrüßen den in der letzten Woche vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Novellierung der Betriebsverfassung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Wir gehen davon aus, dass die Bedenken, die sowohl von Gewerkschaften als auch von Unternehmensverbänden vorgetragen werden,

(Martin Kayenburg [CDU]: Von Gewerkschaften habe ich keine mehr gehört!)

in den nächsten Wochen und Monaten noch Eingang in die Gesetzesberatung finden werden. Es gibt be-

(Lothar Hay)

stimmte Punkte, zum Beispiel wenn es um das **Berichtswesen** geht, bei denen ich der Meinung bin - da teile ich die Auffassung unseres Wirtschaftsministers -: Durch das Gesetz soll nicht mehr Bürokratie aufgebaut werden, sondern soll am Ende eine moderne Betriebsverfassung, die beiden Seiten entgegenkommt, verabschiedet werden.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn der Unternehmensverband Nord in den „Kieler Nachrichten“ davon ausgeht, dass 120 Unternehmen in der Größenordnung zwischen 200 und 300 Mitarbeitern von der Neuregelung betroffen seien, und darauf beruhend aus einer höheren Zahl von freigestellten Betriebsräten eine Belastung von 12 Millionen DM im Verhältnis zu einer geplanten Investitionssumme von 300 Millionen DM errechnet, dann ist dabei eine Menge unberücksichtigt geblieben und die Zahlen sind nicht belegt.

Erst einmal ist die Frage zu stellen, ob es denn in den betroffenen Firmen tatsächlich Betriebsräte gibt. Zweitens muss darauf hingewiesen werden, dass in vielen Betrieben dieser Größenordnung schon heute Betriebsratsmitglieder teilweise für ihre einzelnen Tätigkeiten freigestellt werden. Folglich kann und darf man es sich nicht so einfach machen, wie es die Unternehmensverbände in dieser Berechnung tun. Die Kosten sind mit 100.000 DM pro zusätzlich freigestelltem Betriebsratsmitglied viel zu hoch angesetzt worden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann hätte man eine Vergleichsberechnung anstellen müssen, wie viel den Betrieben durch die Tätigkeit von Betriebsräten an Kosten erspart bleibt.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig muss man darauf hinweisen, dass 1980 in 50 % der Betriebe Betriebsräte vorhanden waren; heute sind es noch 35 %.

Die SPD-geführte Landesregierung hat seit 1988 vieles dafür getan, die Mitbestimmung gerade im öffentlichen Dienst zu verbessern. Hier gehören wir bundesweit zu den Schrittmachern. Darauf sind wir zu Recht stolz. Wir sehen uns in einer positiven Tradition der Stärkung von Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenrechten. Das wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Das ist ein Grundsatz sozialdemokratischer Politik: zukunftsweisend.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen die Neuregelung aus grundsätzlichen Erwägungen, weil wir wissen, dass das Betriebsverfassungsgesetz und auch die Arbeit der Betriebsräte ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind. Sie ist ein Garant für den sozialen Frieden und ein nicht zu unterschätzender positiver Produktivfaktor. Unternehmer, die nicht selten mit einem gewissen Stolz auf die geringe Zahl von Streiktagen in Deutschland hingewiesen haben, sollten nicht vergessen, im gleichen Atemzug den Zusammenhang mit dem **Betriebsverfassungsgesetz** und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu erwähnen.

Wenn nun die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes von Unternehmerseite kritisiert wird, so scheinen mir dort all diejenigen an der Spitze zu stehen, die mit diesem Instrument gar keine Erfahrung haben. Bei denjenigen nämlich, die mit **Betriebsräten** vertrauensvoll zusammenarbeiten, ist die Wahrnehmung auch im Unternehmerlager eine andere. Ich verweise auf eine Untersuchung des Wirtschaftsmagazins „Impulse“ und der Dresdner Bank. Danach ist bei 1.000 mittelständischen Führungskräften, die nach ihren Erfahrungen mit Betriebsräten gefragt wurden, festgestellt worden: Nur jeder zehnte der nach dem Gesetz betriebsratspflichtigen Betriebe hatte einen Betriebsrat. Aber dort, wo Betriebsräte existieren, haben 65 % der befragten Führungskräfte ihr Verhältnis zu ihnen als sehr gut oder gut bezeichnet, ein weiteres Viertel bezeichnete die Zusammenarbeit als befriedigend und nur insgesamt 5 % gaben ihrem Betriebsrat hinsichtlich der Zusammenarbeit eine schlechte Note. Dieses Meinungsbild lässt sich nach diesem Magazin ohne weiteres auf das Management großer Kapitalgesellschaften übertragen. Der Schluss daraus kann doch nur lauten: Betriebsräte sind nicht immer bequem, aber sie sind anerkannt und unverzichtbar.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir werden uns auch in Schleswig-Holstein mit diesem Thema weiter beschäftigen. Die SPD-Fraktion hat nicht nur mit den Gewerkschaften Gespräche geführt. Wir werden selbstverständlich auch mit den Unternehmensverbänden in diesem Lande Gespräche führen, um zu erfahren, was aus deren Sicht an der einen oder anderen Stelle verändert werden muss.

Die Tatsache, dass das Thema am 4. März im Bündnis für Arbeit angesprochen und diskutiert werden soll, lässt mich doch hoffen, dass wir zu einer Sachdebatte zurückkehren werden. Ein Zurück vor 1972 und ein Zurück hinter die entscheidenden Elemente des jetzt vorliegenden Entwurfes wird es mit der SPD aus grundsätzlichen Erwägungen nicht geben.

Ich bin jetzt gespannt, wer für die CDU-Fraktion sprechen wird: Herr Kayenburg oder Herr Wadephul oder

(Lothar Hay)

beide hintereinander oder als Tandem. Das ist die einzige Spannung, die ich im Augenblick noch habe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Kabinettsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung lässt eine wirklich schwere Belastung für die schleswig-holsteinische Wirtschaft und den Mittelstand befürchten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In dieser Einschätzung sind sich Partei und Fraktion völlig einig. Auch Herr Dr. Wadehul und ich teilen diese Auffassung vollinhaltlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss schon erwähnt werden, wenn Sie sich einig sind!)

Insofern können wir auch die Sorgen des Kollegen Garg sicherlich entkräften.

Zu Ihrem Zwischenruf zur CDA lassen Sie mich doch bitte zitieren, was der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Kollege Laumann, Mitglied der CDA, gesagt hat: „Der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist nicht akzeptabel.“ Eigentlich wäre dem nichts hinzuzufügen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und was ist mit der CDA Schleswig-Holstein?)

- Auch die CDA Schleswig-Holstein lehnt den Entwurf in dieser Form ab. Es gibt jede Menge Nachbesserungsbedarf. Herr Neugebauer, die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist ein bewährtes Element der sozialen Marktwirtschaft. Während sich die technologischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen der Unternehmen stark verändert haben, ist das **Betriebsverfassungsgesetz** seit mehr als 25 Jahren unverändert. Herr Hay, das heißt aber nicht, dass es vorher keine Mitbestimmung gegeben hätte. Die sozial-liberale Koalition hat lediglich Veränderungen vorgenommen. Mitbestimmung datiert aus den 50er-Jahren. Ich zitiere weiter:

„Deshalb sprechen gute Gründe dafür, die Betriebsverfassung zu modernisieren, zukunftsfähig zu machen und dabei auf neue unternehmerische Organisations- und Ar-

beitsformen einzugehen. Dabei kommt es allerdings auf Klarheit, Flexibilität und die Beachtung von Kostengesichtspunkten an. Der bisher bekannte Entwurf“

- ich füge hinzu, der veränderte Kabinettsentwurf -

„der Bundesregierung zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes berücksichtigt aus wirtschaftspolitischer Sicht diese Aspekte noch nicht hinreichend.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Rohwer, ich gratuliere Ihnen, den vielen Ministerkollegen und dem Wirtschaftssenator zu dieser Position und ich hoffe, dass Sie Gelegenheit haben, auch deutlich zu machen, dass die kleinen kosmetischen **Korrekturen**, die in dem Entwurf des Kabinetts nunmehr vorgenommen worden sind, den Ursprungsentwurf kaum verändert haben. Das heißt, Sie dürften Ihre Position nicht berührt haben. Aus diesem Grund ist der Widerstand - insbesondere der mittelständischen Wirtschaft - mehr als berechtigt.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

In dieser Form darf der Entwurf keine Gesetzeskraft erlangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sonst haben wir auch in Schleswig-Holstein nachhaltige Schädigungen und Nachteile - gerade für die mittelständische Wirtschaft - zu erwarten. Herr Hay, das kann doch nicht einmal der Wunsch der Gewerkschaften sein, denn hier geht es auch um Arbeitsplätze, die gefährdet werden. Deshalb bin ich gespannt, ob Frau Simonis auch diesmal wieder kuschen wird oder ob sie Mut vor Fürstenthronen beweisen wird und die Linie ihres Wirtschaftsministers vielleicht doch noch übernehmen kann. Eines ist für die CDU unstrittig: Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein zentrales Element der **sozialen Partnerschaft** in Deutschland und niemand, auch niemand in der CDU, will die Rechte der Arbeitnehmer und Betriebsräte infrage stellen, Herr Hay.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen nicht hinter den derzeitigen Zustand zurück und wir sehen auch, dass **Modernisierungen** erforderlich sind. Der Kollege Garg hat jedoch darauf hingewiesen: Unvereinbar mit sozialer Partnerschaft ist allerdings, dass in diesen Entwurf allein gewerkschaftliche Forderungen eingegangen sind. Die berechtigten Forderungen der Unternehmen - zum Beispiel nach einer notwendigen Beschleunigung von

(Martin Kayenburg)

Verfahrensabläufen - haben an keiner Stelle Eingang gefunden. Das ist die Crux dieses Entwurfs.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Absenkung der Schwellenwerte bei der Betriebsratsgröße und bei der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern belastet die **mittelständische Wirtschaft** in ganz erheblichem Umfang mit **zusätzlichen Kosten**. Allein aus der zusätzlichen Freistellung entstehen in Betrieben zwischen 200 und 300 Arbeitnehmern - da ist unser Mittelstand betroffen - Zusatzkosten, die - bezogen auf die Lohn- und Gehaltssummen - einer Erhöhung von 0,3 % und 0,5 % entsprechen. Verhandeln Sie heute einmal über derartige Lohnerhöhungen. Das ist mit den Lohnnebenkosten eine Belastung, die die Wirtschaft nicht tragen will und nicht tragen kann. Das hat mit zukunftsweisender Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie mit 0,3 % oder 0,5 % Gehaltserhöhung nichts anfangen können, dann nenne ich diese Zahlen: Die Belastungen für die gesamte Wirtschaft werden - wenn der Entwurf so Gesetz wird - etwa 2,7 Milliarden DM betragen, wenn nur 22 % der Betriebe einen Betriebsrat haben. Herr Ritzek, wenn 50 % der Betriebe einen Betriebsrat haben, werden 4 Milliarden DM an zusätzlichen Kosten auf die Wirtschaft zukommen. Herr Eichel hat dazu natürlich nichts zu sagen, denn die Wirtschaft ist belastet, nicht der Staat. Hier wird ein Gesetz zulasten der **mittelständischen Wirtschaft** gemacht, wodurch die ohnehin schlechten Standortbedingungen noch einmal verschärft werden. Kostensteigerungen können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich stimme Herrn Garg zu, dass im Übrigen die erreichte soziale Partnerschaft auch dadurch mit Füßen getreten wird, dass das **Mehrheitswahlverfahren** - beispielsweise in Kleinbetrieben - verhindert, dass Mitglieder kleinerer Gewerkschaften oder Bewerber, die nicht gewerkschaftsorientiert oder ungebunden sind, überhaupt noch Betriebsrat werden können. Damit wird deutlich, dass dieses Gesetz allein die großen etablierten Gewerkschaften unterstützt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Möglicherweise ist dieses „Gewerkschaftsförderungsgesetz“ die späte Belohnung dafür, dass die Gewerkschaften den Kanzler im Wahlkampf 1998 mit einer Millionenspritze unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist es auch eine Bezahlung dafür, dass sie beim Rentenkompromiss stillgehalten haben. Jedenfalls ist dies für die Wirtschaft ein teures „basta!“, das da gesprochen wird.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Gesetzentwurf dient an keiner Stelle einer Verstärkung der sozialen Partnerschaft, sondern zementiert das Denken in Verbandsstrukturen. Er beschneidet die Rechte einzelner Mitarbeiter und verstärkt die Rechte von **Gewerkschaften**. Hier geht es eben nicht um mehr Partnerschaft, hier geht es um die Unterstützung von Gewerkschaften. Das kann und darf so nicht sein.

Wenn wir über moderne Technologien sprechen, dann möchte ich zitieren, was ein Betriebsratsvorsitzender aus der Computerbranche nicht ohne Grund sagt:

„Die Gewerkschaften helfen uns nicht; wir wissen besser über unsere Bedürfnisse Bescheid.“

Das ist der Punkt. Geben wir doch denen, die ihre Kollegen vertreten wollen, die Chance. Geben wir nicht den Gewerkschaften die Chance, alles, was in den Betrieben an Initiative da ist, unterzubuttern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit diesem Gesetz wird die soziale Partnerschaft konterkariert. Insbesondere in den Hightech-Unternehmen führt die Gängelung dazu, dass wir für Betriebsräte und soziale Partnerschaft keine adäquaten Strukturen bekommen. Auch die vom Bundeswirtschaftsminister zu Recht angebrachte Kritik ist an keiner Stelle eingeflossen.

(Jutta Schümann [SPD]: Stimmt ja gar nicht!)

Im Gegenteil, die neue Betriebsverfassung ist der heutigen Arbeitswelt nicht angepasst, sondern für die Wirtschaft teurer. Sie ist bürokratisch und sie führt zu Belastungen, die Arbeitsplätze und insbesondere das Steueraufkommen - auch in unserem Land - nachhaltig belasten werden.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Dieser Eingriff in die **unternehmerische Entscheidungsfreiheit** wird vom Handel und vom Mittelstand abgelehnt. Er ist ein Abschreckungsprogramm für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Gerade um die wollen wir uns doch kümmern.

(Lars Harms [SSW]: Jetzt kommt die Katze aus dem Sack!)

(Martin Kayenburg)

Es ist das Aufblähen einer Organisation, die durch **erweiterte Mitbestimmung** kontraproduktiv wird. Das führt zu einem Verlust an Vertrauen zwischen Mitarbeitern und Unternehmern, das bislang bestand, denn wir kommen zu mehr Fremdbestimmung und nicht zu mehr Eigenbestimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie reden langsam dummes Zeug, Herr Kollege!)

Dieser Entwurf darf so nicht Wirklichkeit werden, weil er die Sozialpartnerschaft belastet, weniger Mitwirkung der Betriebsräte und Mitarbeiter, aber mehr Mitwirkung der Gewerkschaften bringt. Das ist Fremdbestimmung, die wir ablehnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD - Lars Harms [SSW]: Unglaublich!)

Auch Einzelregelungen der Mitbestimmung sind kontraproduktiv. Wenn zum Beispiel ein regelmäßiger Bericht über die Lage der ausländischen Mitarbeiter im Unternehmen verlangt wird - -

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Hören Sie zu, Herr Nabel! Wenn ein Bericht über die Lage der ausländischen Mitarbeiter verlangt wird, dann kann so ein Bericht nicht der Integration dienen, weil die ausländischen Mitarbeiter dann als gesonderte Gruppe wahrgenommen werden, weil sie als gesonderte Gruppe dargestellt werden.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Bis heute gibt es in den Betrieben - gerade mit den ausländischen Kollegen - überhaupt keine Probleme. Fragen Sie doch auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft. Sie sind Mitarbeiter wie jeder Deutsche auch. Sie sind nicht etwa eine Sondergruppe. Daher lehnen wir das ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Martin Kayenburg [CDU]:

Jawohl! - Dieser Entwurf ist nicht mit Augenmaß gefertigt, dieser Entwurf belastet die Sozialpartnerschaft. Wer diesem Entwurf zustimmt, der beschädigt den Standort Deutschland.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält jetzt Herr Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So manch kreativer Unternehmer fragt sich heute angesichts der Debatte um das Betriebsverfassungsgesetz: Was soll denn das? Wozu braucht man denn den altmodischen Quatsch? Betriebsräte, Gewerkschaften - das ist doch out. Manch junger Programmierer verbringt die Nächte mit Begeisterung mit Java-Zugriffsroutinen für Oracle-Datenbanken und ist fast beleidigt, wenn ihm ein alter Betriebsrat sagt: Regelmäßige Überstunden dürfen nur mit Genehmigung der Gewerbeaufsicht gemacht werden.

Ich bin sicher, alle anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmer und Rechtsanwälte hier im Saal bezahlen ihre Angestellten ordentlich, zahlen in die Sozialversicherungskassen ein und geben ihnen, wenn sie ordentlich geschafft haben, ihren verdienten Urlaub.

Aber die ganze Wahrheit erfassen diese Beispiele leider nicht. Es ist doch eine Legende, Herr Garg, dass die Macht der Gewerkschaften ständig gewachsen ist. Es gibt immer noch Spediteure in diesem Land, die von ihren Fahrern selbstverständlich 80-Stunden-Wochen erwarten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt auch Baufirmen, die Arbeiter aus Osteuropa ankarren, sie unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindesttarif bezahlen und dafür 14 statt acht Stunden arbeiten lassen. Es gibt auch noch manch hochmodernes Callcenter - auch hier in Kiel -, wo außer wenigen Schichtleiterinnen oder Schichtleitern niemand nach Tarif bezahlt wird, Sonntags- und Überstundenzuschläge unbekannt sind und Urlaub ein Gratisvergnügen für den Arbeitnehmer ist, was bedeutet, dass er während der Zeit kein Geld bekommt.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Letzte Woche traf ich in meiner alten Firma einen der jungen Internet-Programmierer, der mir sinngemäß sagte: Java und Oracle finde ich immer noch faszinierend. Die Nächte mit meiner Sun-Workstation mit dem Betriebssystem Solaris waren auch spitzenmäßig. Aber jetzt möchte ich auch einmal wieder mit meiner Freundin ins Kino gehen und die Bezahlung durch die Gewinnbeteiligung ist auch nicht so toll, wenn die Börsenkurse des NEMAX abstürzen. Deshalb habe ich jetzt einen Job bei einer großen Firma angenom-

(Karl-Martin Hentschel)

men, wo es noch einen Betriebsrat, feste Arbeitszeiten und feste Bezahlung gibt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das hat er Ihnen alles erzählt?)

Genau diese Geschichte habe ich letzten Donnerstag in meiner alten Firma erlebt. Das ist keine Erfindung.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann hat er die Ihnen vorher aufgeschrieben!)

Die **Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes** findet nicht im luftleeren Raum statt und sie ist weder eine rote noch eine grüne Marotte. 70 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein arbeiten im Dienstleistungssektor, überwiegend in Kleinbetrieben, und die Zahl der Betriebsräte hat in den letzten Jahren ständig abgenommen.

Wer letzte Woche im Wirtschaftsausschuss die Anhörung der Bauwirtschaft mitgemacht hat, hat eine ungefähre Vorstellung davon, was dort mittlerweile los ist. Wenn die gesamte Elite der Bauunternehmer Schleswig-Holsteins in den Landtag kommt, um uns Politiker unter anderem darum zu bitten, uns darum zu kümmern, dass Tarifverträge eingehalten werden, dann bekommt man eine Vorstellung davon, dass ein Betriebsrat und eine Gewerkschaft auch für die Unternehmerseite durchaus ein Gewinn sein können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Man kann sich über Einzelheiten streiten - das ist bei jeder Gesetzesnovelle so -, aber davon abgesehen ist das neue Gesetz die passgenaue Antwort auf die Entwicklungen am **Arbeitsmarkt**, die wir in den letzten Jahren beobachtet und meist ja auch begrüßt haben. Das Gesetz sorgt dafür, dass in Zukunft auch die Leih- und Telearbeiterinnen und -arbeiter durch den Betriebsrat vertreten werden - eine, wie ich finde, sehr notwendige Regelung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es sorgt dafür, dass in **kleinen Betrieben** ein Betriebsrat leichter und unbürokratischer gewählt werden kann. Wer einmal in einem Laden gearbeitet hat - ich habe meine Zeit als LKW-Fahrer hinter mir -, wo man fliegt, bevor man auch nur das Wort „Betriebsrat“ in den Mund genommen hat, der weiß, was das wert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass mehrere Filialen einer Firma in Zukunft einen **gemeinsamen Betriebsrat** bilden können, ist dringend erforderlich und ist übrigens sogar geldsparend.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch jetzt schon so!)

Ich erinnere mich daran, wie es sich einmal ein hoch renommierter Hamburger Verlag geleistet hat, den Verlag rechtlich in neun Teilfirmen zu zerlegen, um den Betriebsrat loszuwerden. Man braucht dann nur noch alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder in ein dafür geschaffenes Miniunternehmen zu tun, das dann anschließend Konkurs anmeldet, und schon hat man einen gewerkschaftsfreien Laden. So geschehen!

Auch die Abschaffung der **Trennung von Angestellten und Arbeitern** im neuen Gesetz ist sicherlich überfällig in einer Zeit, in der in vielen Firmen die Arbeiter nur noch eine Minderheit der Belegschaft darstellen.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ebenso begrüße ich die Erweiterung der Aufgaben des Betriebsrates auf Fragen der **Gleichstellung und Diskriminierung**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Finden Sie das etwa überflüssig? - Ich nicht. Ich finde nicht, dass man davon sprechen kann, dass Frauen gleichberechtigt sind, wenn in der freien Wirtschaft Frauen auf gleichen Positionen im Durchschnitt immer noch fast ein Drittel weniger verdienen als Männer. Da stimmt doch etwas nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb finde ich es richtig, dass die Betriebsräte in Zukunft entsprechend der Verteilung der Geschlechter im Betrieb quotiert zusammengesetzt werden.

Wichtig ist auch, dass die Vertretung der **Jugendlichen und Auszubildenden** neu geregelt und in ihren Rechten gestärkt wurde. Da heutzutage immer mehr Jugendliche erst mit über 18 in den Betrieb kommen, war nach der alten Regelung kaum noch jemand wahlberechtigt. Das musste dringend geändert werden.

Last, not least möchte ich gerade aus grüner Sicht erwähnen, dass in Zukunft der Betriebsrat auch für Fragen des **betrieblichen Umweltschutzes** zuständig ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist er auch jetzt schon!)

Hier muss ich aber anmerken, dass die gefundene Regelung sehr unbefriedigend ist. Der Grund liegt darin, dass die Arbeitgeber befürchten, dass die Betriebsräte Einfluss auf Investitionsentscheidungen

(Karl-Martin Hentschel)

bekommen könnten. Da besteht in der Tat ein Zielkonflikt, an dem konstruktiv gearbeitet werden muss.

Natürlich kann an dem Entwurf, den die Bundesregierung nun vorgelegt hat, noch gearbeitet werden. Das werden wir in den kommenden Wochen und Monaten auch tun. Aber was Sie hier an Fundamentalopposition vorgestellt haben, hat mit einem konstruktiven Umgang mit dem Gesetz nichts zu tun. Sie haben hier den gleichen Zirkus aufgeführt, den Sie schon 1972 bei der vorherigen Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes aufgeführt haben.

(Lothar Hay [SPD]: Da war die F.D.P. mitverantwortlich! - Unruhe)

Da gab es genau die gleiche Debatte und da wurde der Untergang der deutschen Wirtschaft prophezeit. Heute verteidigen Sie genau jene Novelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Was Sie nicht begreifen, ist: Wer sich nicht darum kümmert, dass es eine wirksame demokratisch gewählte Interessenvertretung in den Betrieben gibt, provoziert Lohndumping, gesetzeswidrige Arbeitszeiten und wilde Streiks. Deshalb sage ich Ihnen: Wer keinen Klassenkampf will, der darf auch keinen provozieren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

Ich nehme durchaus ernst, was der Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins und der Bundeswirtschaftsminister angesprochen haben: Natürlich muss darauf geachtet werden, dass der Entwurf nicht zu einer besonderen Belastung von kleinen und mittleren Betrieben führt. Das ist eine sachliche Diskussion, der wir uns gern stellen.

Lothar Hay hat schon darauf hingewiesen, dass auch in einem Betrieb mit unter 200 Mitarbeitern natürlich die Betriebsräte für die Betriebsratsarbeit freigestellt sind. Die Frage, ob es einen voll freigestellten Betriebsrat geben muss, ist aus meiner Sicht nicht entscheidend.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann fragen Sie mal die Bauwirtschaft!)

Es sind auch andere Modelle denkbar. So könnten zum Beispiel **Freistellungen** temporär erfolgen, wenn Betriebsvereinbarungen oder Tarife vereinbart werden müssen. Es ist auch denkbar, dass externer Sachverstand direkt in den Betrieb geholt wird, um den Betriebsrat temporär zu unterstützen. Eine andere Möglichkeit bietet das neue Gesetz auch dadurch, dass

mehrere Betriebe, die örtlich zusammenliegen, betriebsübergreifend einen gemeinsamen Betriebsrat bilden können und so die Arbeit effektiviert wird.

Ich fasse zusammen: Das neue Gesetz ist eine passende Antwort auf die Veränderungen der Arbeitswelt in den vergangenen 30 Jahren. Die noch bestehenden Probleme im Gesetz können konstruktiv gelöst werden. Deswegen schließe ich mit einem Zitat von Erwin Vitt, Vorsitzender der Arbeitnehmer der CDU in der IG-Metall:

„Als Betriebspraktiker sind wir auf eine grundlegende Novellierung der Betriebsverfassung angewiesen und tief enttäuscht über die Blockadepolitik der CDU.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach meinen Vorrednern, insbesondere Herrn Hay und Herrn Hentschel: Betriebsräte, noch nie waren sie so wertvoll wie heute. Das haben auch Ihre Aussagen bestätigt. Einerseits erfordern die strukturellen Umwälzungen in den traditionellen Wirtschaftszweigen die Mitwirkung der Beschäftigten. Nur so lassen sich die enormen Anpassungsleistungen erbringen, die heute erwartet werden, insbesondere von den Arbeitnehmern. Andererseits sind auch viele Unternehmen der New Economy mittlerweile so erwachsen geworden, dass dort eine betriebliche Mitbestimmung möglich sein muss. Die Mitarbeiter dort müssen dieselben Chancen haben, ohne dass die Firmen dadurch zu viel an erforderlicher Flexibilität einbüßen müssen.

Die Mitbestimmung, die ursprünglich aus der Montanindustrie kommt, muss sich dieser Herausforderung der modernen Wirtschafts- und Arbeitswelt stellen. Das Betriebsverfassungsgesetz ist seit zirka 1972 unverändert geblieben. Damals wussten wohl die wenigsten, wie man „New Economy“ oder „neue Arbeitszeitmodelle“ schreibt. Mit dem umstrittenen Gesetzentwurf der Bundesregierung wird ausdrücklich die **Anpassung** an die heutige Wirklichkeit angestrebt.

Die Bundesregierung tritt an, die **Mitbestimmung** an die Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen. Das ist zunächst einmal zu begrüßen. Allerdings muss ich dazu gleich feststellen, dass der Entwurf diesem Anspruch nicht gerecht wird. Vor allem die Anpassung des Betriebsverfassungsgesetzes an die Bedürfnisse

(Silke Hinrichsen)

der neuen Firmen ist nicht gelungen. Es gelingt nicht, sich von den Grundlagen des alten Mitbestimmungsrechts, den Wirtschaftsstrukturen der Industriegesellschaft nämlich, zu lösen. Das Fundament des Gesetzes ist auch weiterhin die Trennung von Arbeit und Kapital.

Obwohl sich auch heute sicherlich noch einiges vom seligen Karl Marx lernen lässt, müssen wir aber feststellen, dass sich dieser Gegensatz heute nicht weiter aufrechterhalten lässt. In der New Economy findet sich auch der selbstbestimmte Arbeitnehmer, der an den Produktionsmitteln teilhat. Dies muss auch berücksichtigt werden, wenn die Mitbestimmung für alle Wirtschaftszweige gleichermaßen Gültigkeit beanspruchen will.

Die Strukturen des Betriebsverfassungsgesetzes müssen an diese Realitäten angepasst werden. Das zu akzeptieren, fällt vielen schwer.

Es gibt aber viele neue Elemente des modernen Arbeitslebens, die es zu berücksichtigen gilt: Flachere Hierarchien, der Abbau von Entscheidungsebenen, die Einrichtung von Arbeitsgruppen mit eigenen Entscheidungskompetenzen, der Einsatz neuer Technologien, flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle müssen sich eigentlich im Gesetz widerspiegeln. Das gelingt jedoch unserer Ansicht nach nicht.

Im Kern wird das bestehende Gesetz auf so viele Betriebe wie möglich ausgedehnt. Das allein reicht aber nicht aus, denn es wäre auch eine grundlegende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem alten Recht an der Zeit gewesen. Es wäre notwendig, nicht nur ein bestehendes Gesetz zu ändern, sondern ein neues, zeitgemäßes Gesetz zu schaffen, das seinen Ausgangspunkt in den Gemeinsamkeiten der heutigen Unternehmen nimmt. Dies hat sich die Bundesregierung offensichtlich nicht getraut. Eine epochale Neuordnung - wie angekündigt - der Mitbestimmung in Betrieben findet hierdurch gewiss nicht statt.

Auf den großen Wurf müssen wir also weiterhin warten. Trotzdem gibt es in dem Entwurf der Bundesregierung viele Einzelpunkte, die wir als positiv bewerten: Wir begrüßen die Freistellung eines Betriebsrates in Betrieben ab 200 Beschäftigten. Die Aufregung der Opposition und der Wirtschaft über diesen Punkt ist unberechtigt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die angeprangerten Mehrkosten werden bei weitem nicht in dem behaupteten Umfang entstehen. Schon nach dem geltenden Recht können die Betriebsräte die für die Betriebsratsarbeit benötigte Zeit abrechnen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das ist leider in der gesamten Berechnung nicht berücksichtigt worden. Die neu entstehenden Kosten sind also erheblich geringer, als behauptet wird. Die aus der Unternehmerschaft genannten Horrorzahlen halten deshalb auch nicht stand.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider ist es aber so, dass die Arbeitgeber gerade in der Debatte über das Betriebsverfassungsgesetz eher alte Gräben aufreißen, als neue Wege der betrieblichen Zusammenarbeit zu finden. Die Härte in der Diskussion über die Kosten für die Betriebsratsarbeiten weckt die Befürchtung, dass die Betriebsräte auf Unternehmerseite wieder mehr als „Feind“ denn als Kooperationspartner gesehen werden.

(Lars Harms [SSW]: Schlimm! - Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Wenn aber unterstellt wird, dass die betrieblichen Beteiligten gänzlich unvereinbare Interessen haben, dann wird es immer schwieriger, gemeinsame Verhandlungsergebnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erreichen. Mehr betriebliche Demokratie zuzulassen, wäre gerade jetzt ein Signal, das dazu führt, dass man künftig weiter auf Verhandlungen setzt und nicht zuerst auf den Arbeitskampf.

Die Forderung nach mehr Flexibilität gilt bestimmt nicht nur in Richtung der traditionellen Betriebsräte, sondern genauso viel gegenüber den Wirtschafts- und Unternehmensverbänden.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, allerdings!)

Positiv bewerten wir auch, dass bei Umstrukturierungen von Betrieben der alte Betriebsrat zunächst tätig bleiben soll. Dies ist gerade in Zeiten des Strukturwandels dringend nötig.

Erfreulich ist, dass die Bereiche der **Mitbestimmung** erweitert werden. Umweltpolitik, Qualifizierung und Sicherung von Arbeitsplätzen sind wichtige Felder, die heute auch nicht mehr auszunehmen sind. Schließlich sind die Arbeitnehmer wesentlich an der Umsetzung von Beschlüssen in diesen Bereichen beteiligt. Durch die vorgeschlagene Regelung wird die bisherige Arbeit gestärkt und formal abgesichert. In vielen Betrieben ist das aber eigentlich nicht nötig, weil das dort schon so läuft.

Erfreulich ist ebenfalls, dass die Möglichkeit der **Delegation** von Aufgaben innerhalb der Arbeitnehmerschaft zugelassen wird. Es entspricht auch unserer Vorstellung von betrieblicher Mitbestimmung, dass die Betriebsräte Aufgaben an die Arbeitnehmer im Betrieb

(Silke Hinrichsen)

delegieren können. Dies wird aber unter anderem von der IG Metall abgelehnt. Hier ist nach unserer Auffassung aufseiten der organisierten Unternehmerschaft die Gelegenheit versäumt worden, mehr Demokratie zu wagen.

Auch im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung sollte so viel Mitwirkung der Arbeitnehmer wie möglich direkt erfolgen. Die Legitimations- und Personalprobleme traditioneller Gremien gelten schließlich im Arbeitsleben ebenso wie in der Politik. Hier muss auch den veränderten Interessen der jungen Menschen entgegengekommen werden. Außerdem muss doch die Möglichkeit bestehen, die Kompetenzen flexibel zu verteilen. Es gibt schließlich auch Betriebe, in denen die Betriebsräte mehr Einfluss als nur den gesetzlichen bekommen und dafür andere Zuständigkeiten nach unten weitergegeben haben. Wer als Betriebsrat seine eigenen Aufgaben nach Absprache an andere weitergeben will, sollte dies auch dürfen. Solche Modelle dürfen nicht an bürokratischen Hemmnissen scheitern. Hier gibt der Gesetzentwurf nach unserer Ansicht aber nicht genügend Flexibilität.

Weitere begrüßenswerte Neuregelungen sind unter anderem, dass sich der Anteil an Mitarbeiterinnen auch im Betriebsrat widerspiegeln hat, die Berücksichtigung von Leiharbeitern und Telearbeitern beiden Geschlechts, das vereinfachte Verfahren zur Wahl des Betriebsrates, dass endlich auch die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten aufgegeben wird, weil dies überholte Kategorien einer Arbeitswelt sind, die sich längst weiterentwickelt hat.

(Beifall bei SSW und SPD sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil das Gesetz aber erst in erster Lesung im Bundestag beraten wird, gehen wir davon aus, dass es auch noch nicht seine endgültige Form gefunden hat. Es bleibt abzuwarten, welche Änderungen nachher wirklich kommen.

Wir können aber jetzt schon feststellen, dass mit diesem Gesetzentwurf keine bahnbrechende Reform angestrebt wurde. Den Antrag der F.D.P. lehnen wir ab.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Oh!)

Mit dem neuen Gesetzentwurf wird nämlich zumindest in Teilen eine Anpassung des jetzigen Betriebsverfassungsgesetzes an die heutige Lebenswelt erreicht. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen eine Reihe von Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor, aber ich möchte zunächst Frau Ministerin Moser das Wort erteilen.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der F.D.P.-Antrag enthält im ersten Absatz implizit eine völlige Fehleinschätzung der betrieblichen Mitbestimmung als Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung, auch wenn Ihre Lippenbekenntnisse, Herr Dr. Garg und auch Herr Kayenburg, etwas anders klangen, und enthält vor allem eine maßlose Übertreibung hinsichtlich der möglichen Auswirkungen des Gesetzentwurfs zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen doch wohl nicht infrage stellen, was ich gesagt habe! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

- Nein, nein, von einer akuten Existenzgefährdung der kleinen und mittleren Betriebe sprechen Sie. Davon sprechen die selbst nicht. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie pumpen hier einen Popanz auf, haben sich darin nur von Herrn Kayenburg noch übertreffen lassen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei der CDU)

Ich bin mir sicher, im konkreten Gesetzgebungsverfahren wird Ihnen dabei die Puste ausgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der zweite Absatz des Antrages unterstellt, die Landesregierung stehe in einem grundlegenden Dissens zu dem bisherigen Entwurf des Arbeitsministers beziehungsweise zu dem jetzt vorliegenden Kabinettsentwurf. Auch das ist falsch.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Aha!)

Soweit Sie damit die Äußerungen meines Kollegen, des Wirtschaftsminister Dr. Rohwer, meinen sollten, ist das ebenfalls maßlos übertrieben.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Na!)

(Ministerin Heide Moser)

Ich darf den Kollegen zitieren:

„Meine Forderung nach einer Überarbeitung des Gesetzentwurfs heißt nicht, dass ich Zweifel an der Substanz dieser Reform habe. Im Kernansatz ist sie gut und überfällig.“

Dem stimme ich als Arbeitsministerin ausdrücklich zu und fühle mich hier auch von manchen Redebeiträgen in diesem Haus bestärkt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum sind wir gemeinsam der Auffassung, dass diese Reform gut und überfällig ist? - 1980 wurden noch rund 50 % aller Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten. Heute sind es nur noch 36 %. Fazit daraus muss doch sein: Wahlverfahren und Freistellungsgrenzen sind nach 28 Jahren anzupassen. Das bedeutet vor dem Hintergrund dieser eben genannten Prozentzahlen nicht - wie behauptet - eine katastrophale Ausweitung der Mitbestimmung, sondern es zielt vielmehr darauf ab, dass die demokratischen **Rechte von Beschäftigten** - darauf liegt der Ton; es geht nicht um die Rechte von Funktionären und Gewerkschaften, sondern es geht um die demokratischen Rechte von Beschäftigten -

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]:
Dann müssen Sie das Gesetz anders fassen!)

unter veränderten Betriebs- und Beschäftigungsformen durchsetzbar bleiben oder wieder werden und nicht unterlaufen werden können. Das ist der Ansatz der Reform.

30 Jahre ist das Gesetz fast unverändert geblieben. In dieser Zeit haben sich grundlegende Änderungen im Arbeits- und Wirtschaftsleben vollzogen. Andere Organisationsformen, andere Themen, andere Arbeitsweisen bestimmen heute die Betriebswirklichkeit.

Der Betrieb als zentrale Einheit unternehmerischen Handelns hat an Bedeutung verloren. Ich denke, darin sind wir uns alle einig. Stattdessen verlangt der Markt zunehmend flexible Einheiten, Kooperation zwischen Betrieben verschiedener Unternehmen und schnelle Entscheidungswege auch über die Grenze des Betriebes hinweg. Wer das ignoriert, gefährdet das Funktionieren nicht nur der betrieblichen **Mitbestimmung**, sondern auch das produktive Miteinander von **Betriebsrat** und **Arbeitgeber**. Ich finde im Übrigen den Kritikansatz, den die Abgeordnete Frau Hinrichsen hier gewählt hat, außerordentlich interessant. Wenn es Kritik zu üben gibt, dann in der Richtung, dass man die neue Wirklichkeit der Arbeits- und Betriebswelt noch nicht umfassend genug abbildet und entscheiden-

de Schritte weiterhin anstehen werden. Aber beide Sozialpartner sind noch nicht so weit, dass sie dazu konkrete Vorstellungen entwickelt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer unter Flexibilität immer nur die Biagsamkeit in eine Richtung, zugunsten einer Seite der Sozialpartner versteht, der ist ganz schief gewickelt,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

was die Entwicklung des Standortes Deutschland angeht. Das habe ich schon an die Adresse der F.D.P. gerichtet, als wir über den Teilzeitanspruch diskutiert haben. Damals wie heute verweise ich auf einen kleinen Nachbarn, diesmal die Niederlande, nicht Dänemark, ein Land mit hoher Beschäftigung und mit einem gesetzlichen Teilzeitanspruch sowie mit einer außerordentlich elaborierten Mitbestimmung. Ich drücke das bewusst einmal so akademisch aus.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es dient also der Stärkung der Betriebsratsarbeit zum einen und gleichzeitig den Interessen der Unternehmen zum anderen - wie man an solchen Beispielen sieht -, dass wir die Betriebsverfassung den Gegebenheiten anpassen. Das geschieht unter anderem jetzt dadurch - das ist schon gesagt worden -, dass die Trennung zwischen **Arbeitern** und **Angestellten** im Wahlverfahren aufgehoben wird. Das ist etwas, was wir in allen anderen Bereichen längst vollzogen haben - nur noch nicht in der Organisation der Rentenversicherung. Aber das schaffen wir auch noch. Dazu gehört weiter, dass die Betriebsräte in bestimmten Themenbereichen gestärkt werden, die entscheidend wichtig sind: Qualifizierung und Beschäftigungssicherung. Das dient dem Unternehmenswohl und natürlich auch dem Abbau der Arbeitslosigkeit. In Sonntagsreden wollen wir das immer alle, dann müssen wir das auch im Betrieb umsetzen können.

Es geht um die Frauenförderung - ein Thema, das sowohl für die Betriebsverfassung selbst von entscheidender Bedeutung ist als auch Gegenstand verstärkter Mitwirkungsrechte wird. Es geht um die Einbeziehung der Tele- und Leiharbeiter in die Betriebsverfassung. Hier, Herr Dr. Garg, habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie das nicht mit vollziehen können. Das ist so ein konkreter, fassbarer Punkt, wo sich betriebliche Wirklichkeit und Beschäftigungswirklichkeit verändert haben und immer stärker verändern. Das

(Ministerin Heide Moser)

können Sie doch nicht ausblenden, das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es gehören dazu auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Auch solche Maßnahmen dürfen wir nicht nur feiertags fordern, sondern müssen sie auch werktags im Betrieb fördern.

Das Prinzip betrieblicher Verfassung als Ausdruck einer sozialen Marktwirtschaftsordnung gilt selbstverständlich in allen Betrieben, mit wie viel Beschäftigten auch immer. Dass dies von der Kostenseite und zum Teil auch von der Organisationsseite her einen kleineren Betrieb belasten kann, das soll man gar nicht schönreden. Das muss man in Rechnung stellen. Ich sage das bewusst so, denn es kommt auf eine vernünftige **Kosten-Nutzen-Relation** an, denn auch kleinere und kleine Betriebe profitieren vom Engagement eines Betriebsrates und der Beschäftigten. Jeder erfolgreiche Unternehmer weiß, wer heute einen Betrieb führen will, der wird um Beteiligung nicht herumkommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist es für die Betriebe entscheidend wichtig, dass diese Beteiligung zukunftsorientiert organisiert wird.

(Zuruf von der CDU: Ja, genau, zukunftsorientiert!)

Noch einmal ein kleiner Blick in die Wirklichkeit der betrieblichen Strukturen in Schleswig-Holstein! Rund 98 % der Betriebe in unserem Land haben weniger als 100 Beschäftigte. Wenn Sie sich einmal anschauen, was sich seit dem Riesterschen Ursprungsentwurf im jetzigen Kabinettsentwurf geändert hat, werden Sie sehen, dass bei vielen Fragen, die Sie hier anklagend gestellt haben, eine „100er-Schwelle“ in den Entwurf aufgenommen worden ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das gilt nur für die Ausschüsse und die haben wir nicht erwähnt! Wir kennen den Entwurf!)

Es ist so, dass nach unserer Schätzung zwei Drittel dieser Betriebe weniger als 100 Beschäftigte haben und deshalb nicht vom Regelwerk des Betriebsverfassungsgesetzes betroffen sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt nicht, Frau Ministerin! Das ist definitiv falsch!)

Auch das muss man sich klarmachen. Für die betroffenen Betriebe sind entscheidende Verbesserungen in

dem Kompromiss zwischen den Ministern Müller und Riester erreicht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Gemessen an der Höhe streikbedingter Produktionsausfälle in der Bundesrepublik und besonders in Schleswig-Holstein muss man sich klarmachen - hierzu will ich Ihnen eine Zahl nennen -: Bei rund 800.000 Beschäftigten im Land und grob geschätzten 154 Millionen Arbeitstagen gingen in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 ganze 198 Tage verloren. Bei einer solchen Relation darf die Konsenskultur der Beschäftigten und der Betriebsräte getrost politisch gefördert werden,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

auch und gerade durch mehr Betriebsräte. Die Betriebsräte - Herr Kayenburg, eigentlich müssten Sie das wissen, wenn Sie in der betrieblichen Wirklichkeit stehen - sind doch längst zu Partnern ihrer Unternehmen in guten wie in schlechten Zeiten geworden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nichts anderes habe ich gesagt! Sie müssen zuhören!)

- Ich habe auch etwas von Lippenbekenntnis gesagt!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Ihre Interpretation! Die ist falsch!)

Betriebsräte sind kein Hemmnis im Bereich des Strukturwandels, sondern sie vertreten in der Regel die Unternehmensinteressen, um die Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen der Beschäftigten zu sichern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Nichts anderes habe ich gesagt! Ich finde das schon ziemlich unverschämt!)

Auch die Forderung der Arbeitgeber, Herr Dr. Garg, Tarifverträge betriebsnäher zu differenzieren und durch **Betriebsvereinbarungen** zu ergänzen, verträgt sich doch schon rein logisch betrachtet mit dem, was in der Modernisierung der Betriebsverfassung vorgesehen ist. Für solche Vereinbarungen braucht es doch Betriebsräte. Mit wem wollen sie denn sonst etwas vereinbaren?

(Martin Kayenburg [CDU]: Die wollen wir doch auch! Erzählen Sie doch nicht neben der Sache! Sie versuchen, Dinge zu rechtfertigen, die wir gar nicht infrage gestellt haben! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

(Ministerin Heide Moser)

Unterm Strich heißt das: Das System der deutschen **Betriebsverfassung** bleibt ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der Produktivität, der demokratischen Wirtschaftsverfassung und des sozialen Friedens. Investitionen hierfür lohnen sich volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch. Ich finde es gut, dass unter diesem Gesichtspunkt das Thema und das Gesetz auch im Bündnis für Arbeit besprochen werden. Die Landesregierung wird entsprechende Kosten-Nutzen-Rechnungen im Gesetzgebungsverfahren gemeinsam mit allen Beteiligten - das heißt, den Beschäftigten und den Arbeitgebern - anstellen. Wir unterstützen die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Vor allen Dingen ist sich die Landesregierung einig und - wie ich gehört habe - auch mit großen Teilen dieses Hauses einig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Fuß das Wort.

Wolfgang Fuß [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich plädiere für ein Stückchen mehr Gelassenheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sollten gemeinsam schauen, wer eigentlich was in der Diskussion sagt. Da kann man gelegentlich den Eindruck haben, dass die Arbeitgeber am heftigsten gegen die Reform des Gesetzes wettern, die gar keine Betriebsräte haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie sich die betriebliche Praxis anschauen, stellen Sie fest, dass die Betriebsräte und die Arbeitgeber, die gemeinsame Erfahrungen in der Betriebsratsarbeit haben, konkrete Erfordernisse und Erwartungen an uns stellen. Ich habe im Moment die Befürchtung, dass wir durch den Stil der Diskussion diesen Erwartungen von Arbeitgebern und Betriebsräten nicht gerecht werden. Gelegentlich scheint es mir notwendig zu sein, daran zu erinnern, dass das **Betriebsverfassungsgesetz** kein Mittel des Klassenkampfes darstellt, sondern ordnungspolitischen Charakter in den Betrieben hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

Im Rahmen dieses ordnungspolitischen Charakters haben **Arbeitgeber** und **Betriebsrat** - das steht in § 2 BetrVG - unter Mitwirkung der im Betrieb vertretenen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zum Wohle

des Betriebes und zum Wohle der Arbeitnehmer zusammenzuarbeiten.

Ich finde, das sollte man gelegentlich zur Kenntnis nehmen. Betriebliche Wirklichkeit stellt sich dann ein Stückchen anders dar. Ich räume ein, dass sie sich in den Betrieben sehr unterschiedlich darstellt, weil sie von den handelnden Personen abhängig ist.

(Zuruf von der CDU: Wie im Parlament auch!)

- So ist es. - Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist gelegentlich auch eine Einbahnstraße. Das hängt aber von den Menschen, die dort sind, ab. Diese Menschen wurden gewählt oder sind qua Auftrag in Funktionen hineingekommen.

Herr Kayenburg, Sie haben vorhin einen Hinweis auf die Ausländer gegeben. Wir sollten einmal auf das schauen, was bisher schon geregelt ist. Seit 1972 haben wir in § 80 die Aufgabenstellung, geltende Regelungen zugunsten der **Ausländer** zu überwachen und durchzusetzen. In den Großbetrieben gibt es umfangreiche Berichterstattungen darüber, schriftlich wie mündlich. Das hat die Integration der ausländischen Kolleginnen und Kollegen nicht behindert, um es einmal defensiv auszudrücken.

(Zuruf von der SPD: Im Gegenteil, gefördert!)

- So ist das.

Wir führen eine Auseinandersetzung über Leiharbeiter. Bis Mitte der 80er-Jahre hatten die **Leiharbeiter** selbstverständlich das aktive Wahlrecht bei Betriebsratswahlen. Sie wurden bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl auch mitgezählt. Erst die Rechtsprechung hat eine Veränderung gebracht. Insofern trägt man jetzt im Grunde Dinge nach, die in der Vergangenheit sehr gut gelaufen sind.

Ich möchte Sie alle wirklich bitten - dies entspricht der Erwartung der Menschen in den Betrieben, sowohl derer in leitender Funktion als auch derjenigen, die in der sozialen Verantwortung für die Beschäftigten stehen -, konkrete Vorschläge zu entwickeln. „Konkret“ heißt in der Tat, dass wir Gehirnschmalz in Bezug auf einen Punkt einbringen, den die Frau Ministerin angesprochen hat. Sie hat darauf hingewiesen, dass auch die Verbände und die Gewerkschaften ihre Probleme haben, veränderte Arbeitsabläufe innovativ zu begleiten. Wir müssen uns überlegen, was in diesem Bereich innovativ angegangen werden kann. Ich möchte Sie herzlich zum gemeinsamen Ideenwettbewerb einladen, damit wir ein Stück nach vorn kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Graf Kerssenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Hay hat eben eine Legende in die Welt zu setzen versucht, nämlich die Legende, dass wir die Abschaffung der Mitbestimmung beabsichtigen, die 1952 von uns mitkonzipiert und eingeführt worden ist. Herr Kollege Hay, es ist eine blanke politische Lüge, wenn Sie eine solche Behauptung aufrechterhalten wollen. Darauf wollen wir uns nicht einlassen. Kein Mensch redet von einer Abschaffung der **Mitbestimmung**.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden von einer zusätzlichen Belastung für die Leistungsträger der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. So steht es im Jahreswirtschaftsbericht. Der Wirtschaftsminister dieses Landes hat sich dazu ganz eindeutig geäußert. Ich zitiere eine „dpa“-Meldung aus der „FAZ“ vom 9. Februar:

„Dem bisher vorliegenden Entwurf mangle es an Klarheit, Flexibilität und der Beachtung von Kostengesichtspunkten ... Besonders die Erhöhung der Betriebsratsgröße für Betriebe mit mehr als 100 Arbeitnehmern und eine vermehrte Bürokratisierung der Beziehungen zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung wurden als problematisch bezeichnet.“

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bezieht sich aber nicht auf diesen Vorgang! Das ist ein ganz anderer Entwurf gewesen!)

- Herr Kollege Hentschel, das ist die Erklärung. Es ist ja geradezu rührend, wie die Sozialministerin versucht, Herrn Minister Rohwer ins Boot zu ziehen. Er sollte aber einmal selbst vortreten und sagen, wie er dazu steht. Das ist erforderlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Tatsächlich geht es hier um Belastungen für Betriebe, die in Schleswig-Holstein teilweise kurz vor der Schwelle stehen, nunmehr **hauptamtliche Betriebsräte** einführen zu müssen, also Leute beschäftigen zu müssen, die für den Betrieb zukünftig keine Arbeitsleistung mehr erbringen. Das sind natürlich zusätzliche Belastungen für einen Betrieb.

(Zurufe von der SPD)

Sie wissen, dass das bei mittelständischen Betrieben Sand im Getriebe sein kann und sein wird.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie sind der Sand im Getriebe!)

Ihr Wirtschaftsminister darf dann als Alibi-Grüßonkel, sozusagen als Freund der Wirtschaft, artig Protest anmelden, während Sie hier eine ganz andere Politik machen. Das ist Politik mit verteilten Rollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Tatsächlich haben wir in Berlin eine Nebenregierung namens DGB, der Sie sich stillschweigend unterwerfen, die Sie als Ihren größten Geldgeber vor jeder Maßnahme um Genehmigung fragen müssen, vor der Sie auf dem Altar der Dankbarkeit erst einmal gegebene Wahlversprechen einlösen mussten und die Ihnen - hat Herr Zwickel nun bei Herrn Riester angerufen oder nicht? - per Telefon das gehörige Rentenniveau jenseits jeder seriösen Berechnung diktiert.

(Widerspruch bei der SPD)

Nein, dieses Land will nicht vom DGB regiert werden. Die Menschen wollen eine ordentliche Regierung haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wollen sozialen Frieden und Betriebsfrieden. Wenn die Welt anders wird und die Unternehmen kleiner, überschaubarer und direkter regelbar werden - davon profitieren die Menschen -, müssen wir über zunehmende Wettbewerbsfähigkeit und über neue Arbeitsplätze, die dadurch entstehen und die die soziale Marktwirtschaft ermöglicht, froh sein. Wir wollen mehr Freiheit im Zusammenhang mit dem starren Flächentarifvertrag. Sie tun im Dienste des DGB das genaue Gegenteil.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - So viel Freiheit wie möglich, so wenig Regulierung wie möglich - dies ist unsere Devise. Ihre Abhängigkeit, ja Willfährigkeit gegenüber einem Dinosaurier unserer Wirtschaftsordnung mit zunehmenden Existenzproblemen ist das eigentliche Problem der Wirtschaftspolitik auch dieses Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, keiner hier im Hause ist gegen Mitbestimmung, keiner ist gegen Betriebsräte, keiner ist gegen Tarifautonomie und keiner ist gegen eine Modernisierung des jetzt gültigen Betriebsverfassungsgesetzes. Die Modernisierung muss aber auch geeignet sein, um den modernen Anforderungen der Wirtschaftsprozesse zu genügen. Dies als Vorspann.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte drei Zitate anführen, obwohl sie zum Teil schon vorgetragen worden sind. Ich möchte sie aber doch als Block vortragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Wiederholungen!)

- Herr Hentschel, seien Sie bitte still! - Es sind Zitate von unserem Wirtschaftsminister. Ich begrüße das, was er gesagt hat beziehungsweise was von ihm zu lesen war. „Die Reform der Mitbestimmung gefährdet Jobs.“ So seine Aussage. „Vor allem kleine und mittelständische Betriebe werden stark belastet.“ So seine Aussage. „Durch eine zunehmende Bürokratisierung sowie die vermehrte Zahl freizustellender Betriebsratsmitglieder wird die mittelständische Wirtschaft überdurchschnittlich zur Kasse gebeten.“ So seine Aussage. Das sind wirklich gute Analysen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Es sind sehr gute mikro- und makroökonomische Aussagen. Ich würde mir wünschen, dass alle Wirtschaftsminister der Bundesländer zu diesen Aussagen kämen und dann dem Bundesminister sagten: Wir müssen etwas ändern.

Nach meinem Empfinden kommt es hier darauf an - ich möchte jetzt einen ganz anderen Aspekt nennen -, dass die Macht der **Gewerkschaften** gemehrt werden soll, ohne gleichzeitig die Unternehmen mit in das Boot zu ziehen. Lassen Sie mich einige Zahlen nennen. Kennziffer für die Macht der **Gewerkschaften** ist die Anzahl der Mitglieder beziehungsweise die Entwicklung der Mitgliederzahl. In den letzten zehn Jahren sank die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 12 Millionen auf 8 Millionen. Das bedeutet einen Verlust von 4 Millionen Mitgliedern. Die Zahl der DGB-Mitglieder unter 25 Jahren

ging in den letzten zehn Jahren von 1,4 Millionen auf 500.000 zurück.

Von den Arbeitnehmern auf den neu geschaffenen 450.000 Arbeitsplätzen in der New Economy oder in den IT-Berufen sind gerade einmal 3,5 % in den Gewerkschaften organisiert. Von den New-Economy-Firmen haben gerade einmal 17 % der Unternehmen Betriebsräte. Die kostenaufwendige Werbekampagne der Gewerkschaften zum Erhalt der Mitglieder und zur Gewinnung neuer Mitglieder verläuft völlig im Sande. Es passiert gar nichts. Was ist die Reaktion von Herrn Zwickel? Er muss die Reißleine ziehen. Und wer hilft ihm dabei? Das ist Herr Riester. Das Entscheidende ist doch, dass hier die Macht der Gewerkschaften in einem unausgewogenen Maße erhöht wird. Aber dann muss die Unternehmerschaft doch gleichzeitig bereit sein, das neue Konzept mitzutragen.

Auf die Kosten möchte ich hier gar nicht eingehen. Das ist hier schon gesagt worden. Ob es 100.000 DM oder 50.000 DM sind - auf jeden Fall ist klar, dass die Betriebe mit zusätzlichen Kosten belastet werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist nicht klar!)

Die Frage ist doch: Warum muss durch diese Novellierung zusätzliche Manpower für Betriebsräte geschaffen werden? Warum reicht es nicht aus, wenn sie sich besser qualifizieren, wenn sie moderner denken, wenn sie zukunftsorientierter denken? Warum muss es denn immer gleich zu mehr Mitarbeitern führen?

Auf einen Punkt möchte ich noch besonders hinweisen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Manfred Ritzek [CDU]:

Einen Satz noch! - Die Minderheiten sollen weggeputzt werden. Wenn im **Mehrheitswahlrecht** sieben Betriebsräte gewählt werden und sie vier erreichen, sind die anderen drei für die Minderheit verschwunden und automatisch DGB-Mitglieder. Das, muss ich sagen, ist untragbar.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Deshalb bitte ich den Wirtschaftsminister - hier den Staatssekretär in Vertretung -, dass er sich weiter darum bemüht, eine angemessene Modernisierung des alten Betriebsverfassungsgesetzes zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, auch nach der neuen Rechtschreibung war dies mehr als ein Satz. Ich bitte, doch etwas auf die Zeit zu achten.

Das Wort hat jetzt nach § 56 Abs. 4 der Herr Abgeordnete Geerds.

(Lothar Hay [SPD]: Jetzt sind wir gespannt! - Zuruf von der SPD: Der rote Flügel der CDA!)

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt der Sprecher von Wadehul!)

- Ich spreche hier für eine große Volkspartei. Ich freue mich ab 40 %, Sie schon ab 5 %, Herr Kubicki.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

Die CDU - um das am Ende der Diskussion deutlich zu machen - ist und bleibt die Partei der **Mitbestimmung**. Wir wollen die Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir wollen die Tarifautonomie, weil die wirtschaftlichen Erfolge in der Bundesrepublik auch darauf fußen. Das müssen wir in dieser Diskussion deutlich machen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir als CDU werden unser Verhältnis zu den Gewerkschaften auf eine neue Grundlage stellen.

(Holger Astrup [SPD]: Müssen!)

Auch das ist für uns wichtig.

Das bedeutet nicht, dass wir uns mit den Gewerkschaften an vielen Punkten nicht auch streiten werden. Ich bin Mitglied der CDU und ich bin und bleibe Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Ich sage Ihnen auch, wo, wie ich finde, Fehler in der Gesetzgebung sind und weshalb ich sage: Zurzeit nicht zustimmungsfähig!

Wir haben nicht die Gewähr dafür, in Zukunft eine ausreichende Pluralität bei den Betriebsräten sicherstellen zu können. Wir müssen uns über das Wahlverhältnis unterhalten. Das reine **Mehrheitswahlverhältnis** geht aus unserer Sicht nicht. Wir brauchen ein Verhältnis, bei dem auch Minderheiten, auch christlich demokratische Arbeitnehmer eine Chance haben.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist! Auch das ist aus meiner Sicht noch nicht ausreichend ausgearbeitet. Wir brauchen eine stärkere Qualifizierung von Betriebsräten. Dies müssen wir regeln, weil der Arbeitsmarkt, weil die Situation in den Betrieben so kompliziert geworden ist, dass wir einen Beitrag dazu leisten müssen, dass auch **Betriebsräte** mithalten können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Freistellung oder ohne?)

Wir brauchen einen Beitrag dazu, das lebenslanges Lernen auch wirklich Aufgabe von Betriebsräten wird. Dies müssen wir herausstellen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte, dass das Thema Beruf und Familie draußen diskutiert wird. Es muss Aufgabe der **Tarifvertragsparteien** werden, eine Aufgabe von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Aus diesem Grund sage ich: Dort muss der Betriebsrat mehr Einflussmöglichkeiten erhalten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen über das Thema **Freistellung** diskutieren. Viele Betriebsräte sind, wenn sie nicht wieder gewählt worden sind, an ihrem Arbeitsplatz kaum noch verwendbar. Das heißt, wir brauchen andere Formen, nicht eine komplette Freistellung, sondern eine stundenweise, eine zeitweise Freistellung. Wir dürfen das nicht an Betriebsgrößen koppeln, sondern daran, ob wir die Arbeitnehmer dauerhaft im Betrieb gebrauchen können.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Für mich ist wichtig, das **Betriebsverfassungsgesetz** weiterzuentwickeln, gerade wegen der internationalen Verflechtungen, in denen sich die Betriebe befinden.

Ich habe eben die Kernpunkte genannt, die aus meiner Sicht verändert werden müssen, bevor es zu einer Zustimmung kommen kann - dies aus der Sicht eines christlich-demokratischen Arbeitnehmers.

Ich sage auch gleich etwas zu meinem Abstimmungsverhalten zum Antrag der F.D.P., damit es keine Irritationen gibt. Ich habe gesagt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist das, was in Berlin diskutiert wird, nicht zustimmungsfähig. Der F.D.P.-Antrag ist aus meiner Sicht zu wenig konstruktiv und zu undifferenziert. Aus diesem Grund werde ich mich der Stimme enthalten.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist ausschließlich Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Gegenstimmen - Moment! - der CDU, bei Enthaltungen von Abgeordneten, bei vier Enthaltungen. - - Nein, das muss man schon sagen, weil es verschiedene Fraktionen waren. Es haben die Abgeordneten Arens, Geerds, Eichelberg, Strauß und Wiegard - -

(Zurufe)

- Herr Arens nicht? - Dann war das nur ein Hinweis auf den vor ihm Sitzenden. Die vier zuletzt genannten Abgeordneten haben sich der Stimme enthalten.

Damit schließe ich die Vormittagssitzung. Um 15:00 Uhr treffen wir uns wieder. Eine schöne Mittagspause!

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:27 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittagssitzung. Bevor ich Tagesordnungspunkt 26 aufrufe, begrüße ich in der Loge den Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin.

(Beifall - Lothar Hay [SPD]: Jetzt ist die Berichterstattung ja gewährleistet!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 16. November 2000
Drucksache 15/517

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/724

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P.,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 15/764

Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Herr Abgeordneter Garg und seine Fraktion im November den Berichtsantrag gestellt haben, habe ich bereits im Landtag gesagt, der **Standort Schleswig-Holstein** und sein wirtschaftlicher Erfolg wären gar nicht mehr denkbar, ohne dass schleswig-holsteinische Unternehmen im Ausland operieren, ohne dass ausländische Unternehmen in Schleswig-Holstein operieren und ohne dass Ausländerinnen und Ausländer bei uns arbeiten - ob als Unternehmensleiter, als Krankenschwester, als Wissenschaftler oder Gemüsehändler.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Bernd Schröder [SPD])

Ich kann diese Aussage hier heute nur wiederholen und bekräftigen. Der Bericht, der vorgelegt worden ist, bestätigt eindrucksvoll: Wer Ausländer missachtet, misshandelt, angreift oder bedroht, verhält sich nicht nur unmenschlich, sondern schadet auch den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Lassen Sie mich drei Ergebnisse des Berichts herausgreifen, alles andere werden wir dann in den Ausschüssen zu diskutieren haben.

Erstens. Wir haben allen Grund, die Frage der Zuwanderung neben den emotionalen, vielleicht auch ethischen Aspekten auch im Licht der ökonomischen Realität zu diskutieren. In Schleswig-Holstein haben wir schon immer den niedrigsten Anteil an Ausländern unter den westdeutschen Ländern gehabt. Entsprechend liegen wir auch beim Anteil **ausländischer Beschäftigter** durchweg unter dem Bundesdurchschnitt. Aber gleichwohl sind sie unverzichtbar. Das wird künftig noch mehr der Fall sein, denn der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitsplätzen in Deutschland wird ohne eine erhöhte Zuwanderung aus dem Ausland künftig nicht mehr zu decken sein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt in einer Ende letzten Jahres veröffentlichten Studie sogar auf einen **Nettozuwanderungsbedarf** ab 2020 in Höhe von 600.000 Personen pro Jahr.

Zweitens. Es sind die Mitbürger türkischer Herkunft, die den größten Anteil bei uns stellen. Ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer kommt aus der Türkei.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich finde das Thema sehr

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

wichtig. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn wir uns daher etwas auf dieses Thema konzentrierten.

(Beifall)

In den kleineren gewerbetreibenden Unternehmen sind es 28 % der Beschäftigten, die auf türkische Mitbürger entfallen.

Unsere unmittelbaren Nachbarn, die Dänen, stellen in Schleswig-Holstein gerade einmal 3,5 % der ausländischen Beschäftigten dar. Zum Vergleich: Im Saarland kommen 50 % der ausländischen Arbeitskräfte aus Frankreich. Das zeigt, dass dort eine ganz andere nachbarschaftliche Verflechtung besteht.

(Lothar Hay [SPD]: Da gibt es noch großes Potenzial!)

In Richtung SSW und in Richtung Flensburg sage ich: Wir könnten einen noch etwas höheren dänischen Anteil an Arbeitskräften in Schleswig-Holstein gebrauchen - in jeder Hinsicht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Drittens. Es gibt immer noch - das ist eigentlich der wichtigste Punkt, über den wir reden müssen - Hürden für Ausländerinnen und Ausländer, die wir beseitigen müssen, zum Beispiel beim Berufszugang, wie Sie dem Bericht entnehmen können. Nach dem Apothekengesetz darf ein ausländischer Apotheker eine Apotheke erst übernehmen, wenn sie vorher mindestens drei Jahre betrieben worden ist. Meiner Auffassung nach sollten wir uns für eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmung stark machen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Hürden gibt es auch auf den Ausbildungsmärkten. Es ist für **ausländische Jugendliche** immer noch schwerer als für deutsche Jugendliche, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Umso wichtiger sind deshalb solche Projekte wie zum Beispiel die von uns, der Landesregierung, geförderte Initiative „Migranten schaffen zusätzliche Lehrstellen“.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gemeinsam mit der Türkischen Gemeinde sind immerhin in den letzten zwei Jahren 123 Ausbildungsplätze allein in diesem Jahr akquiriert worden. Das ist eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Türkischen Gemeinde für ihr Engagement. Das ist vorbildhaft auch für andere Aktivitäten. Danken möchte ich auch denjenigen, die beim Zusammentragen des Datenmate-

rials hilfreich waren, wie Kammern, Verbände und Institutionen. Herr Garg, die eine oder andere statistische Zahl befriedigt uns alle nicht vollständig. Das ist aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist vielmehr, dass wir jetzt überhaupt eine Größenordnung zusammengetragen haben, die deutlich macht, worum es geht.

Ich wünsche mir, dass sich das weltoffene, das ausländerfreundliche, das tolerante Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht nicht übertreffen lässt, was Ausländerfreundlichkeit angeht, und dass es nur an einem Punkt **Intoleranz** geben kann, nämlich gegenüber Intoleranz, gegenüber Fremdenhass, gegenüber Unmenschlichkeit. Ich denke, hierüber gibt es Konsens.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte mich ausdrücklich bei allen Fraktionen dafür bedanken, dass ein fraktionsübergreifender Antrag zustande gekommen ist. Ich glaube, das ist auch das Signal, das wir nach außen geben müssen: Schleswig-Holstein ist und Schleswig-Holstein bleibt ein weltoffenes Land.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Deutschen Frauenrings Flensburg und der Marinewaffenschule Eckernförde, II. Inspektion, Lehrgruppe A.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gleich vorweg: Ich bedanke mich bei dem Kollegen Schröder, dass er es fertig gebracht hat, dass wir eine gemeinsame Resolution verfassen. Das ist ganz wichtig, wie auch der Herr Minister gesagt hat, denn wir müssen nach außen demonstrieren, dass wir Demokraten in Schleswig-Holstein zu so einer Resolution fähig sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Aber, meine Damen und Herren, eine Resolution allein - der Minister hat das soeben auch angedeutet - wird diesem Sachverhalt noch nicht ganz gerecht. Es ist auch ein Arbeitsauftrag damit verbunden.

Lassen Sie mich noch einiges zu dem Bericht sagen. Herr Minister, beim Lesen des Berichts wird das Bemühen deutlich, die Zahlen vollständig zusammenzubekommen, aber wir von der CDU-Fraktion hatten uns

(Uwe Eichelberg)

doch noch etwas mehr erhofft, etwas mehr Aussagefähigkeit. Aber die Grenzen sind eindeutig und das zeigt auch der Bericht. Ich darf zitieren:

„Wegen der uneinheitlichen Datenlage kann der vorliegende Bericht keinen umfassenden, alle Wirtschaftsbereiche abdeckenden Überblick über die Präsenz und die wirtschaftliche Relevanz von Ausländerinnen und Ausländern in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft geben.“

Das ist nun einmal so. Das ist schade, aber nicht zu ändern. Gerade derjenige oder diejenige, der oder die sich in den letzten Jahren mit diesem Problemkreis beschäftigt hat, weiß, dass diese Zahlen nicht stimmen können, denn es gibt so vielfältige Formen des Grenzübertretts von EU-Firmen, die mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Beispiel im Baubereich bei uns auftreten. Dort wissen wir, dass zigtausende **ausländische Mitarbeiter** legal auf unseren Baustellen tätig sind. Sie können in so einem Bericht natürlich nicht erfasst werden. Gerade in der vergangenen Woche haben wir im Wirtschaftsausschuss erfahren, dass im Bausektor viele nicht nur legal, sondern auch illegal arbeiten. Sie zu erfassen, ist sehr schwierig. In einem solchen Bericht ist das gar nicht möglich.

Es war interessant zu hören, dass allein aus Dänemark 5.000 Arbeitnehmer auf deutschen Baustellen legal tätig sind, die in solchen Berichten natürlich auch nicht erfasst werden können. Bei einer anderen Anhörung haben wir erfahren, dass eine einzige deutsche Firma mit ihrer Niederlassung in Bulgarien 20.000 LKWs in Deutschland fahren hat, legal mit ausländischen Fahrern besetzt. Da muss man sich natürlich auch fragen, was man dagegen tun kann. Aber auch das kann in dem Bericht nicht erfasst werden.

Von den illegal beschäftigten ausländischen Arbeitskräften, die in übler Weise ausgenutzt werden, wie das häufig auch in den Zeitungen berichtet wird, können wir in einem solchen Bericht auch nur wenig erfassen. Hinzu kommen viele, die mit Besuchsvisa oder als Studenten einreisen und hier nicht nur als Haushaltshilfen tätig sind. Die Zahl derjenigen, die aus dem Ausland kommen und bei uns berufstätig sind, ist also wesentlich höher. Wir können dem Bericht aber zumindest einen gewissen Trend entnehmen. Dieser große Trend kann uns, wie es der Minister auch gesagt hat, ein bisschen auf den Weg helfen, wie das notwendig ist.

Etwas problematisch sehe ich die Situation noch für die am stärksten in unserem Land vertretene Gruppe von Ausländern, nämlich die Türken, die gesellschaftlich und wirtschaftlich so integriert werden müssen,

dass sie Bürgerinnen und Bürger dieses Staates so werden, wie wir uns das vorstellen und wie sie es sich wahrscheinlich auch vorgestellt haben, als sie in unser Land gekommen sind. Dazu kommen noch diejenigen, die aus völlig anderen Kulturkreisen kommen.

Diesbezüglich - das muss ich Ihnen sagen - haben wir in der Vergangenheit parteiübergreifend versagt. Wir haben die Menschen in unser Land geholt, ihnen aber nicht geholfen, sich in unserem Land zu integrieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denselben Fehler haben wir noch einmal gemacht, als wir die Deutschen aus den früheren Ostblockstaaten in unser Land geholt haben. Viele von ihnen konnten noch nicht einmal die deutsche Sprache. Sie haben große Probleme, sich an unseren **Kulturraum** zu gewöhnen. Auch da haben wir versagt.

Über diese Probleme der Integration müssen wir noch sehr intensiv sprechen, nicht nur im Wirtschaftsausschuss, sondern auch in anderen Ausschüssen; denn sonst bekommen wir die Sache nicht in den Griff. Das gehört einfach zu dieser Problemstellung hinzu.

Die Integration von EU-Bürgern ist völlig unproblematisch. Das haben wir schon in den 70er-Jahren gemerkt. Das ist auch heute kein Problem, weil kulturelle Gemeinsamkeiten dazu beitragen, Probleme gar nicht erst aufkommen zu lassen. Genauso ist es kein Problem, wenn **EU-Firmen** in Deutschland aktiv werden. Das betrifft beispielsweise die arbeitsrechtlichen Fragen und auch die Marktfragen. Man kann sich schnell daran gewöhnen. Das zeigen auch die Aussagen dieser Studie zum Flensburger Umland mit den dänischen Firmen. Das ist interessant. Dort scheint das gut zu laufen.

Ob wir aber Ausländer ins Land holen müssen, um unsere Sozialsysteme zu retten, ist eine andere Frage. Da habe ich gewisse Zweifel, ob das allein die Zielsetzung sein kann. Das kann vorübergehend helfen, aber diese Menschen, die hier dann tätig sind, erwerben ja auch Versorgungsrechte als Kranke und als Rentner. Das sind Problemstellungen, die wir natürlich in der langfristigen Betrachtungsweise auch berücksichtigen müssen. Man muss darüber nachdenken, ob es richtig ist, die Unterstützung der Sozialsysteme allein auf das Einkommen zu beziehen. In der Zeit der Computer und der intelligenten Maschinen werden Arbeitsplätze zunehmend ersetzt. Man muss also sehen, wie man die Sozialsysteme anders finanzieren kann.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Uwe Eichelberg)

Erschüttert war ich angesichts der geringen Anzahl der Studenten, die an unseren Universitäten studieren. Da hatte ich mir viel mehr erhofft, aber wahrscheinlich ist es nicht so attraktiv, in Schleswig-Holstein zu studieren.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist für die Studierenden fast unmöglich, in unser Land zu kommen!)

- Sehr schön.

Meine Damen und Herren, ich muss zum Schluss kommen. Ich meine, der Bericht hat einige Punkte offen gelassen. Diese Punkte müssen wir aufarbeiten. Aber wenn wir gemeinsam mit gutem Willen herangehen, kommen wir auch zu guten Ergebnissen. In diesem Sinne würde ich sagen: Schönen Dank, wir schaffen das!

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Eichelberg, vielen Dank. Ich glaube, es ist wichtig, trotz aller unterschiedlichen Auffassungen, wie wir sie heute in der Aktuellen Stunde erlebt haben, jetzt auch öffentlich in diesem Hause zu dokumentieren, dass es Themen von erheblicher Bedeutung gibt, die wir als Parlament auch gemeinsam nach außen bringen können. Dieses Thema ist so eines.

Deshalb ist der von der Landesregierung vorgelegte Bericht eine gute Grundlage für die parlamentarische Beratung. Der schriftliche Bericht liegt Ihnen vor und ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Das werden wir in den zuständigen Ausschüssen tun.

Ich darf aber in Erinnerung rufen - das ist mir ein wichtiger Aspekt dabei -, dass wir im November des vergangenen Jahres an dieser Stelle gemeinsam und mit Nachdruck bekräftigt haben:

„Wir werden es nicht zulassen, dass Neonazis und Skinheads bestimmen, wer in unserem Land sicher leben, arbeiten und seine Meinung sagen kann.“

Wir haben hier eindeutig klar gemacht, dass Rechts extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diffamierung und Gewalt gegen ethnische, soziale, kulturelle und andere Minderheiten in unserem Land keinen Platz haben und dass es gilt, gemeinsam mit Vereinen,

Verbänden und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen die demokratische Gesinnung und die Zivilcourage aller gegen den rechten Mob zu mobilisieren.

Es ist hier auch gesagt worden, dass es bisweilen nachzuvollziehen sei, wenn manche Parolen der rechtsextremen Propagandisten bei den Jugendlichen, denen es an Orientierung und beruflicher Perspektive mangelt, im braunen Dunstkreis der Szene auf fruchtbaren Boden fielen.

Wir, die Politiker, können dagegen zweierlei unternehmen: Erstens dürfen wir nicht locker lassen, die **Jugendarbeit** auszubauen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und anzubieten und den jungen Menschen Chancen auf einen sicheren Job und damit auf eine gesicherte Zukunft zu geben. Und wir müssen zweitens immer wieder die Vorurteile und die rechten Parolen mit hieb- und stichhaltigen Argumenten zerpfücken; wir müssen den Unfug, der im rechten Lager verbreitet wird, ad absurdum führen.

Und genau dazu ist der vorliegende Bericht eine ausgezeichnete Grundlage. Wir werden selbst mit guten und noch so überzeugenden Argumenten keine verbohrtten Rechten bekehren können. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir viele Menschen, die in einem - sagen wir einmal - ambivalenten Randbereich mit Rechtsdrall leben, von Irrwegen und Irrgedanken abbringen können, wenn ihnen nur nachhaltig deutlich gemacht wird, was an sozioökonomischen Daten für diesen Bericht zusammengetragen wurde.

Die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, unabhängig davon, ob sie aus EU-Ländern oder aus dem übrigen Europa kommen, leisten einen erheblichen Beitrag für unser **Wirtschaftsleben**. Das gilt übrigens auch für die in Schleswig-Holstein lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger, der größten hier lebenden Gruppe. Das belegen die sozialökonomischen Daten, die für Deutschland vor allem durch repräsentative Umfragen ermittelt und für Schleswig-Holstein daraus ableitend geschätzt wurden.

Bei uns in Schleswig-Holstein sind rund 35.000 Ausländerinnen und Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das bedeutet: Diese Ausländerinnen und Ausländer zahlen in unsere sozialen Systeme ein. Würden wir auf deren Beiträge verzichten, dann sähe es um unser Sozialsystem tatsächlich schlechter aus. Nicht umsonst raten Wirtschaftsinstitute wie das Essener Institut für Wirtschaftsforschung dringend, dass sich Deutschland um Einwanderer bemühen soll. Man muss sich das klar machen: Ohne Immigration würden unsere sozialen Systeme unter enormen Druck geraten.

(Bernd Schröder)

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in Deutschland und Schleswig-Holstein nicht nur Arbeitnehmer, sie sind auch Arbeitgeber und Unternehmer, die **Arbeitsplätze** schaffen, und zwar nicht nur für ihre Landsleute, sondern auch für deutsche Arbeitnehmer.

Der vorliegende Bericht zeigt auf, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht - wie oft vermutet - in so genannten oder vermeintlich einfachen Berufen tätig sind, sondern ebenso anspruchsvollen, auch akademischen Tätigkeiten nachgehen.

Ich will auf die Daten des Berichts im Einzelnen nicht weiter eingehen, die sind ausführlich und können von jedermann nachgelesen werden. Ich möchte zum Schluss einen Punkt ansprechen, der sich in unserer gemeinsamen Entschließung findet und meines Erachtens ebenso wichtig ist wie die genannten Daten des vorliegenden Berichts. Ich meine Punkt 6, in dem darauf eingegangen wird, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in erheblichem Maße zur Beschleunigung des **Integrationsprozesses** beitragen und die kulturelle Vielfalt in Schleswig-Holstein durchaus bereichern. In Schleswig-Holstein fällt der Anteil der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ gering aus. Wir sollten jedoch den Beitrag, den sie bei uns leisten, nicht geringer schätzen.

Über den Antrag, der heute vorliegt und den wir gemeinsam beschlossen haben, soll hier heute im Parlament abgestimmt werden; den Bericht des Ministers wollen wir federführend im Wirtschaftsausschuss und mitberatend im Sozial-, Bildungs-, Innen- und Rechtsausschuss behandeln.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Dort muss über Handlungsfelder, die aus diesem Bericht abgeleitet werden müssen, diskutiert und überlegt werden, wie die Politik auf bestimmte Dinge zu reagieren hat.

Wir betonen heute erneut, dass wir gemeinsam mit den demokratisch gesinnten Menschen in Schleswig-Holstein ausländerfeindlichen Tendenzen entschieden gegenüberstehen werden. Wenn wir zusammenstehen, haben die **Rechtsradikalen** keine Chance. Wenn wir die notwendige Aufklärungsarbeit leisten, können wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein das bleibt, was es war und ist, ein weltoffenes Land mit gastfreundlichen, toleranten Menschen, in dem ausländerfeindliche Tendenzen keinen Platz haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Minister Rohwer, lassen Sie mich zunächst Ihnen sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht ganz herzlich danken. Lieber Kollege Schröder, auch an Sie ein herzliches Dankeschön, dass Sie die Initiative ergriffen haben, dass es hier zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Lars Harms [SSW])

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit der zunehmenden Gewalt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger hat die F.D.P.-Fraktion im November des vergangenen Jahres den Berichtsantrag gestellt. Der von uns gewünschte Bericht sollte vor allem unmissverständlich klar machen, dass **ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger** viel mehr sind als nur geduldet in unserem Land: Sie sind willkommen, sie werden gebraucht und sie sind unverzichtbar.

(Beifall im ganzen Haus)

Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit, für die überwiegende Mehrzahl der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner im Übrigen auch, für manche aber eben nicht. Letztere zu erreichen, sie mit sachlichen Argumenten, gestützt auf aussagekräftige Fakten, vom Gegenteil zu überzeugen, das ist genau die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt, eine Aufgabe, die sich natürlich nicht mit einem Beschluss oder mit der heutigen Debatte über diesen Bericht erledigen lässt. Aber ich bin sicher, nachdem ich die ersten Debattenbeiträge vom Kollegen Eichelberg und vom Kollegen Schröder gehört habe, dass uns hierzu heute ein ganz guter Start gelungen ist.

Lassen Sie mich deshalb die von der Opposition - der Wirtschaftsminister hat das vorhin angesprochen - immer wieder gern gestellte Frage nach dem, was alles nicht in einem Bericht der Landesregierung steht, ausnahmsweise einmal so kommentieren: Es ist zwar schade, dass zum Beispiel der von ausländischen Unternehmen erwirtschaftete Anteil an der **Bruttowertschöpfung** nicht angegeben werden konnte. Dass allerdings die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung das Unterscheidungsmerkmal Nationalität nicht kennt, muss man nicht unbedingt negativ sehen. Allen, die den Wirtschaftswissenschaften immer noch etwas skeptisch gegenüberstehen - ich denke da zum Beispiel an Frau Ministerin Moser -, sage ich: Hier ist die Volkswirtschaftslehre schon weiter als mancher Teil

(Dr. Heiner Garg)

der Gesellschaft. Denn das liegt schlicht daran, dass wir Volkswirte uns ab und an gern nur auf das Wesentliche konzentrieren. Wesentlich ist in diesem Fall die wirtschaftliche Leistung, egal, ob sie von Türken, Spaniern oder Deutschen erbracht wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Unser **Bruttoinlandsprodukt** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Deutschen und den mit uns lebenden Ausländern. Ökonomisch betrachtet lässt sich der Beitrag ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ganz einfach auf die folgende Formel bringen: Ohne sie würde in unserer Wirtschaft nichts mehr funktionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich gibt es immer wieder Probleme, wenn Menschen unterschiedlicher Kultur, unterschiedlicher Mentalität auf relativ begrenztem Raum zusammenleben und -arbeiten. Ich will diese oft unter dem Stichwort **Integrationsproblem** zusammengefassten Schwierigkeiten weder in Abrede stellen noch klein reden. Aber Integration ist auch keine Einbahnstraße. Ebenso wie ich selbstverständlich erwarte, dass Ausländer unsere Grundwerte, Traditionen und Überzeugungen respektieren, haben ausländische Mitbürger ein Recht auf Respekt vor ihrem kulturellen Hintergrund und vor ihrer Identität.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Im Übrigen ist es gerade diese Vielfalt, von der unsere Wirtschaft, unsere Kultur und die Wissenschaft profitiert. Allein aufgrund unserer demographischen Entwicklung wird es im Übrigen in der Tat immer wichtiger werden, dass Ausländer bereit sind, bei uns zu arbeiten, ihr Wissen und ihre Kreativität mit einzubringen. Unser künftiges **Wohlstandsniveau** hängt ganz entscheidend von einer fortschrittlichen Zuwanderungspolitik ab. Die politischen Konsequenzen aus dem vorliegenden Bericht können daher nur lauten: Wir müssen die Phase der Greencard schnellstmöglich überwinden und uns gemeinsam stark machen für ein modernes Einwanderungsgesetz.

(Beifall im ganzen Haus)

Denn wir brauchen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger mehr denn je in allen Bereichen unseres Lebens, als Kollegen, als Unternehmer und als Freunde.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an die Mitarbeiter des Ministeriums für den sehr informativen Bericht! Der Bericht prognostiziert, dass Deutschland allein schon aus demographischen Gründen in den kommenden Jahrzehnten ein **Einwanderungsland** sein wird. Gestatten Sie mir dazu eine Vorbemerkung! Wir sind nicht erst seit gestern ein Einwanderungsland. Wir sind es spätestens seit 4.000 Jahren, als die ersten Indoeuropäer aus Mittelasien zu uns kamen und die Sprache hierher brachten, die sich später Germanisch und heute Deutsch nennt.

(Heiterkeit)

Ich bin sogar überzeugt davon, dass der Reichtum unserer Kultur darauf basiert, dass wir mitten in **Europa** liegen und in allen Jahrhunderten unserer Geschichte Menschen durch Deutschland zogen, einwanderten, auswanderten und manchmal als Kreuzritter sogar mit Frauen wiederkamen.

Am letzten Freitag hörte ich im Fernsehen eine Diskussion über die neueste Blüte der deutschen Leitkultur, die Reinheit der deutschen Sprache, die durch Anglizismen verdorben würde. Wissen diese Leute eigentlich, worin der Reichtum unserer Sprache besteht?

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Vor 2.000 Jahren kamen römische Legionäre nach Deutschland und brachten uns Wörter wie „Fenster“ und „Kirche“, wie „Martin“ und „Ursula“.

(Heiterkeit und Zurufe)

Der Osten Deutschlands war Jahrhunderte slawisch besiedelt, davon zeugen Ortsnamen wie Eutin und Dersau.

(Reinhard Sager [CDU]: Da bist du noch nie gewesen! - Unruhe)

Später kamen die spanischen Juden zu uns und brachten uns unser arabisches Zahlensystem samt der Null.

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Eine davon hören wir gerade!)

Französische Hugenotten brachten uns den Friseur und das Portemonnaie; Jesus ist ein aramäischer Name, Josef ein jüdischer und Klaus - wie zwei unserer Minister heißen - ist ein griechischer Name.

Unser geliebter Kommissar Schimanski ist Nachkomme eines verarmten polnischen Adligen, der, wie Hunderttausende seiner Landsleute, Ende des 19. Jahrhunderts als Bergmann in das Ruhrgebiet einwanderte, um

(Karl-Martin Hentschel)

die deutsche Schwerindustrie aufzubauen, damit Deutschland den Ersten Weltkrieg führen konnte. Das erklärt, warum die SPD ihre stärksten Parteigliederungen eindeutig in polnischen Siedlungsgebieten hatte.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich gestatte.

Jürgen Weber [SPD]: Herr Hentschel, ist Ihnen bekannt, dass ausgerechnet in den katholisch strukturierten Arbeiterbezirken polnischer Herkunft die Sozialdemokratie eigentlich immer ihre schwächsten Bereiche im Arbeiterwesen hatte?

(Beifall bei der F.D.P.)

Danke für die Information.

Ich halte die Diskussion, wie sie im Fernsehen zurzeit läuft, für symptomatisch für die Diskussionen, wie sie in unserer Gesellschaft zu der Frage der Integration von Ausländern geführt werden. Deswegen gehe ich auch so deutlich darauf ein.

(Klaus Schlie [CDU]: Deswegen!)

Das Wort Handy ist genannt worden. Das ist eine eindeutig deutsche Wortschöpfung.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Dieses Wort gibt es in keiner anderen Sprache. Es ist aus dem germanischen Wortstamm „Hand“ gebildet.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ausgerechnet dieses Wort wollen die armen, irren Verfechter der deutschen Leitkultur auch noch verbieten.

Ich fand diese Fernsehsendung bemerkenswert.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja! Sie scheint gebildet zu haben!)

Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn es nicht in der Mitte Europas liegen würde und zu allen Zeiten seiner Geschichte ein Einwanderungsland gewesen wäre.

Ich will jetzt nicht auf die Details des Berichtes eingehen; dazu haben meine Vorredner schon gesprochen. Ich möchte aber einige Konsequenzen aus dem Bericht ziehen, die - glaube ich - notwendig sind.

Die wichtigste Voraussetzung für die **Integration** von ausländischen Jugendlichen und allen ausländischen Mitbürgern liegt zum einen in der Jugendpolitik, in den Kindergärten und in den Schulen und zum anderen in der Wirtschaft. Deswegen bin ich dankbar, dass der Bericht dazu einige Hinweise gibt.

Die wichtigste Voraussetzung für die Integration in der Wirtschaft ist neben dem Erlernen der deutschen Sprache die Einbeziehung in die **Berufsausbildung**. Die Zahl der jugendlichen Ausländerinnen und Ausländer, die eine Berufsausbildung machen, ist in Schleswig-Holstein mit 2,5 % der Auszubildenden erschreckend niedrig. Im Bundesgebiet ist sie mehr als dreimal so hoch.

Wir brauchen deshalb eine gezielte Information der Ausländerinnen und Ausländer. Wir schlagen vor, dass dafür Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Abstammung geworben werden, die ihre Landsleute in den Familien direkt ansprechen und informieren.

Herauszuheben ist - das ist schon gesagt worden - die Initiative „Migranten schaffen zusätzliche Ausbildungsplätze“. Ich glaube, dass diese Initiative gestärkt werden muss, dass wir sie fortsetzen sollten und überlegen sollten, wie wir sie ausbauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

Es ist aber auch erforderlich, die deutschen Betriebe direkt auf das Problem anzusprechen. Dies kann zum Beispiel im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung geschehen. Dazu sollten Konzepte erarbeitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht macht weiterhin deutlich, dass in Pflegeberufen sehr viele Ausländerinnen und Ausländer als Hilfskräfte arbeiten. Hier könnten gezielt Angebote entwickelt werden, um diese für eine Berufsausbildung und eine Weiterbildung zu gewinnen, um ihnen eine Perspektive in qualifizierten Tätigkeiten zu verschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Anerkennung von **ausländischen Qualifikationen** ist ein Problem. Es ist unsinnig, hoch qualifizierte, gut ausgebildete ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland als Hilfskräfte zu beschäftigen, weil ihre **Diplome** nicht anerkannt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Anders ist die Situation im **Handwerk**. Hier ist der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern weit geringer als in anderen Bereichen, während er in handwerk-

(Karl-Martin Hentschel)

sähnlichen Berufen ohne Qualifikation deutlich überproportional ist. Dieses Problem ist deswegen besonders gravierend, weil das Handwerk in Schleswig-Holstein 40 % aller Ausbildungsplätze stellt. Hier dürften erhebliche Potenziale für qualifizierte Ausbildung liegen, die nicht genutzt werden, während viele Betriebe darüber klagen, dass sie niemanden bekommen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb sollte diese Situation mit dem Handwerk besprochen werden und sollten gemeinsam geeignete Maßnahmen entwickelt werden.

Ein Thema, das schon angesprochen worden ist, ist die Situation an den Hochschulen. Im Rahmen der Globalisierung gewinnt die internationale Ausrichtung der **Hochschulen** an Bedeutung. Dieser Entwicklung werden unsere Hochschulen weder beim wissenschaftlichen Personal noch bei den Studentenzahlen gerecht. Um dies zu ändern, lohnt es sich, einmal die Klagen von engagierten Professoren anzuhören. Hier muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen werden. Die Studienangebote müssen daraufhin überprüft werden, die Anrechnung von externen Teilqualifikationen muss unbürokratisch und flexibel werden, die Werbung muss verbessert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sollte ein solches Engagement der Hochschulen im Rahmen der Evaluierung mit berücksichtigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt, kann auch ein Lied davon singen, mit welchen Schikanen es ausländische Studienanwärter oder **Wissenschaftler** bei der Visabeschaffung zu tun haben, welche Schwierigkeiten Studenten haben, legal Arbeit zu bekommen. Es ist kein Wunder, dass Studenten aus vielen Ländern der Welt lieber in die USA oder in andere westeuropäische Länder gehen als nach Deutschland, wo sie so behandelt werden.

Ich finde es aber absurd, wenn Studenten, nachdem sie für viel Geld in Deutschland ausgebildet worden sind, hier anschließend keine Möglichkeiten haben zu arbeiten, während deutsche Firmen zugleich im Ausland Mitarbeiter per Greencard anwerben.

Ein weiteres Problemfeld sind die **freien Berufe**. Es gibt bei der Zulassung eine Reihe von Besonderlichkeiten, die mit einer offenen Haltung zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern nichts zu tun haben. Deshalb sollte die Regierung prüfen, welche offenen und versteckten Hindernisse dies im Einzelnen

sind und welche Änderungen erforderlich sind. Die Regelung, dass Apotheken nicht von Ausländerinnen und Ausländern eröffnet werden dürfen, von diesen aber wohl von einem Deutschen übernommen werden dürfen, ist nur ein Extremfall. Diese Bestimmung sollte schlicht abgeschafft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu prüfen ist auch, warum Notare deutsche Staatsbürger sein müssen.

Als Letztes will ich noch den **öffentlichen Dienst** ansprechen, der mit einem Ausländeranteil von 1,5 % das peinliche Schlusslicht bildet, was die Integration im Arbeitsmarkt angeht. Hier sollte schnellstens geklärt werden, worin die Ursachen liegen. Das kann nicht allein an der Polizei liegen. Aber auch bei der Polizei gibt es Möglichkeiten und Chancen, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu beschäftigen, gerade wenn es darum geht, in Stadtvierteln zu arbeiten, in denen ausländische Bürger in großer Anzahl leben. In anderen Bundesländern wird dieses Thema bereits offensiver angegangen.

Helfen Sie mit, damit es uns gelingt, die **Integration** der Einwanderinnen und Einwanderer in unserer Gesellschaft zur Leitaufgabe der deutschen Kulturpolitik, also quasi zur deutschen Leitkultur zu machen! Ich denke, das wird Deutschland bereichern, in unser aller Interesse.

Ich schlage vor, dass der Bericht federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss sowie den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wird, damit entsprechende Konsequenzen gezogen werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Bericht ist zu entnehmen, dass der Zuzug aus dem Ausland in Zukunft eher noch steigen wird. Das ist eine erfreuliche Feststellung, denn der Bericht macht auch deutlich, dass wir die Zuwanderung in Zukunft dringend brauchen, um unseren hohen Lebensstandard überhaupt halten zu können.

Dies macht deutlich, dass wir das Thema nicht nur unter dem Aspekt der Wanderungsbewegung sehen können, sondern auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Notwendigkeit betrachten müssen. Es gibt viele Gründe, weshalb wir die Zuwanderung dringend

(Lars Harms)

brauchen. Das **beitragsfinanzierte Sozialversicherungssystem** wird nur zu halten sein, wenn wir weiterhin Zuzug aus dem Ausland haben. Die Wirtschaft braucht ausreichend Arbeitskräfte und sie braucht vor allem neue Einflüsse von außen, um mit ihren Aktivitäten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben zu können. Der Arbeitsmarkt profitiert von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland und von dem Unternehmertum der hier lebenden Einwanderer.

Die Frage, die sich stellt, ist nicht, ob wir **Zuwanderung** benötigen, sondern wie wir diese gestalten müssen, um auch in Zukunft ein zukunftsfähiges Land zu bleiben. Dazu gehört zum einen die Frage, wie die Einwanderung rechtlich zu regeln ist. Wie wollen wir, losgelöst vom für uns unumstößlichen Recht auf Asyl, festlegen, wer zu uns kommen kann? Darauf muss demnächst eine Antwort erfolgen.

Zum anderen geht es hier aber vor allem um die Frage, wie wir die Menschen integrieren, die zu uns kommen. Wir haben heute immer noch Schwierigkeiten mit Menschen, die vor drei Jahrzehnten eingewandert sind. Diese Menschen sind nicht richtig in unserer Mitte aufgenommen worden und haben schlechtere Bedingungen, wenn es um Bildung und Arbeit geht. Das muss anders werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einerseits müssen den schon hier lebenden Einwanderern bessere Lebensbedingungen ermöglicht werden. Gleiche Chancen im Bildungssystem sind dazu der Schlüssel. Die Kinder von Einwanderern sind genauso hoch begabt wie die Kinder von Deutschen. Sie haben aber extrem geringere Startchancen ins Leben. Da muss geholfen werden, wo es geht. Die Kinder müssen so viel Förderung erhalten, dass sie faire Lebenschancen haben. Kollegin Birk hat gestern zu Recht deutlich gemacht, dass unsere Bildungspolitik immer noch nicht auf unsere eingewanderten Mitbürger eingestellt ist.

Andererseits müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir die Menschen aus dem Ausland brauchen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem **Einwanderung** gewünscht ist. Niemand wird hierher kommen wollen, wenn die Fremdenfeindlichkeit fröhliche Urstände feiert. Wir müssen der breiten Bevölkerung deutlich machen, dass ausländische Arbeitnehmer nicht in erster Linie eine Konkurrenz zu Deutschen sind, sondern eine dringend notwendige Bereicherung für unser Land.

Die Ängste, dass Ausländer Einheimischen die Arbeit wegnehmen, stimmen nicht. Im Gegenteil: Sie investieren in unserem Land, sie bringen ihre Qualifikationen ein und schaffen neue Arbeitsplätze. Um das Thema

einmal aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten: Eine gesellschaftlich akzeptierte und vernünftig geregelte Einwanderung ist daher als ein harter **Standortfaktor** zu betrachten. Dies muss in der Öffentlichkeit regelmäßig deutlich gemacht werden. Das geht auch aus unserem gemeinsamen Antrag hervor, für den ich dem Kollegen Schröder herzlich danken möchte.

(Beifall bei SSW und SPD)

Aus dem Beitrag des Kollegen Garg wurde deutlich, dass der Antrag der F.D.P. auch vor dem Hintergrund der Debatte zum **Rechtsextremismus** gestellt wurde. Gerade in diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu zeigen, wie wichtig die Einwanderung ist. Wir sollten die positiven Beiträge unserer ausländischen Mitbürger für unser Wirtschaftsleben in einem kleinen Faltblatt zusammenstellen und dieses jedem Haushalt in Schleswig-Holstein zukommen lassen, damit dem Rechtsradikalismus auch in Form einer besseren Aufklärung das Wasser abgegraben werden kann.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Bericht der Landesregierung abstimmen. Es ist beantragt worden, den Bericht zur abschließenden Beratung federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozial-, den Bildungs- und den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/764 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/723

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem **Landesarchivgesetz** aus dem Jahre 1992 bekam Schleswig-Holstein ein vorbildliches Archive-

(Anke Spoorendonk)

setz. Nach Expertenmeinung war es das beste Archivgesetz in der Bundesrepublik, so jedenfalls sagte man bei seiner Verabschiedung.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Wer sich die alten Reden ansieht, spürt die euphorische Stimmung, die damals parteiübergreifend zum Ausdruck kam.

Mit dem Landesarchivgesetz wird die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts in Schleswig-Holstein geregelt, denn in § 1 heißt es:

„Öffentliche Archive dienen der Forschung und Bildung, der Verwaltung und Rechtssicherung und ermöglichen die Auseinandersetzung mit Geschichte, Kultur und Politik. Sie schützen das öffentliche Archivgut gegen Vernichtung und Zersplitterung und sind der Öffentlichkeit für die Nutzung zugänglich. Sie bilden das öffentliche Gedächtnis eines Landes.“

Das öffentliche Gedächtnis eines Landes umfasst jedoch nicht nur Unterlagen über staatliche Aktivitäten; auch wirtschaftliches Handeln gilt es zu dokumentieren. Genauso lange wie es das Landesarchivgesetz gibt, wird daher auch eine Debatte darüber geführt, dass es wünschenswert wäre, für Schleswig-Holstein ein zentrales Wirtschaftsarchiv einzurichten. Dennoch ist seit 1992, als dies das Thema des schleswig-holsteinischen Archivtags war, wenig passiert.

Aus den Berichten von damals geht hervor, dass man sich nicht nur seitens der Archivare, sondern auch seitens der Kommunen und der IHK dafür aussprach. In den letzten Jahren hat das historische Interesse der Öffentlichkeit stetig zugenommen und wendet sich insbesondere auch wirtschafts- und sozialhistorischen Vorgängen zu. Wirtschaftliches Handeln und wirtschaftspolitische Entscheidungen sind immer auch aus geschichtlichen Gegebenheiten zu erklären. Das sagen wir in der Begründung unseres Antrags. Standortfragen, unternehmerisches Handeln, Branchenstruktur und Absatzmöglichkeiten sind geschichtlich bedingt und daher auch von öffentlichem Interesse. Zwar sammeln die großen Landesmuseen und die zahlreichen Heimatmuseen in Schleswig-Holstein sowie einige Spezialmuseen gewerbliche und industrielle Gebrauchsgegenstände, sie kümmern sich aber wenig um die schriftliche und bildliche Überlieferung der Unternehmen in unserem Land. Das ist auch nicht ihre primäre Aufgabe.

Auch das staatliche Archivwesen beschäftigt sich kaum damit. So besteht die Gefahr, dass wichtiges Material zur Geschichte der Wirtschaft in unserem

Land verloren geht. Hier sollte unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Es ist daher notwendig, eine zentrale Sammelstelle für dieses - für die Geschichte der Wirtschaft in Schleswig-Holstein - wichtige Material zu errichten.

Auch die Wirtschaft sollte ein Interesse daran haben, dass beispielsweise die verschiedenen unternehmerischen Entscheidungen historisch betrachtet nachvollzogen werden können. Letztlich kann man die Wirtschaft aber nicht dazu zwingen, ein **Wirtschaftsarchiv** zu errichten. Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass die Landesregierung die Initiative ergreift, um zu prüfen, ob und wie die schleswig-holsteinische Wirtschaft in Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Arbeitgeberverbänden, dem DGB und dem Landesarchiv ein zentrales Wirtschaftsarchiv für Schleswig-Holstein errichten kann.

Es geht also darum auszuloten, ob die Wirtschaft und die Partner der Wirtschaft nicht dazu zu bewegen sind, im eigenen Interesse ein solches zentrales Archiv zu errichten. Das ist die Intention unseres Prüfauftrags, der aus unserer Sicht im Bildungsausschuss abgearbeitet werden sollte. Unsere Initiative soll aber den Kommunen und den Unternehmen nichts wegnehmen. Auch das möchte ich deutlich machen. Es wäre aber wünschenswert, wenn das Wirtschaftsarchiv in Zusammenarbeit mit dem **Landesarchiv** organisiert werden könnte, weil dort auch ansonsten verstärkt Archivberatung - zum Beispiel für die Kommunen - gemacht werden soll.

Schon vor längerer Zeit hat man in anderen Bundesländern den Wert solcher Institutionen erkannt. So gibt es beispielsweise das Rheinische Wirtschaftsarchiv in Köln, das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund und das Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg in Stuttgart.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

In Schleswig-Holstein gibt es einen Arbeitskreis für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der genau wie wir der Meinung ist, dass es an der Zeit sei, in diesem Bereich des Archivwesens tätig zu werden. Ich spare mir ein Zitat zum Thema Identität und Geschichte. Dennoch meine ich sehr wohl, dass dies ein zentraler Punkt ist. Wie heißt es noch in der Einleitung des Landesarchivgesetzes? - „Öffentliche Archive bilden das öffentliche Gedächtnis eines Landes.“

Zum Schluss noch ein Argument, das aus meiner Sicht ganz wichtig und aktuell ist: Nicht zuletzt zeigt auch die Diskussion um die Entschädigung der **NS-Zwangsarbeiter**, wie wichtig ein Vorstoß in Sa-

(Anke Spoorendonk)

chen Wirtschaftsarchiv ist. So sind zum Beispiel Lohnunterlagen - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, ich komme zum Schluss.

So sind zum Beispiel Lohnunterlagen von Betrieben als Quellenmaterial sehr wichtig. Aber Tatsache ist, dass in den 60er- und 70er-Jahren sehr viele Archive von Unternehmen verloren gegangen sind und nicht mehr existieren. In Schleswig-Holstein gibt es also Nachholbedarf und ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

Ich sagte vorhin schon, ich bitte darum, dass der Antrag an den Bildungsausschuss überwiesen wird, weil ich meine, dass er das richtige Forum für die weitere Arbeit ist.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem ist dem SSW ohne Frage zuzustimmen: Ein zentrales Wirtschaftsarchiv für Schleswig-Holstein wäre in der Tat wünschenswert. Seit langem beklagen Forscher die schwierige und spärliche Materiallage für wissenschaftliche Arbeiten mit wirtschaftshistorischem Hintergrund. Außerdem - kein unwichtiger Gesichtspunkt - drohen regelmäßig wichtige Überlieferungen verloren zu gehen, weil sich in den Firmen und Unternehmen niemand um die fachliche Archivierung kümmern kann und Unterlagen dann häufig der Vernichtung anheim fallen müssen. Das ist gerade unter historischem Gesichtspunkt deshalb schwierig, weil wir wissen, dass wir in den Jahren 1941 bis 1945 durch den Zweiten Weltkrieg in Schleswig-Holstein eine Masse von wichtigen Überlieferungen verloren haben.

Eine wissenschaftliche Auffangstelle für Archivalien der Wirtschaft müsste idealerweise neben der Sammlung, Erschließung und gegebenenfalls Restaurierung archivwürdigen Materials wissenschaftliche Untersuchungen anregen und möglichst wirtschaftswissenschaftliche Forschung initiieren. Auf jeden Fall müsste sie aber Öffentlichkeitsarbeit leisten, um für die Abgabe von Beständen zu werben und den Nutzen für

alle Seiten zu verdeutlichen. Die Defizite sind bekannt und müssen hier nicht wiederholt werden. Wir wissen, dass **Wirtschafts- und Sozialgeschichte** lange Zeit in unserem Land ein Schattendasein gefristet hat. Der von der Kollegin Spoorendonk schon erwähnte Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schleswig-Holsteinischen Geschichtsgesellschaft hat da seit den 80er-Jahren Verdienstvolles geleistet. Das soll hier auch einmal gelobt werden.

(Beifall beim SSW)

Es gibt eine 20-jährige Debatte über die Frage eines Wirtschaftsarchivs. Ich will jetzt gar nicht alle die Punkte auflisten, die bisher dazu angeführt haben, dass wir nicht so richtig vorangekommen sind. Ich glaube, man muss sich ein paar Prinzipien noch einmal deutlich vor Augen halten, die wir als Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen müssen. Jedes Archiv kann Archivgut aus der privaten Wirtschaft nur auf freiwilliger Basis erhalten. Es bedarf deshalb der Einsicht über Nutzen und Verantwortung bei den Unternehmen, ihre Unterlagen auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Da ist noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Es bedarf meines Erachtens deshalb vornehmlich und in erster Linie des Engagements der Verbände, vor allem der Kammern.

Ich darf darauf hinweisen - Frau Spoorendonk hat das vorhin erwähnt -, die zentralen Wirtschaftsarchive, die wir bisher haben - einige sind schon fast 100 Jahre alt -, sind nicht nur alle in den klassischen Industrieregionen entstanden - Köln, Dortmund, Stuttgart, München -, sondern sie sind durch die Bank weg auch Gründungen, die von den Industrie- und Handelskammern ausgegangen sind. Ich denke, das wird auch in Schleswig-Holstein nicht anders funktionieren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich will darauf hinweisen, dass wir natürlich in einigen unserer Archive ganz ordentliche Überlieferungen haben, weil dort die jeweiligen regionalen Kammern auch schon Material abliefern. Das gilt für die Archive in Flensburg und in Lübeck. Eine **zentrale Erfassung** für das Land Schleswig-Holstein kann aber nur zustande kommen, wenn alle Partner im Geschäft, die hier angesprochen sind, das wirklich wollen und - das darf man der Ehrlichkeit halber auch sagen - alle bereit sind, dafür ein paar Mark und fünfzig in die Hand zu nehmen, denn zum Nulltarif wird auch ein solches zentrales Wirtschaftsarchiv nicht zu haben sein.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Jürgen Weber)

Ich möchte noch einmal deutlich unterstreichen: Ein zentrales Wirtschaftsarchiv, das im Wesentlichen auch Archivalien aus der **Privatwirtschaft** aufbewahren und zur Verfügung stellen soll, wird nach demselben Prinzip geführt werden müssen wie jedes andere Archiv, das privates Material aufnimmt. Das Prinzip heißt: So viel Freiheit vom Staat wie möglich und gleichzeitig so viel fachliche Hilfestellung vom staatlichen Archivwesen wie nötig. Ohne dieses Prinzip glaube ich nicht, dass wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen können. Eines der zentralen Stichworte heißt natürlich Vertrauen. Diejenigen, die Archivmaterial aus privaten Beständen abgeben, müssen das Vertrauen haben, das dort, wo es aufbewahrt wird, vernünftig mit ihm umgegangen wird. Deshalb kann es nur unter Kooperation mit den Kammern, Verbänden, Unternehmensverbänden, privatwirtschaftlichen Einrichtungen und staatlichen Archiveinrichtungen gehen. Anders kann das meines Erachtens nicht funktionieren.

Frau Kollegin Spoorendonk, wir sollten unbedingt eine Beratung im Ausschuss durchführen und dort über die Frage nachdenken, was wir und die Landesregierung tun können, um das Stück Überzeugungsarbeit, dass ein Wirtschaftsarchiv und wirtschaftswissenschaftliche und historische Forschung auch für die Wirtschaft im Land einen großen Nutzen hat, zu leisten. Das muss kommuniziert und verbreitet werden; dafür braucht man Überzeugungsarbeit. Dabei wollen wir gern überlegen, was das Land Schleswig-Holstein dazu beitragen kann.

Ich glaube, man wird auch deutlich sagen müssen - damit komme ich zum Schluss -, dass es das berechtigte Interesse unserer Gesellschaft gibt, mehr über soziale und ökonomische Entwicklungen in unserer Region zu wissen. Dieser nachvollziehbare Wunsch beinhaltet auch, dass die ökonomisch prägende Privatwirtschaft im Land natürlich kein geschichts- und gesichtsloser Teil unserer Historie sein darf. In diesem Sinne wollen wir gern mit viel Realitätssinn, was die Realisierungschance angeht, im Ausschuss weiter beraten. Ich denke, wir sollten den Antrag nicht nur an den Bildungs-, sondern auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Dort können wir die Dinge im Detail weiter vertiefen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anke Spoorendonk [SSW]: Das stimmt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Die CDU-Landtagsfraktion wird der Prüfung des Vorhabens der Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs zustimmen. Ich glaube, das ist wichtig.

Herr Weber, Sie haben schon sehr ausführlich dargestellt, was man alles machen könnte. Aber erst einmal lasst uns prüfen, wie weit das überhaupt geht. Wir gestehen, wir fänden es ganz gut, so etwas zu haben - „nice to have“, wie man neudeutsch so gern sagt -, aber die Folgen daraus, die wollen wir genau gewichtet sehen, bevor wir darüber entscheiden. Denn die Einrichtung verursacht naturgemäß enorme Belastungen, wenn so etwas nicht historisch gewachsen ist, wie man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg festgestellt hat.

Wir können uns das Vorhaben nur auf der Basis der Freiwilligkeit der **Wirtschaft** und der einzelnen Betriebe vorstellen. Ebenso muss das Selbstbestimmungsrecht der Wirtschaft beachtet werden und - was heutzutage ganz wichtig ist - es muss geklärt werden: Was kostet das und wie sind die datenschutzrechtlichen Fragen zu sehen? Das spielt eine ganz erhebliche Rolle, denn alle Unterlagen einer Firma beinhalten natürlich auch immer etwas Spezifisches, der Firma Eigenes, bis hin zu **Firmengeheimnissen**. Wenn man etwas detailliert haben will, muss man so etwas ausschöpfen können.

(Jürgen Weber [SPD]: Das gilt für staatliche Akten genauso!)

Liebe Frau Spoorendonk, wenn Sie das Ansinnen haben, dass man zum Beispiel später einmal nachprüfen kann, wie die Strukturen der Arbeitnehmer gewesen sind, dass man untersucht, wie viel Fremdarbeiter oder Ausländer angestellt waren und ähnliche Dinge, dann müssen derart umfangreiche Statistiken erfasst werden, dass ich große Zweifel habe, ob das kostengünstig überhaupt machbar ist und auf der Basis der **Freiwilligkeit** geht. Aber lassen Sie uns das prüfen, dann können wir nachher darüber diskutieren.

Ganz wichtig ist, dass das in das **Landesarchiv** eingebunden wird, damit man die entsprechende Infrastruktur hat. Das halten wir für richtig und so sollte es dann auch sein.

Über die Einrichtung eines Archivs ist schon früher diskutiert worden. Es ist dann immer wieder zu den Akten gelegt worden. Es gibt bestimmte Problemstellungen bei den Städten, die Sie angesprochen haben, zum Beispiel in Flensburg und in Lübeck, wo das traditionsreiche „lübische Archiv“ schon seit vielen Jahrhunderten - hätte ich beinahe gesagt - existiert, die

(Uwe Eichelberg)

darauf gründen, ob man diese Dinge an zentrale Stellen abgeben kann. Man muss überprüfen, ob man das mit den modernen Kommunikationsmitteln miteinander verbinden kann. Wir stehen dem Ganzen offen gegenüber. Wir warten voll Spannung auf die Prüfung und werden das intensiv prüfen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Wir werden es danach intensiv diskutieren. Wenn wir das realisieren könnten, es kostet nicht zu viel und alle ziehen an einem Strang - wir wollen uns mit bemühen -, dann wäre das der richtige Weg.

(Beifall bei CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, wir werden uns einer Prüfung im Ausschuss natürlich überhaupt nicht entziehen. Das ist klar. Ich möchte hier heute aber auch schon sagen, dass wir dem ganzen Vorhaben außerordentlich skeptisch gegenüberstehen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu den anderen Ländern, die Sie genannt haben, haben wir hier in Kiel direkt um die Ecke - ich empfehle, dort einmal hinzugehen - das **Institut für Weltwirtschaft** mit einem **Zentralarchiv für wirtschaftswissenschaftliche Fragen**. Wir haben dort natürlich auch ein zentrales Wirtschaftsarchiv, das zwar nicht - um das ganz klar zu sagen - auf Schleswig-Holstein bezogen ist, aber natürlich auch Schleswig-Holstein beinhaltet. Dies ist der erste Punkt.

Ein anderer Punkt ist, wie ich glaube, inzwischen viel Wesentlicher geworden. Ich weiß nicht, ob Sie gestern gelesen haben - offensichtlich haben Sie dies nicht getan -, dass jetzt auch für Schleswig-Holstein eine zentrale Möglichkeit der Internetnutzung gerade auch für wirtschaftsgeschichtliche Fragen eingerichtet worden ist. Dort kann sich jeder einklinken, dort kann jeder seine Informationen hineingeben und dort können Informationen auch abgerufen werden.

Sie alle haben betont, dass wir über dieses Archiv bereits über 20 Jahre lang sprechen. Möglicherweise - ich gebe dies zu bedenken - ist die Zeit dafür, ein solches zentrales Archiv, wie Sie es fordern, Frau Kollegin, einzurichten, inzwischen einfach abgelaufen und

ein solches Institut ist aufgrund der neuen Möglichkeiten überflüssig geworden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie schütteln den Kopf.

Ich meine, wir sollen über dieses Thema - deswegen werden wir uns einer Ausschussüberweisung natürlich nicht verschließen - im Ausschuss diskutieren. Über eines müssen wir uns klar sein: Wir haben hier in Schleswig-Holstein - darüber sprechen wir immer wieder - Geld dafür nicht übrig,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um es möglicherweise einer Institution zukommen zu lassen, die aus unserer Sicht - dies gilt zumindest aus heutiger Perspektive - eventuell überflüssig ist. Frau Kollegin, ich habe gerade vorgestern gehört, dass die Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit einem schleswig-holsteinischen Verlag bereit sind, ein solches **zentrales Wirtschaftsarchiv**, wie Sie es fordern, freiwillig auf **privater Basis** einzurichten. Wenn sich dies bestätigt - man kann in dieser Hinsicht ja noch einmal nachfragen -, ist die Frage der Überflüssigkeit in unserem Sinne, wie ich denke, positiv beantwortet. Selbstverständlich werden wir der Ausschussüberweisung trotzdem zustimmen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal sind die Beiträge der F.D.P. wirklich Gold wert. Vielen Dank, Frau Aschmoneit-Lücke.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Meine Fraktion hat sich bewusst dafür entschieden, dass ich als finanzpolitische Sprecherin zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehme. Wir alle diskutieren das ganze Jahr über eigentlich immer darüber, wie wir Strukturen in Schleswig-Holstein abbauen können. Dies ist nun - nach dem Antrag betreffend den Aufbau eines Hauses der Geschichte - der zweite Antrag, der sich damit beschäftigt, wie wir neue Strukturen aufbauen können. Die CDU sagt ganz locker:

(Monika Heinold)

Wenn es nicht viel kostet, kann man über ein solches Projekt einmal nachdenken.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das haben wir nicht gesagt! Wir haben gesagt: Prüfen!)

- Sie haben gesagt: Wenn es nicht so viel kostet, kann man das prüfen. - Wir lassen das einmal so stehen.

Ich habe natürlich überhaupt nichts gegen eine Ausschussberatung. Ich finde, dass die Ausschüsse immer qualifiziert beraten sollten. Das Thema ist unstrittig wichtig. Der Beitrag von Frau Aschmoneit-Lücke hat auch gezeigt, dass wir Ansatzpunkte haben. Das **Weltwirtschaftsinstitut** wird aus Landesmitteln sehr stark unterstützt. Man kann hinterfragen, ob das, was dieses Institut tut, richtig ist und ob dort zum Beispiel in freiwilliger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, wie es hier gesagt wurde, nicht noch weitere Strukturen aufgebaut werden könnten.

Wir sind damit einverstanden, dass die Vorlage in den Bildungs- und den Wirtschaftsausschuss geht. Wir möchten aber darum bitten, dass auch der Finanzausschuss beteiligt wird. Sollte es uns in der Debatte gelingen, die Wirtschaft zu motivieren, ein solches Wirtschaftsarchiv - vielleicht auch mit Hilfestellung aus den zuständigen Ministerien - aufzubauen, so ist das in Ordnung. Ich sage aber noch einmal: Mir ist sehr daran gelegen, dass wir im Land Strukturen abbauen, damit wir überhaupt wieder handlungsfähig werden. Ich will das an dieser Stelle ehrlich und sehr deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weber zu einem „Kürzestbeitrag“ das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss doch die Gelegenheit nutzen, Frau Heinold in diesem Punkt heftig zu widersprechen. Ich finde es verwunderlich, dass eine solche Admonition interessanterweise immer bei kulturpolitischen Themen kommt. Bei anderen Themen könnte man genauso argumentieren. Es geht gar nicht um den Aufbau neuer Strukturen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wir sammeln akribisch - ich habe noch keinen gehört, der sagte, wir sollten dies nicht tun - die Überlieferungen von staatlichen Einrichtungen - von Ämtern, von Städten, von Kommunen - und auch sehr viele private Nachlässe. Es geht doch nur darum, durch Überzeu-

gungsarbeit - wo und in welcher Form auch immer - sicherzustellen, dass ein wesentlicher Teil unseres Miteinanders, nämlich das, was in **privatwirtschaftlichen Unternehmen** und Betrieben passiert, auch der historischen Überlieferung zur Verfügung zu stellen. Um mehr geht es gar nicht. Die Förderung dieses Anliegens kann man nicht mit einem Federstrich oder mit einem Hinweis auf Finanzen abtun. Es geht gar nicht darum, neue Kostenstrukturen aufzubauen, sondern darum, dafür Sorge zu tragen, dass die Möglichkeiten der **Archivierung**, die wir schon haben, auf **freiwilliger Basis** - dies haben wir alle deutlich unterstrichen - auch auf den Bereich der Privatwirtschaft ausgeweitet werden. Dies sollte, wie ich meine, hier noch einmal sehr deutlich formuliert werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt erteile ich der Ministerin Frau Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Abgeordneten Weber sehr dankbar dafür, dass er noch einmal klargestellt hat, dass es nicht darum gehen kann, quasi nach der Rasenmähermethode Strukturen abzubauen. Dafür steht diese Landesregierung jedenfalls nicht zur Verfügung.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist auch nicht die Intention des Antrages!)

Es geht darum, Prioritäten zu setzen. Man kann darüber streiten, ob dieses Vorhaben zu den Prioritäten gehört. Man kann es jedenfalls nicht in den Kontext stellen: Wir wollen Strukturen abbauen; auf keinen Fall wollen wir neue Strukturen. - Dies würde ich nicht für eine angemessene Reaktion auf diesen Antrag halten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich kann Sie, wenn es um andere Strukturen geht, gelegentlich ebenfalls an diesen Aspekt erinnern.

Durch den Antrag des SSW wird eine Diskussion wieder aufgenommen - das wurde schon gesagt -, die bereits Mitte der 80er-Jahre im Lande geführt wurde, als einige Wirtschafts- und Sozialhistoriker in Fachpublikationen eine solche Diskussion führten. Die Diskussion hat dazu geführt, dass die **Industrie- und Handelskammern** mittels eines Aufrufes an alle Betriebe die Bereitschaft eruiert haben, ob die Betriebe ihr Material für die Gründung eines **Wirtschaftsarchivs** zur Verfügung stellen würden. Die Resonanz war aus sehr unterschiedlichen Gründen mager. Einige **Betriebe** hatten ihre **Aktenbestände** nämlich schon an städtische Archive abgegeben.

(Ministerin Heide Moser)

Der vorliegende Antrag gibt uns Gelegenheit, den Faden wieder aufzunehmen. Von unserer Seite aus sind dabei aber von vornherein folgende Gesichtspunkte zu beachten.

Erstens. Der Wunsch und die Bereitschaft, ein Wirtschaftsarchiv einzurichten, muss von einer **stabilen Basis** getragen werden, das heißt, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmensverbände, Sparkassen, Banken und Versicherungen, um nur einige Beispiele zu nennen, müssen zur Kooperation bereit sein und sich dazu auch bereit erklären. Es muss also eine Verbindlichkeit gegeben sein. Selbstverständlich kann das Vorhaben nur auf der Basis der **Freiwilligkeit** umgesetzt werden. Wir wollen die Unternehmen nicht zwingen, ihre Bestände einem Archiv zu überstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Zweitens. Bei der Einrichtung und Führung eines Wirtschaftsarchivs kann das Land nur beratend tätig sein. Dies sei zu Ihrer Beruhigung gesagt, Frau Heinold. Wir wollen und können die Gründer, Träger und Betreiber nicht aus ihrer Eigenverantwortung entlassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die beiden soeben genannten Punkte korrespondieren insofern miteinander.

Drittens. Das Zusammenwirken von **Wirtschaftsarchiv** und **abgebenden Unternehmen** - Firmen, Gesellschaften, Vereinen - muss auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gegründet sein. Das hat Herr Weber bereits gesagt. Dies ist ein entscheidender Punkt für das Funktionieren.

Viertens. Über technische Hilfen, Raumkapazitäten und fachliche Beratung kann mit den Archiveinrichtungen des Landes gesprochen werden. Gleichzeitig sind damit aber auch die Grenzen einer möglichen Mitwirkung beschrieben. Über all diese Dinge wird mit den Beteiligten ausführlich zu reden sein. Der Wert einer zentralen, wissenschaftlichen arbeitenden Auffangstelle für Archivalien aus der Wirtschaft ist sicherlich unstrittig. Frau Aschmoneit-Lücke, es ist etwas ganz anderes, ob Sie ein wissenschaftlich geführtes Archiv haben oder eine Internetplattform, auf der man natürlich auch Informationen anbieten und nutzen kann.

Die Entwicklung von Industrie und Gewerbe, wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen und die damit verbundenen sozialen Veränderungen, Konkurrenz, Fusionen, Konzentrationen, all diese Faktoren haben immer sehr weit reichende und lebensbestim-

mende Auswirkungen auf die Menschen gehabt. Deshalb ist es aus historischer Sicht ein ganz wichtiges Thema zu erörtern, ob wir diese Daten nicht gezielter nutzbar machen sollten.

Es käme sicherlich ein guter Beitrag dabei heraus, die Kenntnisse über die Geschichte unseres Landes zu vertiefen und Daten für neue Fragestellungen nicht nur für Historiker, sondern auch für **Wirtschaftshistoriker** zur Verfügung zu haben. Es ist - so meine ich - kein Wirtschaftsarchiv, mit dem man wirtschaftswissenschaftliche Themen bearbeiten kann. Es ist ein historisches Archiv. So jedenfalls habe ich die Antragsteller verstanden.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Völlig richtig!
Genau! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur noch eine Bemerkung! Ich habe in meiner Rede eigentlich alles gesagt, was ich im Moment dazu sagen möchte. Ich möchte aber noch einmal auf etwas aufmerksam machen. Wir haben heute schon einmal ein Kulturthema debattiert. Da sagte ich ganz bewusst, **Kulturthemen** werden eher auf der **Regierungsebene** als auf der **parlamentarischen Ebene** abgearbeitet. Ich finde, dieses Thema muss auch im parlamentarischen Raum abgearbeitet werden. Darum haben wir diesen Antrag auf Erteilung eines Prüfauftrags gestellt. Es ist ein Prüfauftrag. Ich bin mir sehr wohl bewusst, welche Schwierigkeiten sich daraus ergeben. Aber wir als Gesellschaft haben ein Interesse daran, sozialpolitische, wirtschaftspolitische Themen mitbearbeiten zu können. Archive - ich sage es noch einmal - sind Gedächtnis des Landes. Darum unsere Initiative.

Ich erinnere noch einmal daran, dass wir uns überflüssig machen, wenn wir nicht daran denken, solche Themen auch im parlamentarischen Raum zu debattieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, diesen Antrag federführend dem Fachausschuss, dem

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Bildungsausschuss, mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Finanzausschuss!)

- Es soll auch noch, so ist beantragt, Mitberatung im Finanzausschuss erfolgen. Wer diesem Verfahren zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/718

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann kann ich die Aussprache eröffnen. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

Joachim Behm [F.D.P.]:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen! Meine Herren! Zunächst das Positive zum Thema Ostsee. Am 6. Februar diesen Jahres berichtete die Presse über die gute Entwicklung der **Wasserqualität** in der Ostsee.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Deutliche Steigerungen im Sauerstoffgehalt und auch merkliche Minderungen im Schadstoffeintrag wurden gemeldet. Ganz ohne Frage ist dies auch auf die Bemühungen der Ostseeanrainerstaaten zurückzuführen, ihre Abwässer nur noch geklärt in die Oberflächengewässer und somit in die Ostsee abzuleiten. Obwohl die Russische Föderation weiterhin noch sehr hinter der Entwicklung hinterherhinkt und weiterhin in großem Maßstab ungeklärte Abwässer in die Ostsee einleitet, ist diese erfreuliche Entwicklung eingetreten. Insgesamt gesehen sind wir also auf dem richtigen Weg, die Ostsee wieder in ein ökologisches Gleichgewicht zu bringen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.] und Rolf Fischer [SPD])

Dennoch droht ein erneuert Rückschlag, von dem insbesondere die Küsten der westlichen Ostsee bedroht sind. Die Landespresse berichtete am 3. Februar diesen Jahres über die Zunahme der **Großschifffahrt** in der **Ostsee**, insbesondere über den ständig ansteigenden Anteil von Tankern, die die Routen von St. Petersburg und den Baltischen Staaten im Auftrag des russischen Ölexportes in Richtung Westen befahren.

Über Einzelheiten berichteten die „Kieler Nachrichten“ an diesem Tage. Danach erreichen inzwischen auch namentlich bekannte **Tankschiffe**, die diese

Route befahren, in beladenem Zustand einen Tiefgang von zirka 14 bis zum Teil 16 m. Eine sehr kritische Zahl, weil ostwärts der Insel Fehmarn, südlich der dänischen Insel Falster von diesen Schiffen die Kadettrinne durchfahren werden muss!

Die Kadettrinne ist ein Gewässer mit einer zum Teil nur 16 m betragenden Tiefe. Dazu weist diese Fahrrinne nur eine geringe Breite auf. Bei widrigen Winden oder nur geringfügig sich ergebenden Tiefenschwankungen ist die große Ölkatastrophe in unseren Ostseeküstengewässern vorprogrammiert, wenn einer dieser bis an den Rand beladenen Tanker auf Grund läuft.

Seit der „Pallas“-Katastrophe ist ein Handlungsbedarf auch für die Ostseeküste bekannt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch wurde im „Pallas“-Untersuchungsausschuss deutlich, dass in **küstennahen Gewässern** nicht ganz sicher ist, wer für **Vorsorgemaßnahmen** zuständig ist. Sicher ist aber unsere Betroffenheit, falls es in der westlichen Ostsee je zu einer Tankerhavarie kommt.

Seit 1990 liefen dort 16 Schiffe auf Grund. Deshalb gilt es nun, sehr schnell mit unseren befreundeten Ländern rund um die Ostsee, insbesondere mit Dänemark, Vorsorge zu treffen. Soweit es die Zuständigkeit des Bundes betrifft, mahnen wir dessen Handeln mit Nachdruck an.

Tiefen- und Beladungsgrenzen für die Großschifffahrt, eine sorgfältige Betonung und Lotsenzwang sind sehr schnell in den Vorsorgekatalog aufzunehmen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Überwachungs-, Kontroll- und Informationssystem ist für die Zukunft sicher unverzichtbar. Schifffahrtsexperten fordern eine generelle Lotsenpflicht für die westliche Ostsee. Freiwillig kann dieser Lotsendienst - so lautet die Presseinformation - schon jetzt in Anspruch genommen werden. Aber welchen Wert hat Freiwilligkeit, wenn die Finanzmittel knapp sind und der Frachtverkehr nur geringe Gewinnspannen ermöglicht?

Die F.D.P. verweist auf den Verkehrssicherheitstag in Goslar vom 24. bis zum 26. Januar diesen Jahres, wo unter der Leitung des Präsidenten des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, Professor Ehlers, das Thema „Vorsorge gegen Schiffsunfälle im Küstenvorfeld“ behandelt wurde.

Die Landesregierung wird aufgefordert, über den Stand der Gefahrenabwehr, insbesondere für den Be-

(Joachim Behm)

reich der westlichen Ostsee, zu berichten und daraus folgernd umgehend zu handeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich Besucherinnen und Besucher. Auf der Tribüne haben zwischenzeitlich Jurastudentinnen und Jurastudenten der Universität Kiel Platz genommen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Die **Sicherheit in der Ostsee** hängt nicht nur vom Zustand und der Überwachung dieses Gewässers ab, sondern auch von der Dichte des Schiffsverkehrs und der Sicherheit der Betriebe einzelner Schiffe.

(Heinz Maurus [CDU]: Richtig!)

Die Seeschifffahrt ist seit jeher im doppelten Sinn international. Die Schiffe der Schifffahrtsnationen verkehren weltweit. In der Ostsee verkehren Schiffe vieler Schifffahrtsnationen.

Die Möglichkeiten der Küstenstaaten, eigene Umweltschutz- oder Befahrensregelungen gegen ausländische Schiffe in ihren Gewässern durchzusetzen, wird durch **internationales Recht** eingeschränkt. Selbst in ihrem Küstenmeer innerhalb der 12-sm-Grenze dürfen Küstenstaaten das Recht der reinen Durchfahrt nicht beschränken. Innerhalb der bis zu 200 sm vor die Küste rückenden außerordentlichen Wirtschaftszone können sie nur Regelungen erlassen, die von der International Maritime Organisation - IMO -, einer Organisation der Vereinten Nationen, anerkannt werden.

Das deutsche Schiffssicherheitsgesetz beschränkt sich im Kern darauf, formalrechtlich eine einheitliche und wirksame Durchführung der internationalen **Schiffssicherheitsregelungen der IMO** als innerstaatlich geltendes Völkerrecht zu gewährleisten.

Als eine der größten Handelsnationen hat die Bundesrepublik und das Land Schleswig-Holstein mit besonders sensiblen Küsten ein ausgeprägtes Interesse an einer sicheren Schifffahrt. Die Bundesregierung - und dies ist im Sinne des Landes Schleswig-Holstein - muss deshalb in der IMO eine führende Position bei der Gestaltung der Sicherheitsvorschriften und ihrer Umsetzungsinstrumente einnehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Die Ostsee ist in jüngster Zeit von Schiffskatastrophen verschont geblieben. In den vergangenen Jahren verliefen alle Havarien glücklicherweise glimpflich. Nicht auszudenken wäre es, wenn bei der letzten Kollision eines in Ballast fahrenden Erzfrachters und eines in Ballast fahrenden Tankers dieser voll beladen gewesen wäre. Die Folge wäre bei Beschädigung eines Tanks das Auslaufen von großen Mengen Gas beziehungsweise Schweröl und somit eine ökologisch wie ökonomisch verheerende Ölkatastrophe.

(Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Je nach Windrichtung wäre mindestens ein Ostseeanliegerstaat betroffen. Dies zeigt, dass auch innerhalb der **Ostseekooperation** die Zusammenarbeit in der **Schiffssicherheit** verstärkt werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Der überwiegende Teil der Im- und Exporte der Ostseeanlieger wird auf dem Seeweg von und zu den Ostseehäfen transportiert. Dies ist ganz in unserem Sinne, denn auch in diesem hohen Hause gilt „from road to sea“. Viele Hafenstädte der östlichen Ostsee erhöhen ihre Umschlagskapazitäten. In der Folge steuern zunehmend größere Schiffe diese Häfen an. Das Risiko wächst täglich.

Im Schnitt befahren zurzeit etwa drei bis vier große Tanker sowie fünf große Massengutfrachter täglich die Kadetrinne beziehungsweise bis zu 40.000 Schiffe sind in diesem Seegebiet jährlich unterwegs. Der Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes ist dieses zunehmende Problem bekannt. Aber bei der Kadetrinne handelt es sich um ein Grenzgebiet zwischen Dänemark und Deutschland. Für alle Maßnahmen wie zum Beispiel der Lotsenpflicht für Tanker oder der Radarüberwachung ist zunächst die Zustimmung Dänemarks erforderlich. Dazu müssen auch noch die **Gremien** der EU sowie der IMO zustimmen. Bei diesen Verhandlungen auf **internationaler Ebene** sitzt die Tankerlobby aus Griechenland und Zypern mit am Tisch. Sie alle hier in diesem hohen Hause können sich vorstellen, wie lange diese Verhandlungen dauern werden.

Die Verbesserung der Betonung sowie die bestehenden Seezeichen in der Kadetrinne sind durchgeführt worden. Trotzdem werden diese Maßnahmen nicht ausreichend zu Erfolg führen, solange Schiffe aus Billigflaggenstaaten mit einer nautischen Crew zur Befahrung der Kadetrinne den so genannten Shell

(Wilhelm-Karl Malerius)

Atlas und nicht die neuesten zugelassenen Seekarten benutzen.

(Heinz Maurus [CDU]: Richtig! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Forderung nach einer gut ausgebildeten Crew auf allen Schiffen muss oberste Priorität haben. Die weltweite Einführung des AIS - Automatic Identification System - ab dem Jahr 2002 wird zu entscheidend mehr Sicherheit im Schiffsverkehr führen. Durch das AIS ist der Standort eines Schiffes zu jeder Zeit erkennbar, der Name des Schiffes, der Tiefgang, die Länge und Breite, die Art der Ladung sowie der Bestimmungshafen jederzeit abrufbar.

Oberstes **Ziel der Sicherung der Verkehrswege** ist die Gewährleistung der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs. Dazu gehört eine effektive Verkehrsüberwachung und -lenkung, besonders in engen und dicht befahrenen Rinnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, rechtzeitig zur Einführung des AIS alle erforderlichen Baumaßnahmen, das entsprechend geschulte Personal sowie alle dafür notwendigen Gerätschaften und Programme zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Joachim Behm [F.D.P.])

Darüber hinaus sind aber auch Vorkehrungen für den Eintritt von Unfällen zu treffen, um Schäden für Menschen und die Umwelt zu vermeiden beziehungsweise zu begrenzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bitte kommen Sie zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Die Landesregierung kann und muss dies sowie eine schnelle Durchführung der erforderlichen Maßnahmen vom Bund fordern. Wir alle in diesem hohen Haus sollten sie dabei nach allen Kräften unterstützen. Die SPD-Landtagsfraktion wird dem Berichts Antrag zustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt die Initiative der F.D.P.-Fraktion, mittels des vorliegenden Antrags die Landesregierung aufzufordern, über den Stand der Sicher-

heitsmaßnahmen gegen Schiffsunfälle in der westlichen Ostsee und die Maßnahmen gegen die Folgen solcher Unfälle zu berichten.

Mehr als zwei Jahre nach der Havarie der „Pallas“ besteht Anlass, Bilanz zu ziehen, ob **Konsequenzen** im Hinblick auf **mögliche Schiffsunfälle**, gerade auch in der westlichen Ostsee, in ausreichendem Maße gezogen worden sind.

Der Kollege Steenblock, der ja Erfahrungen mit Schiffshavarien hat, hat in der Sitzung des Landtages am 28. September 2000 erklärt, er habe sich einmal mit der Situation der Ostsee beschäftigt, mit den Fragen der Schiffsicherheit, der Radarüberwachung und der Luftüberwachung. Er hat das Fazit gezogen, man könne nur beten, dass in diesem Bereich nichts passieren. Es sei ein noch viel schlimmeres Loch vorhanden, was die **Kooperationsfähigkeit der Ostseeanrainerstaaten** gerade in Bezug auf Schiffsicherheit und Ölbekämpfung angeht. Wenn diese Bewertung richtig ist - und ich habe keinen gegenteiligen Hinweis -, dann muss ein Bericht der Landesregierung auch deutlich machen, warum die vergangenen nahezu zweieinhalb Jahre nicht genutzt wurden, um die Schwachstellen im Bereich der Ostsee zu schließen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dazu wird mit Sicherheit auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung gehören, die zwar zügig eine unabhängige Expertenkommission „Havarie Pallas“ eingesetzt hatte, deren Empfehlungen aber nahezu ignoriert hat. Von dem in dem Bericht der Expertenkommission am 16. Februar 2000 insgesamt 30 unterbreiteten Empfehlungen wurden gerade zwei zügig verwirklicht. Auch der von der **Bundesregierung** am 21. Juli 2000 vorgelegte Entwurf eines **Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes** enttäuscht. Wer von diesem Gesetz eine Modernisierung bei der Vermeidung von Havarien und des Havarie-Managements erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Schwerpunkte des Gesetzentwurfes liegen ganz anders, nämlich darin, die Untersuchung von Seeunfällen aus der öffentlichen Beobachtung zu nehmen. Das ist ein katastrophaler Fehler.

(Heinz Maurus [CDU]: Skandal!)

Es ist jedoch keineswegs so, dass die Organisations- und Informationsstrukturen und die personelle wie technische Ausstattung zur Vermeidung und zum Management von Havarien auf See völlig ausreichend wären. Der Bericht der unabhängigen Expertenkommission, aber auch der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses unseres Landtages weisen ein erhebliches Optimierungspotenzial zur **Fortentwicklung der maritimen Notfallvorsorge** auf, so-

(Thorsten Geißler)

wohl im Bereich des Bundes als auch bei den Küstenländern wie auch im internationalen Bereich.

Es gibt Mängel in der Notschleppkapazität sowie Fragen zur Sicherheit des Schiffsbetriebs. Die Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten sind teilweise ergänzungsbedürftig. Veränderungen bei Seeunfalluntersuchungen und Flaggenstaataufgaben sind erforderlich. Entscheidungsstrukturen müssen gestrafft, Haftungs- und Versicherungsfragen geklärt werden. Es gibt umweltpolitische Fragestellungen. Letztlich sind Technik, Meldewesen und Ausbildung zu überprüfen. Wir erwarten von der Bundesregierung, aber auch von der Landesregierung, dass ein überarbeitetes **Sicherheits- und Notfallkonzept für Nord- und Ostsee** auf der Grundlage der entsprechenden Empfehlungen der Expertenkommission vorgelegt wird.

Handlungsbedarf ist gegeben. Wir alle freuen uns darüber, wenn der Umschlag in unseren Häfen wächst und der Fährverkehr zunimmt. Aber die Zunahme des Schiffsverkehrs birgt natürlich auch Risiken, denen präventiv entgegengewirkt werden muss. Die Entwicklung im Schiffsverkehr geht in Richtung Großcontainerschiffe, Großfähren und Großtanker, die mit bis zu 120.000 tdw in die Ostsee einlaufen sowie Passagierschiffe mit 2.000 bis 5.000 Personen an Bord. Auf unzähligen mittleren Spezialschiffen bis zur Größe von 30.000 tdw wird Gefahrgut transportiert. Allein in der Kadetrinne werden jährlich 55.000 Schiffsbewegungen registriert. Dabei werden rund 80 Millionen t Öl oder Ölprodukte durch das flache und schwierig zu fahrende Gewässer geschifft. In der Kieler Bucht sind es etwa halb so viel. Da die Ostsee ihr Wasser unter anderem mangels Gezeiten nur alle 25 Jahre erneuert, würde schon eine kleine Tankerhavarie eine Riesenkatastrophe für die Küste darstellen.

Es geht nicht darum, Schreckensbilder zu malen, aber Fragen müssen gestellt und beantwortet werden. Wie können Katastrophen wie dem „Pallas“-Unglück oder der „Estonia“-Havarie vorgebeugt werden? Wie kann Ölhavarien vor der deutschen Küste vorgebeugt werden? Wie kann Explosionen von Gefahrgütern auf Fähren begegnet werden? Welche Möglichkeiten bestehen, in großem Umfang Evakuierungen von Fähr- oder Passagierschiffen im Havariefall vorzunehmen? Dazu muss der angeforderte Bericht Stellung nehmen. Übrigens gilt auch hier der Grundsatz, dass **Präventionsmaßnahmen** billiger als die **Beseitigung von Schäden** sind. Eine Verbreiterung der Fahrtrinne zwischen Rostock und dem dänischen Gedser würde etwa 3 Millionen bis 4 Millionen DM kosten. Dieser Betrag nimmt sich gegenüber den 30 Millionen DM, die bei der „Pallas“-Havarie als Folgekosten entstanden sind, doch recht bescheiden aus.

Im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 30. Dezember 1999 heißt es völlig zu Recht:

„Schiffshavarien führen in aller Regel zu sich überlagernden Ereignisabläufen. Dies fordert ein fachlich interdisziplinäres und mit kurzen Entscheidungswegen ausgestattetes Unfallmanagement. Zeitversäumnisse in der Anfangsphase führen zu einer unbeherrschbaren, in die Katastrophe führenden Eigendynamik von Havarien. Deshalb muss das Unfallmanagement kurzfristig verfügbar und handlungsfähig sein sowie uneingeschränkt über die erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen des Bundes und der Küstenländer verfügen.“

Wir erwarten von der Landesregierung eine ungeschminkte Bestandsaufnahme und konkrete Zeitpläne für vorzunehmende Verbesserungen. Da Schwachstellenanalysen und auch konkrete Vorschläge von Expertenkommissionen längst vorliegen, steht einer zügigen Erarbeitung des Berichts nichts entgegen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt hat das Wort die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P.-Fraktion beantragt heute einen Bericht der Landesregierung von Schleswig-Holstein zur Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee. Dafür ist ihr zu danken, denn wir können natürlich aus den verschiedenen Gefahrensituationen, die wir in der Zwischenzeit leider zur Kenntnis nehmen mussten - der heutige Zeitungsartikel der „Kieler Nachrichten“ weist darauf noch einmal deutlich hin, Herr Behm hat das hier zitiert -, entnehmen, wie wichtig das ist.

Als eine Lehre aus dem „Pallas“-Unglück wurden die Strukturen für das **Unfall- und Katastrophenmanagement** für die Nord- und die Ostsee verbessert. Mit der dänischen Regierung konnte seitens der Landesregierung eine Vereinbarung getroffen werden, mit der eine bessere gegenseitige Information sichergestellt werden kann. Erste wichtige Teilschritte zur Straffung der Entscheidungsstrukturen, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbesserung der Feuerlöschfähigkeiten hat die Landesregierung eingeleitet beziehungsweise umgesetzt. So viel zu dem, was die Landesregierung unmittelbar tun konnte.

(Irene Fröhlich)

Wir begrüßen die Initiativen der **Umweltministerkonferenz** der norddeutschen Länder zur Neuorganisation des Unfallmanagements bei den Ländern und beim Bund und zur Verbesserung der **Schiffssicherheit** im Bereich des Tankschiffsverkehrs bei der Europäischen Union.

Es ist aber nicht zu verkennen, dass die Mühlen der Regierung beziehungsweise der Verwaltung langsam arbeiten, viel langsamer, als uns das lieb sein kann. Tatsächlich kann man nur dankbar sein, dass bisher bei den verschiedenen kritischen Situationen oder auch Zusammenstößen, wie erst kürzlich beim Zusammenstoß eines Massengutfrachters mit einem Tankschiff, nicht mehr passiert ist. Tatsächlich haben wir ja einige Tage den Atem angehalten und uns gefragt, ob Öl ausläuft oder nicht. Wir haben in der **Ostsee** einfach Glück gehabt, was möglicherweise auch mit der besonderen Situation in der Ostsee zu tun hat. Ich weiß es gar nicht genau. Das müsste sicherlich auch noch mitgeteilt werden. Bei der „Pallas“ hat ja die Sturmsituation eine besondere Rolle gespielt und zum Glück ist kein Katastrophenfall eingetreten.

Diese Mühlen mahlen also langsam. Darum ist es auch wichtig, dass wir uns an dieser Stelle im Schleswig-Holsteinischen Landtag einig sind. Das gilt besonders dann, wenn die Innenministerien und die Umweltministerien von fünf Küstenländern und des Bundes sowie das Bundesverkehrsministerium, das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Verteidigungsministerium sowie zahlreiche Bundes- und Landesbehörden beteiligt sind, die alle ihre eigenen Interessen, Bedenken und Befindlichkeiten haben und in diesen Prozess einbringen. Umso wichtiger ist es, dass wir an dieser Stelle mit einer Stimme sprechen können.

Wir Grünen setzen uns ein für eine Verkehrsverlagerung „from road to sea“. Deshalb haben wir auch ein besonderes Interesse daran, dass das umweltverträglichste Güterverkehrsmittel, der Schiffsverkehr, einen hohen Sicherheitsstandard aufweist und dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Bezüglich der **Nordsee** unterstützen wir den eingeleiteten Prozess zur Bildung einer **Küstenwache**, einer Führungseinheit in diesem Rahmen, die ständig einsatzbereit ist, und zur Bildung eines Havariekommandos, das im Notfall die gesamte operative Leitung übernimmt. Die Vorschläge der Grobecker-Kommission sind erste Schritte in die richtige Richtung. Ich hoffe, dass sie nun endlich zügig umgesetzt werden.

Im Bereich des Wattenmeerschutzes an der Nordsee hat es in der Diskussion einen neuen Aspekt gegeben. Ich meine die Forderung nach einer Particular Sensitive Sea Area - ich habe schon einmal darauf hingewiesen, abgekürzt **PSSA** -, also die Forderung nach

der Ausweisung des gesamten **Wattenmeeres** von Holland bis Esbjerg als „besonders empfindliches Meeresgebiet“. Eine solche Initiative bietet sich geradezu an, da die trilaterale Konferenz damit die Möglichkeit hätte, von sich aus einen weiteren Schritt voranzugehen.

Die Ausweisung eines solchen Gebietes nach internationalem Recht könnte eine Reihe von Punkten grenzüberschreitend regeln und hätte zugleich auch Verbindlichkeit außerhalb der nationalen Gewässer. Dazu liegt vom **WWF** jetzt ein ausgearbeiteter Vorschlag vor, der als Grundlage für die weitere Beratung auch in Bezug auf die Ostsee dienen kann.

Dazu gehört nämlich die Einrichtung einer Eingreif- und einer Überwachungszone außerhalb der eigentlichen Schutzzone, die Verlegung von Seeschiffstraßen weiter weg von der Küste, die Einrichtung einer gemeinsamen Zentrale für Havariefälle, die Ausweitung der Lotsenpflicht und der Begleitung durch Schlepper in kritischen Gewässern, um nur einige Forderungen zu nennen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aus meiner Sicht - und das würde dann auch in einem Bericht zu beantworten sein - werden wir sehen müssen, welche Punkte davon auch für den Bereich der westlichen Ostsee angemessen sind. Auf jeden Fall möchte ich auch erklärt haben - aber das geht eigentlich aus der Fragestellung des Antragstellers hervor -, ob zum Beispiel eine Vertiefung der Kadettrinne ohne Weiteres möglich ist, ohne das natürliche Gleichgewicht in der Ostsee massiv zu stören.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, Umweltthemen leiden immer darunter, dass sie aktuell sind, wenn eine Katastrophe passiert, und dass sie in der Folgezeit leicht wieder in Vergessenheit geraten. Unsere Aufgabe ist es, dies zu ändern. Deshalb betrachte ich es als ein gutes Zeichen, dass wir uns in dieser Hinsicht immer noch einig sind und gemeinsam unseren berechtigten Wünschen Nachdruck verleihen. Vielleicht wären wir schon ein gutes Stück weiter, wenn dieses auch schon zu Zeiten der alten schwarz-gelben Regierung so gewesen wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

(Irene Fröhlich)

Damals haben wir noch vergeblich den Einsatz der „Oceanic“ gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren schon wird über die **Schiffssicherheit** diskutiert. Letzter negativer Höhepunkt in dieser Angelegenheit war die Havarie und Strandung des Frachters „Pallas“. Hierzu hat es auch im Landtag mehrere ziemlich kontroverse Debatten gegeben.

Natürlich lässt sich die Gefahr einer Havarie oder einer Strandung von Schiffen nie ganz ausschließen. Das Zusammenspiel mehrerer Komponenten kann immer dazu beitragen, dass Schiffe unkontrollierbar werden und aus dem Ruder laufen. Ebenso wird es trotz EU-Sicherheitsregelungen immer wieder Schiffe geben, die auf europäische Gewässer losgelassen werden, obwohl sie besser im Hafen geblieben wären oder gar auf den Schrotthaufen gehören.

Doch das darf nicht dazu führen, dass wir tatenlos auf das nächste havarierte Schiff warten. Daher muss für unsere Küsten grundsätzlich das Vorsorgeprinzip gelten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es ist zu unruhig im Haus.

Lars Harms [SSW]:

Wir benötigen moderne Systeme, die es ermöglichen, Schiffe sicher durch unsere Gewässer zu lenken. In besonders schwierigen oder empfindlichen Meeresgebieten sollte daher auch eine **Lotsenpflicht** eingeführt werden. Für die **Nordsee** wird dies bereits intensiv diskutiert. Diese Überlegungen sollten wir auch auf die Ostsee erweitern.

Darüber hinaus sollte auch eine einheitliche Seeraumüberwachung der **Ostsee** in Zusammenarbeit mit den deutschen Küstenländern, Dänemark und auch Polen angestrebt werden. Ziel hierbei müsste aber sein, dass einheitliche technische Überwachungssysteme und einheitliche Kommandostrukturen vorgehalten werden. Voraussetzung hierfür ist eine einheitliche **Meldepflicht** für alle Schiffe im betreffenden Seeraum.

Die **Notfallversorgung** stellt ebenfalls einen wichtigen Punkt für mehr Schiffssicherheit dar. Wie in der

Nordsee muss auch in der Ostsee gegebenenfalls Schlepperkapazität vorgehalten werden. Da die Bundesregierung jedoch bisher noch nicht einmal entsprechende Forderungen für die besonders gefährdete Nordsee erfüllt hat - trotz „Pallas“-!, ist hier allerdings wenig zu erwarten.

Eine der Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Bergungsaktion ist allerdings auch, dass die Schiffe in der westlichen Ostsee mit entsprechenden Schleppvorrichtungen ausgerüstet sind. Hier fehlt es jedoch bisher an rechtlichen Voraussetzungen.

Den nächsten wichtigen Punkt stellt die Forderung nach einer **Küstenwache** dar. Sie ist hier auch schon mehrfach genannt worden. Bereits in meiner Kritik zum „Pallas“-Bericht habe ich gesagt, dass es wichtig ist, die einzelnen Behörden und Institutionen, die im Havariefall tätig werden sollen, zu einer Einheit zusammenzufassen. Kompetenzen und Zuständigkeiten müssen künftig eindeutig geregelt werden. Dies geht am besten in einer einheitlichen Küstenwache, auch wenn dies einen Staatsvertrag oder eine Grundgesetzänderung notwendig macht. Diese Küstenwache sollte nicht nur im Fall des Falles tätig sein, sondern eine ständig verfügbare Einheit sein, die den Seeraum ständig beobachtet und überwacht. Damit wären wir in der Lage, ständige Kontakte zu unseren Nachbarn aufzubauen, die im Ernstfall auch genutzt werden könnten.

Eine solche Küstenwache müsste nicht nur auf Havariefälle im Allgemeinen vorbereitet sein, sondern darüber hinaus auch Kompetenzen für **Ölbekämpfung** oder Schutz vor anderen Schadstoffen haben. Ich bin mir darüber im Klaren, dass eine derartige Küstenwache eine große nationale Aufgabe darstellt, doch als übergeordnetes Ziel sollte die Zusammenfassung von allen Einrichtungen des Bundes und der Länder zu einer Küstenwache bei entsprechender Kompetenzübertragung im Auge behalten werden.

Die „**Pallas**“-Havarie hat deutlich gezeigt, dass es wichtig ist, die derzeitigen Rechtsgrundlagen zu verbessern. So sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass Schlepper künftig schneller Zugriff haben können, ohne dass es finanzielle Nachteile für sie hat. Grundsätzlich müssen die Reeder für ihr Schiff haften. Die Errichtung eines Fonds, der in einer Übergangszeit für eventuelle Havarieschäden aufkommt, halte ich zumindest vorläufig für sinnvoll.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele nationale und internationale Änderungen und Maßnahmen sind notwendig, um künftig eine umfangreiche Schiffssicherheit zu gewährleisten. Der

(Lars Harms)

„Pallas“-Bericht hat jedoch deutlich gezeigt, wie schwer die Umsetzung solcher Maßnahmen ist. Trotzdem ist gerade die Schiffssicherheit an Nord- und Ostsee für Schleswig-Holstein ein enorm wichtiges Thema. Daher sind wir der F.D.P. für den Antrag dankbar. Allerdings müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir, wenn wir versuchen, einheitliche Lösung zu schaffen - dazu fordern wir auch wir die Landesregierung auf -, das sicherlich eine gewisse Zeit dauern wird.

(Beifall bei SSW, SPD und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist selbstverständlich gern bereit, den gewünschten Bericht zu geben, wenngleich sich das hohe Haus bereits im November 2000 mit dem Bericht des Innenministers „Konsequenzen aus der Havarie ‘Pallas’“ befasst hat und seitdem auch in den Ausschüssen des Landtages ausführlich mit der Verbesserung der **Sicherheitsmaßnahmen** im Havariefall beschäftigt, aber das Thema ist es allemal wert, gemeinsam weiter verfolgt zu werden.

Der Berichts Antrag enthält in seinen insgesamt neun Fragestellungen auch einige Gesichtspunkte, in denen nach dem Unfallrisiko in der gesamten westlichen Ostsee und den Gefahren für die schleswig-holsteinische Ostseeküste gefragt wird. Erst am vergangenen Freitag ereignete sich vor der Küste von Hiddensee eine Havarie. Speziell für diese Gefahrenstelle, die so genannte Kadettrinne, vor der Küste von Mecklenburg-Vorpommern gibt es vernünftige Vorschläge zur Verlängerung des Verkehrstrennungsgebiets, zur Einführung eines Lotsenzwangs, zur Radarüberwachung. Das alles sind Vorschläge, die vernünftig sind, die jetzt zügig geprüft werden müssen und schnell umgesetzt werden sollten.

Wir teilen die Sorge um die **Schiffssicherheit** auf der gesamten Route vom Großen Belt über den Fehmarnbelt und die Kadettrinne bis in die mittlere **Ostsee**. Da es sich teilweise um Bundeswasserstraßen handelt, teils um dänische Gewässer, werden wir für den Bericht die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord beziehungsweise den Bundesverkehrsminister um Angaben zum Unfallrisiko des internationalen Schiffsverkehrs bitten, während unser eigenes Landesumweltministerium Aussagen über Verschmutzungsrisiken für unsere Küsten zuliefern wird.

Die Fragen im Berichts Antrag nach zusätzlichen Maßnahmen und Kompetenzen der Landesregierung geben Gelegenheit, schon heute, aber auch im Bericht ausführlich über die Projektorganisation maritime Notfallvorsorge zu berichten, die seit Sommer 2000 beim Bundesverkehrsminister arbeitet. Die Fachleute aus den betroffenen Landesministerien Umwelt und Verkehr arbeiten dort aktiv mit. Die Projektorganisation bereitet die Umsetzung von rund 30 Empfehlungen aus der Grobecker-Kommission vor. Mehrere Maßnahmen - auch meines Erachtens zu wenig - sind bisher umgesetzt. Ich muss offen sagen: Auch mir und meinem Kollegen Klaus Buß geht das zu langsam. Wir werden den Druck verstärken müssen.

(Beifall im ganzen Haus)

In der außerordentlich schwierigen Kernfrage der Gründung eines Havariekommandos, das schnell handeln kann, und einer neuen einheitlichen See- oder **Küstenwache** gibt es zwar Zwischenschritte. Es besteht zwischen den Küstenländern und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung immerhin Einvernehmen über die Errichtung eines **Havariekommandos** für die Einsatzführung in komplexen Schadenslagen mit Zugriff auf alle Ressourcen der Schadensbekämpfung. Ein 24-stündig besetztes maritimes Lagezentrum für den Leiter des Havariekommandos hat im Wesentlichen die Aufgabe, die zur Verfügung stehenden Informationsquellen zu sichten und auszuwerten.

Schleswig-Holstein hat sich auf der letzten Sitzung der Projektlenkungsgruppe nochmals dafür ausgesprochen, umgehend die Voraussetzungen für eine schnelle Einrichtung eines solchen Havariekommandos zu schaffen. Der Bericht, den wir geben, kann den Druck in diese Richtung nochmals unterstützen, dass das so schnell wie möglich vollzogen wird.

(Beifall)

Über die von der Expertenkommission ebenfalls vorgeschlagene Intensivierung der Überwachung des Schiffsverkehrs durch eine gemeinsame **Seewache**, die alle Vollzugsdienste zusammenfasst, unter Führung des neuen Havariekommandos zeichnet sich bisher jedoch leider keine Lösung ab. Ich muss das so offen sagen. Wir werden gemeinsam gefordert sein, hier unseren Druck ebenfalls zu erhöhen.

Wir werden den Bericht - wie gesagt - gern geben, aber wir müssen dabei immer beachten, wer eigentlich der Adressat des Berichts ist: Wir dürfen den Bund nicht aus seiner Verantwortung für die Sicherheit des gesamten Küstenvorfelds entlassen.

Auf dem Gebiet der Verschärfung der **internationalen Sicherheitsvorschriften** hat die Landesregierung vielfältige Anregungen gegeben. Mit einem einstimmigen

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

gen Bundesratsbeschluss vom März 1999 haben wir die deutsche Ratifikation zum Bergungsübereinkommen, zur Novellierung der Reederhaftung und zum Abschluss eines Bunkerölhaftungsübereinkommens angemahnt. Die Bundesregierung hat alle diese Schritte eingeleitet.

Zur gemeinsamen Vorgehensweise der fünf **Küstenländer** mit dem Bund gibt es keine Alternative. Deshalb konzentrieren sich alle Erwartungen nun auf die Projektorganisation maritime Notfallvorsorge.

Ebenso werden wir die aktuellen **EU-Initiativen**, also die beschleunigte Einführung von Doppelhüllentankern, die intensivere Hafentankkontrolle und die bessere Überwachung der Klassifikationsgesellschaften, unterstützen.

Insofern kann uns ein weiterer Bericht hierfür nützen. Wir geben ihn gern so schnell wie möglich. Vielleicht kommen wir am Schluss des Berichts in der nächsten Tagung zu einer gemeinsamen Resolution, mit der wir unseren Forderungen dann noch einmal Nachdruck verleihen können.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umweltausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

Herr Abgeordneter Maurus, zur Geschäftsordnung!

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident, es handelt sich doch um einen Berichtsantrag! Daher halte ich es für richtig, dass die Landesregierung erst ihren Bericht gibt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, wenn Ausschussüberweisung beantragt worden ist, muss ich darüber abstimmen lassen. Wird der Antrag auf Ausschussüberweisung aufrechterhalten? - Jawohl, er wird aufrechterhalten. Dann stimmen wir zunächst darüber ab, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss federführend und den Umweltausschuss mitberatend zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt und wir stimmen in der Sache über den Antrag ab. Wer dem Berichtsantrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Berichtsantrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Neue Wege in der Drogenpolitik

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/727

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/762

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Drogenpolitik ist in eine Sackgasse geraten und das schon ziemlich lange. Bisher ist aber niemand gewillt gewesen, neue Wege zu beschreiten, weil man Angst hatte, Wählerstimmen zu verlieren. Wir sitzen aber nicht hier im Parlament, um wieder gewählt zu werden, sondern um politische Probleme zu lösen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es muss unbedingt etwas getan werden, denn die Bilanz der Drogenpolitik ist verheerend. Das Drogenangebot ist so vielfältig und leicht verfügbar wie noch nie. Die Strafverfolgungsbehörden leisten Großes, um den Markt auszutrocknen, aber dem illegalen Drogenhandel geht es trotzdem bestens. Wir werden nie so viel beschlagnahmen können, dass dadurch der Drogenkonsum gestoppt wird.

Der **Drogenkonsum** ist in den letzten Jahrzehnten weiter gestiegen, ohne dass die repressive Politik einen Schritt weitergekommen wäre. Mittlerweile haben über 25 % der westdeutschen Bundesbürger zwischen 18 und 29 eine illegale Droge probiert.

Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass das strikte **Betäubungsmittelgesetz** seine Ziele sehr begrenzt erreicht hat. Die Bestrafung macht nur einen Sinn, wenn man dadurch den Strom der Drogen ins Land unterbrechen kann oder wenn man junge Menschen abschrecken kann, Drogen zu nehmen. Heute sind Drogen aber mittlerweile sogar in den ländlichsten Gegenden verfügbar und sie werden auch gekauft.

Aber als ob das nicht genug wäre, hat das strenge Drogenverbot nicht nur nicht gewirkt, sondern es hat auch noch Schaden angerichtet. Alles das, was man sich im Allgemeinen Furchtbares unter Drogenabhängigkeit vorstellt, kommt in den meisten Fällen nicht von den Drogen selber, sondern vom Verbot und der

(Silke Hinrichsen)

Verfolgung der Drogenkonsumenten. Die gesundheitlichen Schäden der Drogenkonsumenten, ihre Verelendung, die Beschaffungskriminalität und der riskante Drogenkonsum sind keine Eigenschaften bestimmter Drogen, sondern hängen mit den illegalen Lebensumständen zusammen. Sie haben also weniger mit Drogenabhängigkeit zu tun als mit unserer Drogenpolitik.

Als ob das nicht genug wäre, sitzt da noch der illegale Drogenhandel und lacht sich ins Fäustchen. Ohne das Verbot nämlich könnte er nicht so große Gewinne für diese dreckigen Drogen absahnen. Das Drogenverbot ist die wichtigste Geschäftsgrundlage für die organisierte Kriminalität. Je stärker man Drogenhandel und -konsum staatlich verfolgt, desto mehr verdient die Drogenmafia daran.

Eine wirklich verheerende Bilanz einer gut gemeinten Politik! Drogenpolitik kann nicht vom Drogenkonsum abhalten. Die Verfolgung von Drogenkonsum richtet viel Schaden an. Zudem wird auch noch die organisierte Kriminalität staatlich gemästet.

Das sind genug Gründe, um sich zu überlegen, ob man nicht vielleicht mit einer weniger harten Politik mehr erreichen kann. Es liegt wirklich nahe zu fragen, ob weniger Härte zu weniger Drogenproblemen führen könnte. Es mag absurd klingen, aber erst, indem wir etwas von der strafrechtlichen Kontrolle aufgeben, gewinnen wir die Kontrolle über das Drogenproblem selbst wieder.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Solange wir alles ohne Unterschied verbieten, können wir auch nicht anders eingreifen, als die Polizei loszuschicken oder Therapie gerichtlich zu erzwingen. Wenn dies nicht hilft - und das tut es offensichtlich nicht -, dann sind wir machtlos. Wir wollen aber die Drogenpolitik wieder zurück in die Politik holen. Wir wollen wieder etwas tun können, weil die jetzige Politik offensichtlich nicht mehr funktioniert.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir aber nur tun, wenn nicht alles von vornherein verboten ist. In der Drogenpolitik wurde ein falscher Weg eingeschlagen. Lange Zeit haben aber die wenigsten gewagt, die Scheuklappen abzulegen und nüchtern nach Alternativen zu schauen. Wer es doch tat, weil er sich mehr um die Wirklichkeit unserer Jugendlichen kümmerte als um die einzige richtige Moral, wurde entweder als bekifft, unverantwortlich oder sogar als Mörder der Kinder beschimpft.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass wir heute erst vorsichtig erkunden müssen, welche neuen Wege

gangbar sind. Viele der Alternativen sehen Erfolg versprechend aus. Mittlerweile haben auch die meisten Experten erkannt, dass wir eine neue Politik brauchen, und entsprechende Modelle entwickelt. Dies sind aber Wege, die mit weniger strafrechtlicher Verfolgung zu tun haben. Im Moment sind diese Wege nämlich durch das **Strafrecht** versperrt. Das wollen wir ändern, denn wir müssen unbedingt weiterkommen. Das heißt aber bestimmt nicht, dass wir jetzt irgendwelche Drogen freigeben wollen - nur zur Klarstellung, denn ich bin schon darauf angesprochen worden, ob wir jetzt Coffeeshops einrichten wollen. Darum geht es nicht. Aber es gibt zwischen dem totalen Verbot und der Legalisierung doch unendlich viele Zwischenstufen. Weniger Repression heißt eben nicht nur, dass der Verfolgungsdruck entfällt, sondern auch, dass neue Formen der Vorbeugung und der Hilfe erst möglich werden. Wir sind da ganz zuversichtlich, denn bisherige Erfahrungen im Ausland sind positiv.

Wir reden hier aber über kleine kontrollierte Schritte in eine neue Richtung. Wie groß die Schritte sein dürfen, hängt letztendlich auch von der Gefährlichkeit einer Substanz ab.

Die Drogenpolitik kann nur glaubhaft bleiben, wenn sie die Drogen gleich behandelt, die gleich gefährlich sind. Wir müssen uns gemeinsam gut überlegen, wie wir die Drogenpolitik unter kontrollierten Formen ins Lot bringen können. Ansonsten können wir Kinder und Jugendliche nicht wirklich glaubhaft vor Drogen warnen, die sehr gefährlich sind. Drogenpolitik muss logisch sein, sonst wirkt sie nämlich nicht.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Drogenpolitik muss auch nüchtern sein. Es geht hier nicht um Moral, sondern es geht um die Gesundheit von Menschen. Drogenkonsumenten sind keine schlechteren Menschen. Wer Menschen, die Drogen nehmen, nur mit der Moral beurteilt, hilft wirklich niemandem.

(Beifall beim SSW)

Eben deshalb müssen wir auch weg von der Dominanz des **Strafrechts**. Dadurch geben wir gerade nicht Menschen auf oder bringen sie in Gefahr. Nein, im Gegenteil, wir gehen auf sie zu, wir unterstützen sie, wir schützen sie und bieten ihnen so viel Hilfe, wie möglich ist, statt sie zu jagen und aus unserem Blickfeld zu vertreiben. Nur so können wir verhindern, dass es unseren Kindern und Jugendlichen schlimm ergeht.

Die Parteien, die in der Bundesregierung sitzen, haben das auch längst erkannt. Als sie die Mehrheit im Bundesrat hatten, haben die roten und rot-grünen Landesregierungen zahlreiche Initiativen zur Änderung des

(Silke Hinrichsen)

Betäubungsmittelgesetzes in den Bundestag eingebracht. Als sie im Bundestag noch in der Opposition waren, hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in zahllosen Gesetzentwürfen und Anträgen Forderungen aufgestellt, die noch weit über den hier nunmehr vorliegenden gemeinsamen Antrag hinausgehen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und F.D.P.)

Das ist leider etwas in Vergessenheit geraten, nachdem man 1998 die Regierung im Bund übernommen hat.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen betreffen nur einen sehr, sehr kleinen Teil der Konsumenten von illegalen Drogen, nämlich die, die vollkommen verelendet sind.

Drogenpolitik ist ein brisantes Thema. Wer dieses heiße Eisen anfasst, läuft Gefahr, beim Wähler anzuecken. Deshalb ist es für Politiker natürlich einfacher, so weiterzumachen wie bisher. Damit lässt man aber die Menschen im Stich. Die Kosten für diese gescheiterte Drogenpolitik zahlen wir alle. Trotzdem ist für die Bundesregierung die eigene Popularität - bössartige Zungen würden sagen: Populismus - offensichtlich wichtiger als die Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme. Die Regierung muss aber bald etwas tun. Sonst macht sie sich mitschuldig an den Drogentoten, an dem Drogenelend und an dem Ausschluss von ganz normalen jungen Menschen aus dieser Gesellschaft.

Wir freuen uns deshalb sehr, dass eine große Mehrheit in diesem Hause ebenso wie wir endlich Taten sehen will. Wir bedanken uns hiermit ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD, der F.D.P. und der Grünen für die Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrag.

Wir wollen mit den ersten beiden Punkten unseres Antrages erreichen, dass schnell etwas geschieht. Modellversuche mit den Drogen aus der Anlage I des Betäubungsmittelgesetzes müssen endlich möglich sein, sonst kommen wir nämlich nicht weiter. Wir schlagen vor, dass den Ländern die Möglichkeit eingeräumt wird, **Modellversuche** mit diesen Substanzen durchzuführen. Dies ist ein erster kleiner Schritt, der sehr behutsam gewählt ist. Alle werden verantwortungsvoll damit umgehen.

Außerdem wollen wir, dass die Gefangenen in allen Gefängnissen des Landes Hilfe bekommen, um aus ihrer Abhängigkeit aussteigen zu können. Da gibt es zurzeit leider eine etwas uneinheitliche Praxis. Wir wissen, woran das liegt.

Punkt 3 und 4 sollen als Grundlage für eine weitere Debatte dienen. Wir müssen eine gemeinsame Bestandaufnahme machen, um zu sehen, wie wir in den

drei Feldern der **Drogenpolitik** - der Prävention, der Drogenhilfe und dem Strafrecht - weiterkommen. Es geht darum, bestehende Angebote abzusichern, sie zu verbessern und zu sehen, was wir vielleicht noch zusätzlich leisten können.

Ich möchte mich bei allen für die sachliche Aufnahme unserer Initiative bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Ausschuss.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin den Abgeordneten des SSW überaus dankbar - insofern gebe ich den Dank zurück, Silke -, dass sie mit dem Antrag Drucksache 15/727 den Anstoß zu einer erneuten Debatte zur Drogen- und Suchthilfepolitik im Schleswig-Holsteinischen Landtag gegeben haben, wengleich ich sagen muss, dass die Aussage, in Schleswig-Holstein sei nichts passiert, nicht den Tatsachen entspricht. Es gibt zwei umfangreiche Berichte aus den letzten Jahren, deren Lektüre sich durchaus lohnt und auf deren Basis die Suchthilfepolitik in Schleswig-Holstein seit 1988 umgekrempelt worden ist.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Als uns der Antragstext des SSW in der vorletzten Woche erreichte, waren wir im Arbeitskreis Soziales gerade im Gespräch mit dem Leiter der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, Rolf Hüllinghorst, der uns unter anderem über die aus Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages ersichtliche Bereitschaft berichtete, die seit Ende der 90er-Jahre eingeleiteten Änderungen in der **Drogenpolitik** nicht nur zu akzeptieren, sondern auch mehr oder minder behutsam fortzusetzen. Dass Teile der CDU inzwischen bereit sind, auch Wege außerhalb der Repression zu akzeptieren, hat uns ermutigt zu hoffen, dass wir auch in unserem Land zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen könnten.

Leider hat uns die Reaktion der schleswig-holsteinischen CDU zunächst eines Besseren belehrt. Ich sage extra „zunächst“, denn ich erinnere noch sehr gut, dass die Anhörung des Landtages vor nunmehr etwa elf Jahren auch bei der Landes-CDU von Schleswig-Holstein ein Umdenken eingeleitet hatte, das sich heute in der Zustimmung der CDU zum gemeinsamen Antrag aller anderen Parteien dieses hohen Hauses dokumentieren könnte.

(Konrad Nabel)

Die **Sucht- und Drogenpolitik** in der Bundesrepublik hat sich seit dem Regierungswechsel 1998 deutlich zum Besseren gewandelt. Die Drogenpolitik ist - der Einsicht folgend, dass Sucht insgesamt eine Krankheit ist - eindeutig dem Gesundheitsressort zugeordnet worden. Ich erinnere darüber hinaus an die endlich erreichte Rechtssicherheit von Drogenkonsumräumen, an erhebliche Verbesserungen bei der Substitution und die Entscheidung, Schwerstabhängige unter wissenschaftlicher Begleitung mit Originalstoffen zu behandeln. Zahlreiche - auch CDU-regierte - Städte in der Bundesrepublik haben sich an dem Modellprojekt für eine heroingestützte Behandlung beteiligt, dessen Ziel es ist, genauere Kenntnis darüber zu erlangen, ob und wie die Gruppe langjährig verelender Drogenabhängiger mit diesem zusätzlichen Behandlungsangebot erreicht werden kann und ob ihre gesundheitliche und soziale Situation damit verbessert wird. Darüber hinaus soll untersucht werden, ob die Motivation für eine Abstinenzbehandlung steigt. Diesen Ansatz unterstützen wir.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Immer noch offen ist aber der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts von 1994 an den Gesetzgeber, nämlich einzuschätzen,

„ob und inwieweit die Freigabe von Cannabis zu einer Trennung der Drogenmärkte führen und damit zur Eindämmung des Betäubungsmittelkonsums insgesamt beitragen kann.“

Nach der von der damaligen Bundesregierung - maßgeblich durch den CSU-Mann Seehofer - beeinflussten Entscheidung des Bundesinstituts für Arzneimittel- und Medizinprodukte, den Modellversuch einer kontrollierten Abgabe von Haschisch in Schleswig-Holstein im September 1997 abzulehnen, haben wir auf eine entsprechende Initiative der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnisgrünen - genauso wie Sie, Frau Hinrichsen - gewartet. Jetzt ist es höchste Zeit, von uns aus den von uns einmal ausgegangenen Faden wieder aufzunehmen und durch eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen solchen wissenschaftlich zu begleitenden Versuch zu schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Qualitätssicherung und -überwachung sind auch in der Suchtkrankenhilfe unverzichtbar. Das seit Mitte 1997 zunächst im Modellversuch - seit Mitte letzten Jahres flächendeckend in Schleswig-Holstein - eingesetzte **Dokumentationssystem HORIZONT** soll uns gesicherte, landesweit einheitliche Daten zur Gesamtsi-

tuation im Suchthilfebereich liefern. Zum aktuellen Stand von HORIZONT wollen wir von der Gesundheitsministerin in der 13. Tagung einen Bericht erhalten und diskutieren.

Nachdem wir uns schon in der letzten Wahlperiode vorgenommen hatten, drogengebrauchenden und drogenabhängigen Strafgefangenen den gleichen Zugang zu Hilfsangeboten zu ermöglichen wie Betroffenen „draußen“, haben leider noch immer nicht alle schleswig-holsteinischen Strafvollzugsanstalten Konzepte - zum Beispiel zur Vergabe von sterilen Einwegspritzen - erarbeitet und umgesetzt. Dies muss jetzt endlich einheitlich geregelt werden. Dazu fordern wir die Landesregierung auf.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Elf Jahre nach der letzten großen Anhörung des Landtags zur Drogenpolitik und Suchtkrankenhilfe in unserem Land ist es an der Zeit, die mit der Umsetzung neuer Wege in der Drogenpolitik befassten Expertinnen und Experten erneut anzuhören und zum derzeitigen Stand ihrer Arbeit zu befragen. Damit werden wir weitere Grundlagen für die konsequente Fortsetzung unserer liberalen und an **Akzeptanz** der betroffenen Menschen orientierten Drogen- und Suchthilfepolitik erhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Konrad Nabel [SPD]:

Aus dem umfangreichen Katalog, den der SSW vorgelegt hat und den die anderen, den Antrag mittragenden Parteien ergänzt haben, will ich auf jeden Fall noch einen Punkt herausgreifen: Wir wollen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bewertung der Gefährlichkeit einzelner Rauschmittel erfahren.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Nachdem sich die schleswig-holsteinische Landesregierung und der Landtag in ihrer Drogenpolitik so weit von der bis dahin verfolgten Politik abgesetzt haben, hat es auch in der Forschung eine erhebliche Öffnung gegeben. Diese aktuellen Ergebnisse wollen wir natürlich hören. Wir wollen auch hören, inwieweit Möglichkeiten der medizinischen Verwendung von Betäubungsmitteln der Anlage I des BtMG zu therapeutischen und palliativen Zwecken zum derzeitigen Stand sinnvoll sind.

(Glocke des Präsidenten)

(Konrad Nabel)

Lassen Sie uns gemeinsam den eingeschlagenen Weg gehen. Stimmen Sie auch vonseiten der CDU unserem gemeinsamen Antrag zu.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Tengler das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Frage, bevor ich auf den vorliegenden Antrag eingehe: Ist es schon ein neuer Weg in der Drogenpolitik, wenn man vor der Verbreitung einer gesundheitsgefährdenden illegalen Droge zurückweicht, indem man ihr den legalen Status verleiht?

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Darum geht es doch gar nicht! - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Dr. Garg, Sie erklären mir sicherlich gleich genau, worum es geht. Frau Birk, hören Sie doch einfach zu. Die CDU-Landtagsfraktion ist bereit, neue Wege in der Drogenpolitik zu gehen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir wollen, wie Sie, eine **entideologisierte Drogenpolitik**. Wir wollen den Schutz der Jugend, dazu sind wir nicht nur gesetzlich verpflichtet. Wir wollen eine Drogenpolitik, die sich an Grundsätzen, an wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht an Trends orientiert. Die CDU-Landtagsfraktion wird der Überweisung des Antrags an den Sozialausschuss zustimmen.

Nun zum Antrag im Einzelnen: Punkt eins des Antrags wird mit Sicherheit strittig sein. Vor dem Hintergrund des Drogenaktionsplans 2000 bis 2004 der EU, der die Reduzierung des Drogenangebots zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt sowie die Prävention stärken will, und vor dem Hintergrund des Modellversuchs - beziehungsweise des Flops - des Verkaufs von Hasch in Apotheken halten wir in Schleswig-Holstein einen Modellversuch in dieser Richtung für ausgeschlossen. Es bleibt die Frage, welche Versuche der Antrag will. Was soll untersucht werden? Wer untersucht? Wie wird der Versuch begrenzt? Durch eine Gesetzesänderung kann nicht allen denkbar möglichen Modellversuchen das Plazet gegeben werden. Es muss zwingend eine wissenschaftliche Unbedenklichkeit vorliegen.

Dem Punkt zwei (neu) im gemeinsamen Antrag stimmen wir zu. Zu Punkt drei: Wir stimmen der antragstellenden Partei zu, eine einheitliche Substitutionsbehandlung in allen Justizvollzugsanstalten zu fordern.

Wir gehen nicht davon aus, dass der Missbrauch von Drogen vereinheitlicht werden muss.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Wir wollen nach wie vor, dass der Drogenmissbrauch in den **Justizvollzugsanstalten** durch gezielte Maßnahmen immer weiter minimiert wird. Wir wollen, dass suchtgefährdete Menschen in den Gefängnissen vor Drogen geschützt werden. Der Antrag sagt nichts zu Drogentests, suchtfreien Räumen, therapeutischen Angeboten und medizinischer Betreuung. Denen, die abhängig sind, soll selbstverständlich durch Substitutionsbehandlung geholfen werden. Das habe ich gesagt. Wir wollen auch in diesem - zugegeben schwierigen - Bereich nicht kapitulieren, aber mit Ihnen im Ausschuss gern darüber reden.

Wir halten es für eine gute Idee, eine Anhörung zur Erkundung neuer Wege in der Drogenpolitik ergebnisoffen durchzuführen. Wir sollten uns dafür ausreichend Zeit nehmen. Aus unserer Sicht sind weitere Fragen zu beantworten: Zunächst vermissen wir die Forderung nach einer Bestandsaufnahme. Zum Ist-Zustand und den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Präventionsbereich ist nichts gesagt worden. Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus Modellversuchen anderer Bundesländer - zum Beispiel mit Fixerstuben - sind ungeklärt. Konkrete Maßnahmen zur wirksamen Verfolgung und Bestrafung von Dealern und Möglichkeiten und Perspektiven der Suchtprävention und Suchttherapie im Bereich der legalen Drogen Alkohol und Nikotin habe ich wirklich vermisst, Frau Hinrichsen.

(Glocke des Präsidenten)

Da liegt unser wirkliches Problem. Wir sollten dringend klären, warum - bei den Problemen und Kosten, die wir bereits mit **Nikotin- und Alkoholsucht** sowie -missbrauch haben - eventuell eine weitere Droge legalisiert werden sollte. Es gilt wohl das Motto: Die Mäuse haben wir schon an Bord, jetzt holen wir uns auch noch die Ratten. Ich verweise auf die WHO-Studie, die in diesen Tagen in Stockholm präsentiert wird. Da, nicht in der Legalisierung weiterer Drogen, liegen unsere Aufgabenbereiche. Die Studie spricht unter anderem von einem deutlichen Anstieg der Häufigkeit von Alkoholkonsum unter 13- bis 15-Jährigen in Deutschland.

Außerdem empfehle ich zu weiteren Liberalisierungsgelüsten die Broschüre des Wirtschaftsministeriums „Unter Drogen fahren, ist cool“ vom November 2000.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir zu allen diesen Bereichen angehört haben werden, sollten wir

(Frauke Tengler)

gemeinsam - wir sind dazu bereit - über verantwortliche und verantwortbare Drogenpolitik reden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Tengler, bereits vor sieben Jahren hat sich die Gesundheitsministerin daran gemacht, die heutige Drogenpolitik in Schleswig-Holstein komplett zu überdenken. Abgesehen davon, Frau Ministerin Moser, dass der Versuch, Cannabis in Apotheken verkaufen zu wollen, nicht so ganz glücklich war, herrscht leider seit dieser Zeit drogenpolitische Funkstille.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! - Ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Ich sage Ihnen, Frau Moser: Ich finde das deswegen schade, weil Sie sich damals einfach nicht so schnell hätten ins Bockshorn jagen lassen dürfen.

(Lothar Hay [SPD]: Es ist aber gut, wenn uns die F.D.P. unterstützt! Danke schön!)

- Herr Kollege Hay, so haben Sie die drogenpolitischen Initiativen vor allem der Kollegin Frauke Tengler überlassen,

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die nämlich ihr Büro zur haschfreien Zone erklärt hat, auch wenn uns das nicht wirklich weiterhilft.

Ich will Ihnen aber auch sagen, Frau Tengler, worum es uns mit dem vorliegenden Antrag wirklich geht. - Ich fände es ganz nett, wenn es tatsächlich ein wenig leiser hier wäre.

Erstens. Drogenabhängige, Frau Tengler, sollen nicht länger kriminalisiert werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Zweitens. Der Gebrauch von Cannabis und Marihuana soll künftig in der **Schmerztherapie** - zum Beispiel

bei schwer Erkrankten, AIDS- oder Krebspatienten - möglich sein.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei SPD und SSW)

Es ist nötig, sich bei der Diskussion über **Modellversuche** in der Drogenpolitik über bestimmte Ziele im Klaren zu sein. Daher ist es gut und richtig, dass der SSW dieses Thema aufgegriffen hat; dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen des SSW.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Es müssen abseits ausgetrampelter drogenpolitischer Pfade folgende Fragen gestellt werden: Wie lässt sich der Teufelskreis der bisherigen Drogenpolitik durchbrechen? Welche Definition soll künftig bei harten und weichen Drogen gelten und wie soll dabei zwischen den legalen und illegalen Drogen unterschieden werden? Schließlich: Warum werden die von illegalen Drogen abhängigen Menschen immer noch kriminalisiert, statt therapiert?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Genau aus diesem Grund halte ich es für nötig, dass den Ländern die Möglichkeit eingeräumt wird, neue Denkansätze auch eigenständig zu verfolgen. Schließlich herrschen in Schleswig-Holstein - ich sage, Gott sei Dank - andere Voraussetzungen als etwa in Berlin.

Fest steht dabei - hören Sie gut zu, Frau Tengler! -, dass eine Vogel-Strauss-Politik, wie sie von Teilen der Union immer noch betrieben wird, ganz bestimmt kein neuer drogenpolitischer Ansatz ist.

(Beifall bei F.D.P., SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es ist allerdings erstaunlich, wenn die Landesregierung extra dazu aufgefordert werden muss, eine einheitliche Praxis im Umgang mit dem **Betäubungsmittelkonsum** in Justizvollzugsanstalten durchzusetzen. Immerhin gibt es für den Vollzug bereits seit 1993 eine einheitliche Richtlinie. Hier liegt ganz offensichtlich ein Versäumnis der Landesregierung vor. Selbstverständlich kann und darf eine solche Richtlinie den jeweiligen Anstaltsarzt nicht aus seiner Therapieverantwortung entlassen. Gleichwohl muss aber gewährleistet sein, dass landeseinheitlich gewollte Maßnahmen nicht am Therapieprivileg des Arztes scheitern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW sowie Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Heiner Garg)

Die Unabhängigkeit der Anstaltsärzte ist ein hohes Gut. Doch es ist ebenso notwendig, ihnen die gewollte drogenpolitische Zielrichtung deutlich zu machen!

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Unter normalen Voraussetzungen steht der Therapiefreiheit des Arztes immer das Recht auf die freie Arztwahl gegenüber. Diese Freiheit ist dem jeweiligen Häftling aber gerade nicht gegeben. Der Insasse einer **JVA** hat im Zweifelsfall gerade nicht die Möglichkeit zu alternativen Therapien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an das Vorhaben, in Schleswig-Holstein die Ausgabe von Einwegspritzen in Justizvollzugsanstalten einzuführen. Dieses Modell ist an dem praktischen Widerstand der Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten gescheitert und aufgrund der Haushaltslage seit 1998 bis auf weiteres aufgeschoben worden.

Wenn drogenpolitische Ziele nur halbherzig verfolgt werden, darf man sich nicht wundern, dass diese bei den kleinsten Widerständen scheitern, ja scheitern müssen. Natürlich bedarf es für solche Projekte aber nicht nur des politischen Willens, auch die Betroffenen - ob Insassen, Anstaltspersonal oder Ärzte - müssen davon überzeugt werden. Das Argument der JVA-Bediensteten ist doch gut nachvollziehbar, wenn sie in den Justizvollzugsanstalten quasi hinter jedem Krümel Rauschgift her sein müssen, auf der anderen Seite aber Spritzen ausgeben sollen.

Hier muss umgedacht werden. Modellprojekte können ein solches Umdenken fördern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich finde es bedauerlich, wenn bereits erarbeitete Projekte in der Schublade verstauben, nur weil die Landesregierung sie nicht weiter verfolgt hat. So existiert etwa seit 1998 ein mit der externen **Drogen- und AIDS-Hilfen** erarbeitetes Modellprojekt für die Justizvollzugsanstalten und wird aus angeblich finanziellen Gründen nicht weiter umgesetzt.

Neben großartigen Ankündigungen ist da relativ wenig gewesen. Deshalb glaube ich, dass der gemeinsame Antrag eine hervorragende Grundlage für neue Wege bietet, die man in der Drogenpolitik einschlagen kann. Vielleicht, Frau Tengler, könnte sich ja ein Teil der CDU diesem Antrag auch anschließen.

(Beifall bei F.D.P. und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mehrere Bundesländer, auch CDU-regierte Bundesländer, Frau Tengler, und insbesondere unsere Nachbarstaaten, die Niederlande und die Schweiz, beginnen, sich sehr differenziert und besonnen an der realen Gefährlichkeit rauschauslösender Stoffe sowie an der **Hilfsbedürftigkeit der Drogenabhängigen** zu orientieren, ist es an der Zeit, auch in Schleswig-Holstein neu zu analysieren. Ich danke deshalb dem SSW dafür, dass er hierzu den Anstoß gegeben hat und damit ein Anliegen aufgreift, das auch den Grünen immer besonders am Herzen gelegen ist.

Wir haben bei der Anhörung sicherlich eine gute Gelegenheit - alle Fraktionen, aber insbesondere auch für die CDU, die besonders viele Fragen aufgestellt hat -, uns neu zu positionieren und hoffentlich zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen.

110.000 Menschen sterben jährlich in Deutschland an den Folgen des Rauchens, also an Nikotinvergiftung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Dies gilt nicht als Skandal, ebenso wie die Zahl der 42.000 Menschen, die aufgrund von Alkoholabhängigkeit jährlich zu Tode kommen, obwohl Betrunkene am Steuer sogar andere gefährden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Besitz einer kleinen Menge **Haschisch** hingegen führt unabhängig davon, ob ein Konsum nachgewiesen wird, zum Verlust des Führerscheins.

Die Zahl der Todesfälle aufgrund des Konsums illegaler Drogen wird für das Jahr 2000 mit 1.812 benannt. Auch wenn diese Zahl nicht so hoch ist: Jeder Mensch, der an Drogen stirbt, legalen wie illegalen, ist ein Toter zu viel.

Es gibt bundesweit Schätzungen, nach denen 1,5 Millionen Menschen medikamentenabhängig sind, und außerdem wissen wir natürlich auch von der großen Anzahl insbesondere von Frauen und Mädchen, die an Essstörungen leiden, 5 % der Frauen zwischen 14 und 35 Jahren sollen es sein. Die Tendenz ist sehr steigend.

Dies lehrt uns Mehreres: Erstens. Die Mehrheit der Bevölkerung kann mit legalisierten rauschauslösenden Stoffen einigermaßen gut umgehen.

Zweitens. Legalität und Rezeptpflichtigkeit einer Droge schützt nicht vor übermäßigem Gebrauch; die Ge-

(Angelika Birk)

sellschaft arrangiert sich aber bedauerlicherweise damit.

Drittens. Abhängigkeit von legalen Drogen hat aber wenigstens keine zusätzliche Kriminalisierung zur Folge. Aber die Beschaffungskriminalität gilt es bei den „illegalisierten“ Drogen zu durchbrechen; das heißt, wir brauchen hier eine neue Grundlage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Es geht nicht an, dass wir Kranke kriminalisieren, und zwar einerseits **Suchtabhängige** kriminalisieren, aber auch diejenigen kriminalisieren, die diese Drogen, die heute noch illegal sind, nachweislich auch nach Anforderung ihrer Ärzte dringend als Medikamente gebrauchen können. Schließlich müssen wir uns klarmachen: Wo ein Grund für ein Suchtverhalten ist, braucht es keine Drogen, um süchtig zu werden.

Trotzdem denken bei Sucht eben viele an illegale Drogen und haben Angst vor Crack und Ecstasy, vor Haschisch und Heroin gleichermaßen. Hier brauchen wir eine neue wissenschaftliche Bewertung, um tatsächlich die reale Gefährdung realistisch einschätzen zu können, und wir brauchen neue gesetzliche Grundlagen und - um diese vorzubereiten - Modellversuche.

Schleswig-Holstein hat sich mit dem „peer to peer“-Programm an den Schulen unter Jugendlichen in der Suchtprophylaxe einen guten Namen gemacht. Das Methadonprogramm der Gesundheitsministerin wurde zu Recht als pionierhaft in Erinnerung gerufen und jetzt auch im Bereich der Alkoholabhängigkeit gehen Sie, Frau Moser, neue Wege gemeinsam mit unseren Nachbarstaaten rund um die Ostsee. HORIZONT wird zu Recht bundesweit als neues Dokumentationssystem anerkannt.

Ich möchte aber in die Zukunft blickend hier auf unser Nachbarland Hamburg verweisen, das neue Wege geht, von denen wir lernen können. Justizsenatorin Peschel-Gutzeit hat 20 Behandlungsplätze für **Suchtakupunktur** in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel eingerichtet. In der Schweiz arbeitet man schon länger mit gutem Erfolg an diesem Projekt. Ich denke, gerade dieser neue Ansatz kann auch Fachleute hiesiger Justizvollzugsanstalten überzeugen, die sich - wie zu Recht von der F.D.P. kritisiert - offensichtlich bisher nicht mit voller Überzeugung hinter die drogenpolitischen Grundlinien der Landesregierung gestellt haben. In Hamburg werden außerdem 230 Drogenabhängige, die schwerstabhängig von Heroin sind, an dem bundesweiten Modellversuch teilnehmen, unter ärztlicher Aufsicht, Heroin zu sich zu nehmen. Die Schweiz hat inzwischen zehn Jahre Erfahrung mit einer solchen Behandlung.

Schließlich müssen wir auch prüfen, ob wir nicht in Schleswig-Holstein wie in anderen Bundesländern - auch in CDU-regierten Bundesländern! -, beispielsweise in Hessen und im Saarland, **Gesundheitsräume** brauchen. Wir sollten auf jeden Fall die rechtlichen Voraussetzungen hierzu landesweit schaffen. Dann müssen wir unsere Fachleute fragen, ob das der richtige Weg für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist. Immerhin wurde aufgrund der Gesundheitsräume in Hamburg die Zahl der an illegalen Drogen Verstorbenen in den letzten Jahren um ein Drittel gesenkt.

Niedrigschwellige Hilfe, rechtliche Voraussetzungen hierzu, Überzeugungsarbeit in vielen breiten gesellschaftlichen Kreisen - das sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Ganz wichtig: Das beste **Suchtausstiegsprogramm** nützt nichts, wenn die Zeit zwischen Entzug und Therapieeinstieg zu lange dauert und danach der Einstieg in die Erwerbsarbeit nicht gegeben ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss.

Gerade bei diesen Übergängen ist noch viel zu tun. Auch hier sind wir gespannt auf die Anregungen bei der Anhörung von den Fachleuten, die wir uns - ich denke, da sind wir uns einig - aus einem breiten Berufsspektrum und gegebenenfalls auch durchaus aus dem Ausland einladen sollten. Ich hoffe, dass wir in wenigen Monaten hier zu einem neuen gemeinsamen Konzept kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Ich möchte es ganz kurz machen. Aber eines ist mir wichtig zu sagen: Man kann über alles zu diesem Thema sprechen - ganz sicherlich -, aber zu dieser Diskussion muss auch gehören, dass wir über neue Wege nachdenken, wie wir dazu beitragen können, dass es überhaupt keinen **Drogenkonsum** gibt. Wir müssen über neue Wege nachdenken, was wir tun können, damit wir nicht erst versuchen, zu einer Vereinheitlichung der Spitzenwerte in den Gefängnissen

(Werner Kalinka)

zu kommen, sondern wie zunächst einmal dafür gesorgt werden kann, dass man dort zu einem Abbau des Drogenkonsums kommt. Ich meine, das muss dieser Punkt mit beinhalten.

Herr Dr. Garg, ich will Ihnen meine Meinung dazu sagen: Ich kann Ihnen nur mit aller Entschiedenheit aus meinem Blickwinkel sagen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

man kann über alles diskutieren und nachdenken, dafür sind wir offen. Aber die Diskussion muss auch die Fragestellung beinhalten: Was können wir tun, damit überhaupt nicht erst Drogenkonsum entsteht, und was können wir tun, damit junge Leute davon fern gehalten werden?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele der Argumente, die heute hier wieder auftauchen, sind schon vielfach ausgetauscht worden. Ich gehe einmal davon aus, meine Position und die drogenpolitische Position der Landesregierung sind bekannt. Ich werde Sie deshalb nicht noch einmal detailliert in allen Argumenten vortragen. Sie sind komprimiert in den drogenpolitischen Leitlinien zusammengefasst.

Ich bin aufrichtig erfreut über die Initiative des SSW und freue mich auch über die breite Basis hier im Parlament für mehr Menschlichkeit, mehr Mut, mehr Vernunft in der Drogenpolitik und vor allen Dingen für mehr Glaubwürdigkeit in der Prävention.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Das finde ich auch für mich ermutigend.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: So war es auch gemeint!)

Die Eröffnung neuer Wege durch eine Modellklausel im **Betäubungsmittelgesetz** ist überfällig. Es gibt einen Beschluss der Mehrheit der Gesundheitsminister und Gesundheitsministerinnen von 1997. Das steht natürlich auch in unseren **drogenpolitischen Leitlinien**. Ich habe die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Fischer 1998, unmittelbar nach Amtsantritt, wegen dieser Modellklausel im BtMG angeschrieben und ich habe eine vollständig nichts sagende Antwort erhalten.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Aber das kennen Sie doch schon!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht einmal die Heroinabgabe an Schwerstabhängige wird auf der Grundlage des BtMG durchgeführt. Der Mut für eine entsprechende Änderung war nicht vorhanden. Wir haben es hier mit einer klinischen Prüfung nach dem Arzneimittelgesetz zu tun. Das ist besser als gar nichts, aber eine klare rechtliche Grundlage wäre mir lieber gewesen.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine klare rechtliche Grundlage ermöglicht nämlich auch das Vermeiden von umständlichen Konstruktionen, wie zum Beispiel bei diesem **Apothekenmodell**, was ich auf den Weg gebracht habe. Das war nach geltender Rechtslage nicht anders möglich. Vielen Dank für die vielen freundlichen Ratschläge, aber die Rechtslage ist, wie sie ist, und es gilt, sie zu ändern. Selbstverständlich, Frau Tengler, sind Modellversuche, wenn sie im Gesetz ermöglicht werden, nicht beliebig. Selbstverständlich müssen sie wissenschaftlich fundiert sein und wissenschaftlich evaluiert werden. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das kann man gesetzlich so auch formulieren, wenn man eine Modellklausel einführt.

Wenn die Landesregierung jetzt aufgefordert wird, sich um Mehrheiten für eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu bemühen, dann erwarte ich - das sage ich mit allem Nachdruck - auch sehr konkrete Unterstützung aller antragstellenden Parteien auch auf Bundesebene, soweit sie dort vertreten sind. Aber es gibt ja auch andere Kanäle. Das sage ich auch an die Adresse der Liberalen, Herr Dr. Garg. Ich will Sie jetzt nicht mit Ihrem Landesvorsitzenden und seinen maßgeblichen Äußerungen zu meinem Drogenvorstoß im Bundestag quälen, aber es wäre schon angebracht, man würde auch auf Bundesebene mit den eigenen Leuten in eine Fachdiskussion eintreten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ich versuche es!)

Denn Erkenntnisse und Bekenntnisse zu einer fortschrittlichen präventiven und schadensmindernden **Drogenpolitik** sind das eine, die konkrete Umsetzung mit allen schwierigen Abwägungen und harten Konflikten sind das andere. Und sehen Sie es mir nach, aber ich habe meine Erfahrungen mit fortschrittlichen programmatischen Fahnschwenkern, die überhaupt keine Lust hatten, ihre Vorstellungen sozusagen - wie meine Tochter es nennen würde - „in echt“ einer Um-

(Ministerin Heide Moser)

setzung in politische und rechtliche Wirklichkeit auszusetzen. Das ist nämlich unbequem. Und jetzt - wenn man das nicht getan hat - ist man immer fein raus und kann sagen: Daran war ich ja nicht schuld, dass ein so komischer Modellversuch gescheitert ist.

(Beifall beim SSW)

Dieses möchte ich, möchten wir, nicht noch einmal. Wenn, dann soll das hier auch wirklich gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Wir müssen es nicht nur wollen, wir müssen es auch tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erfolglos war unsere Initiative zur kontrollierten Abgabe von Cannabis nicht - von Legalisierung war nie die Rede -, sie hat zu einer Neubewertung von Drogen und Drogenproblemen geführt. Dieser Antrag ist zum Beispiel ein Indiz dafür, dass diese Diskussion etwas gebracht hat. Die Unterscheidung zwischen legal und illegal wird nicht mehr fraglos mit ungefährlich und gefährlich gleichgesetzt. Und so wenig es manchem einleuchten darf, über die kontrollierte Abgabe von Cannabis ist der bedenkenlose Umgang mit Alkohol erheblich stärker ins Visier geraten.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich bemühe mich, zum Schluss zu kommen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, bitte.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Insofern ist der Aktionsplan Alkohol für mich eine logische Konsequenz nach der Cannabisinitiative. Das, was die WHO jetzt zum Problem Alkohol veröffentlicht, gibt uns doppelt Recht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überhaupt sind Projekte und Modelle in der Drogenpolitik nie isoliert zu sehen, sondern immer als Bestandteil einer gesamten Politik. Deshalb begrüße ich den Antrag in allen seinen Facetten, besonders was die ausführliche Anhörung angeht. Ich finde es auch sehr gut, dass sich der Landtag hier für eine beschleunigte weitere Entwicklung des **Suchthilfekonzepts** im schleswig-holsteinischen **Justizvollzug** einsetzt.

Dabei will ich es belassen. Ich habe die Glocke schon im Rücken. Herzlichen Dank, ich freue mich auf diese gemeinsame Politik.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Nabel hat um einen Kurzbeitrag gebeten. - Das ist erledigt. Dann liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. - Frau Abgeordnete Hinrichsen, ein Antrag zur Geschäftsordnung?

(Silke Hinrichsen [SSW]: Ja!)

- Bitte, Sie haben das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Im Hinblick auf die Abstimmung möchte ich Folgendes vorschlagen. Wir würden über den Antrag gern in der Sache abstimmen lassen, bitten aber darum, über Abschnitt 1 des gemeinsamen Antrages getrennt abzustimmen. Über die Abschnitte 2 bis 4 könnte sodann gemeinsam abgestimmt werden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Maurus hat sich ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident, wir beantragen, über alle Abschnitte einzeln abzustimmen, aber nicht buchstabenweise.

(Heiterkeit)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann werden wir das tun. Wir haben aber zunächst über den vorliegenden Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung abzustimmen. Es ist beantragt worden, die Anträge dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Jetzt wird zunächst über den Änderungsantrag beraten, wobei ich darauf hinweisen will: Wenn er angenommen würde, wäre der Ursprungsantrag vollinhaltlich erledigt.

Es ist beantragt worden, abschnittsweise abzustimmen.

Wir stimmen zunächst über Abschnitt 1 des Änderungsantrages in Drucksache 15/762 ab. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist mit der Mehrheit der Antragsteller so beschlossen.

Wer Abschnitt 2 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Einstimmig angenommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Wer Abschnitt 3 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der Antragsteller gegen die Stimmen der CDU ist es so beschlossen.

Wer Abschnitt 4 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Nun habe ich über den Änderungsantrag insgesamt abstimmen zu lassen. Wer dem Änderungsantrag insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Antragsteller bei Gegenstimmen und Stimmenthaltungen jeweils etwa zur Hälfte aus der CDU angenommen. Ich stelle fest, dass der Ursprungsantrag damit inhaltlich erledigt ist.

Ich will an dieser Stelle schon ankündigen, dass wir Tagesordnungspunkt 21 auf die März-Tagung verschieben müssen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 16 auf:

Soforthilfeprogramm für die Land- und Ernährungswirtschaft

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/731

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/765

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die BSE-Krise hat uns alle überrollt und geradezu fassungslos sehen wir uns mit einer Entwicklung konfrontiert, die wir in dieser Form in der Landwirtschaft noch nicht erlebt haben. Nahezu täglich verändert sich die Situation. Bisher ist nicht übersehbar, welche Folgen die Krise auslösen wird.

Die bisher aufgetretenen **BSE-Fälle** haben zu einer tiefen Verunsicherung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern geführt. Der dramatische Rückgang des Rindfleischverbrauchs zeigt dies eindringlich. Dies hat bereits zu erheblichen Problemen in der Landwirtschaft, aber auch im vor- und nachgelagerten Bereich geführt. Besonders belastet sind die landwirtschaftlichen Betriebe mit **Rinderhaltung**, die erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Einer psychisch außerordentlich belastenden Situation sind diejenigen ausgesetzt, auf deren Höfen BSE-Fälle aufgetreten sind.

In dieser schwierigen Situation dürfen wir unsere Landwirtschaft nicht allein lassen. Sie braucht unsere Solidarität, aber auch aktive Hilfe.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine Vielzahl von Bundesländern hat Entscheidungen getroffen, die der Landwirtschaft in dieser schwierigen Situation mit **Sofortmaßnahmen** unter die Arme greifen. Ich will hier nicht das Beispiel Bayerns anführen, das für unser armes Bundesland nicht erreichbar ist. Im Übrigen geht es bei uns auch um andere Größenordnungen. Das von uns vorgeschlagene Soforthilfeprogramm mit einem Volumen von 30 Millionen DM kann als Liquiditätshilfe ein Überbrückungskreditvolumen von 600 Millionen DM auslösen und damit auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen in einem ersten Schritt der Existenznot begegnen.

(Beifall bei der CDU)

Bisher hat das Land Schleswig-Holstein nichts unternommen, um der wirtschaftlichen Not zu begegnen.

Die angekündigten **Hilfen** des **Bundes** erweisen sich bei näherer Betrachtung als Täuschung. Lediglich maximal 200 Millionen DM wird der Bund von der in Aussicht gestellten 1 Milliarde an Bundesmitteln tatsächlich bereitstellen. Der gesamte Rest soll durch Umschichtungen und Kürzungen insbesondere zulasten der Landwirtschaft aufgebracht werden. Dies ist keine Solidaritätserklärung durch den Bund, sondern eine Bestrafungsaktion, die sich gegen die Landwirtschaft richtet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesem Fall wird das Geld von einer Tasche in die andere gesteckt und bei den Bauern kommt die direkte Hilfe nicht an.

Es macht keinesfalls Sinn - dies richte ich insbesondere an die Landesregierung -, eines Tages verkünden zu können: Rinderbestände BSE-frei, aber Fleischwirtschaft kaputt. Die Vorstellung der Bundesregierung, die Mehrkosten für die BSE-Untersuchungen würden die Verbraucher tragen, ist zwar im Ansatz richtig, aber solange dies nicht durchsetzbar ist, sind Hilfen erforderlich. Die **Entsorgungskosten** gesperrter Futtermittel werden nunmehr aus öffentlichen Kassen aufgefangen. Damit ist diese Forderung unseres Antrages zufrieden stellend erfüllt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dass Schleswig-Holstein hier in Vorleistung tritt, will ich durchaus positiv vermerken. Offen ist weiterhin, wer für die Entsorgungskosten verworfener Schlachtkörper aufkommt, wenn eine BSE-Untersuchung ein

(Claus Ehlers)

positives Ergebnis hat. Hier besteht weiterhin akuter Handlungsbedarf.

Die Aussetzung der „Superabgabe“, die bei Überschreiten der Milchquote erhoben wird, soll keineswegs ein Freibrief für eine ungehemmte Milchproduktion sein. Das kann auch in der Landwirtschaft niemand wollen. Es geht darum, den Betrieben in dieser absoluten Ausnahmesituation, die nicht von der Landwirtschaft verursacht worden ist, nicht auch noch die Folgekosten aufzubürden. Über diese Maßnahme kann allerdings nicht das Land entscheiden, wohl aber kann es dafür bei Bund und EU im Interesse unserer Landwirtschaft eintreten.

In der Hand des Landes liegt dagegen die Auszahlung der **Rindersonderprämie** zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt. Jetzt ist in den Betrieben jede Hilfe willkommen. Das Soforthilfeprogramm könnte sicherlich um weitere Punkte ergänzt werden. In einer ersten Maßnahme geht es darum, diese schwierige Phase zu überwinden und dafür zu sorgen, dass in unserem Lande die gewachsenen Strukturen in allen Bereichen erhalten bleiben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweifellos kann mit dieser ersten Hilfe das aus der BSE-Krise resultierende finanzielle Problem nicht allein überwunden werden. Ich fürchte, es wird noch sehr viel mehr Geld kosten, wenn wir ein Wegbrechen der Strukturen nicht in Kauf nehmen wollen. Wir können es uns jedoch nicht leisten, die Hände in den Schoß zu legen.

Die Soforthilfe kann Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht ersetzen. Dies ist aber die Basis für eine Weiterentwicklung unserer Landwirtschaft. Der **Rückgang des Rindfleischverbrauchs** in Deutschland um 60 % und in der EU um 30 % ist alarmierend und bedrohlich zugleich. In der Europäischen Union bedeutet der Rückgang des Fleischverbrauchs um 10 % eine Verringerung um 1 Million t.

Nun werden Sie die Frage stellen: Wie wollen wir das alles finanzieren? Das Land Schleswig-Holstein hat Mehreinnahmen von 186 Millionen DM. Daraus wollen wir die 30 Millionen DM aufbringen. Es wird sonst dazu kommen, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren gehen. Die Folgekosten wären dann mit Sicherheit noch höher. Es ist allemal billiger, jetzt zu helfen, das Größte zu verhindern und unsere Strukturen zu erhalten. Dazu fordern wir Sie auf. Dies ist der Hintergrund unseres Antrages, der keinen Abschluss darstellt, sondern nur ein Anfang sein kann. Ich bitte um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier Anträge beschäftigen diese Landtagstagung zum Thema BSE, sechs Anträge liegen den Ausschüssen noch zur Beratung vor. Ich habe das Gefühl, die Opposition glaubt, mit der Häufigkeit von Anträgen und Anfragen das verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher wiedergewinnen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Widerspruch von der CDU)

So, wie ich bislang stets vor einer übertriebenen Hysterie gewarnt habe, so warne ich vor blindem Aktivismus, Kollege Ehlers.

Im Landwirtschaftsministerium wird schnelle und gute Arbeit geleistet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- Da ist gut zu klatschen! - Neben all den BSE-Kriseninstrumenten müssen wir uns aber auch finanzielle Spielräume für eine dauerhafte Neuausrichtung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein erhalten. Eine faire Kostenaufteilung aller im Zusammenhang mit BSE entstehenden Kosten zwischen EU, Bund, Land, der Landwirtschaft und den Verbrauchern - wir sollten sie nicht außen vor lassen - ist dafür notwendig. Die CDU macht es sich zu einfach, wenn das Land für alle Kosten gerade stehen soll.

Da wird munter ein 30-Millionen-DM-**Soforthilfeprogramm** gefordert, ohne zu sagen, woher denn das viele Geld kommen soll.

(Zuruf von der CDU: Hat er gerade gesagt!)

Den eben gemachten Finanzierungsvorschlag betrachten Sie doch wohl nicht als seriös.

(Claus Ehlers [CDU]: Herr Wodarz, Sie haben nicht zugehört!)

Sie machen sich nicht einmal die Mühe aufzuzeigen, wie dieses Geld sinnvoll eingesetzt werden soll.

Weiter geht es mit der Forderung nach Übernahme sämtlicher Untersuchungskosten am Schlachtkörper und Kadaver. Wir sind da ehrlicher: Diese Kosten müssen durch kostendeckende Gebühren aufgebracht werden.

(Zuruf von der CDU: Ja, das ist auch richtig!)

(Friedrich-Carl Wodarz)

Die Entsorgung der gesperrten **Futtermittel** wurde sogar im Vorgriff auf die Bundesregelung schnell und unkonventionell durchgeführt. Kollege Ehlers hat das mittlerweile vermerkt.

Gleiches gilt für die Auszahlung der Rindersonderprämien. Auch hier handelten die Behörden, das Ministerium, sehr schnell.

Ein aktuelles Problem sind in der Tat die **Entsorgungskosten für verworfene Schlachtchargen**. Wengleich wir hier eine Haftung des Landes ablehnen, so muss ich doch betonen: Die jetzige Praxis kann nicht das letzte Wort sein. Ich halte es weder für gerecht, dass zum Beispiel die Schlachthöfe das Risiko durch privatrechtliche Verträge auf die Landwirte abwälzen, noch, dass das Risiko allein bei den Schlachthöfen bleiben soll. Der Vorschlag, die Schlachthöfe mögen sich gegen das Risiko versichern, kann nicht die endgültige Lösung sein. Hier muss ein Prozedere gefunden werden, notfalls durch andere Schlachtungsabläufe oder Chargenbildung - auf jeden Fall ein Verfahren, dass das finanzielle Risiko des Unternehmers minimiert oder ausschaltet.

Die Aussetzung der Superabgabe für einen bestimmten Zeitraum wird von Frau Franzen bereits verfolgt. Ich könnte mich für eine Übergangszeit damit einverstanden erklären, doch sollte in diesem Zusammenhang ganz klar gesagt werden: Wir wollen weg von unsinnigen Anreizen zur Massenproduktion.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Entschädigungskosten für BSE-betroffene Betriebe werden über den **Tierseuchenfonds** abgewickelt. Das Land - das wird hier immer etwas unter den Tisch gekehrt - ist jeweils mit 50 % dabei.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Jensen-Nissen, warum verschweigen Sie so etwas? Es wird im Grunde genommen nicht richtiger dadurch, dass Sie herumpolemisieren.

Ein Problem, das im CDU-Antrag gar nicht angesprochen wird, ist die Möglichkeit zum kurzfristigen Verleasen von **Milchquoten** für Betriebe, die von **BSE** betroffen sind. Ich konnte dieses Problem in Stormarn bei einem Betrieb studieren und freue mich, dass hier schnell eine Lösung angestrebt wird.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

In einem Gespräch mit den Bauerverbandsvertretern aus den Kreisen Flensburg und Schleswig-Flensburg - der Kollege Jensen-Nissen war dabei - wurde gefordert, eine Steuerstundung zu ermöglichen, um die Li-

quidität der in Not geratenen Betriebe nicht zu gefährden.

Herr Kollege Jensen-Nissen, ich habe mich erkundigt. Im konkreten Einzelfall sind die Finanzämter gehalten - es gibt eine entsprechende Anweisung -, in diesem Sinne behilflich zu sein. Das ist ein Punkt, der auch im F.D.P.-Antrag angesprochen worden ist.

Damit komme ich zu dem F.D.P.-Antrag, Frau Happach-Kasan, der wesentlich zurückhaltender und realistischer aufgrund der objektiven Gegebenheiten, aber leider nicht zustimmungsfähig ist. Ich werde das im Einzelnen begründen.

Frau Happach-Kasan, wir haben uns erkundigt und müssen Folgendes feststellen. Die Gewährung zinsloser Kredite und Bürgschaften ist von der EU nicht genehmigt. Ich gehe davon aus, dass die Ministerin das etwas genauer ausführen wird.

Zur Steuerfrage habe ich mich geäußert.

Bei Punkt vier Ihres Antrags ist die Landesregierung der falsche Partner. Ich hoffe aber doch, dass der Bauernverband mit der Kreditwirtschaft die entsprechenden Verhandlungen führen wird. Ich habe läuten gehört, dass die Ministerpräsidentin in diese Richtung bereits agiert.

Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion ist mit heißer Nadel genäht, lässt jede, aber auch jede konzeptionelle Vorstellung vermissen und taugt nicht einmal, um aktuelle Symptome zu heilen. Wir werden ihn deshalb ablehnen und beantragen Abstimmung in der Sache und nicht Ausschussüberweisung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erinnern uns hoffentlich alle: Vor nicht allzu langer Zeit, als sich die neugewählte Bundesregierung im Stimmungstief befand, reiste Bundeskanzler Schröder nach Hessen, um dem angeschlagenen Holzmann-Konzern durch Unterstützung des Bundes zur Hilfe zu eilen. Die Bundesregierung feierte und verständlicherweise feierte die Arbeiterschaft von Holzmann gleich mit. Tatsache ist, dass der Holzmann-Konzern durch eigenes Verschulden und Fehlverhalten in diese Lage gekommen ist. In einer solchen Lage hat die rot-grüne Bundesregierung Hilfe versprochen.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Wir schreiben den November 2000. Der erste BSE-Fall in Schleswig-Holstein erschüttert die Bundesrepublik. Aber statt sich auf die Seite der Landwirte zu stellen, die unschuldig in diese Krise geraten waren, stellen sich die Grünen und vorneweg der Umweltminister von Schleswig-Holstein, Herr Müller, hin, reden davon, dass Lebensmittel Sondermüll seien und fordern die Umstellung der konventionellen auf die ökologische Landwirtschaft. So geht es im Land Schleswig-Holstein.

Erst eine ordentliche Standpauke vom ehemaligen Bundeslandwirtschaftsminister Funke in der Sendung „N3 aktuell“ vor zwei Wochen brachte unseren Minister wieder ein wenig auf den Pfad der Tugend zurück. Inzwischen plaudert er ganz entspannt mit dem Präsidenten des Bauernverbandes, Herrn Steensen.

Die BSE-Krise wird ihre Opfer fordern. Herr Ehlers hat dies zutreffend dargestellt. Die Politik hat eingestanden, die Verbreitung von BSE auf dem Kontinent nicht verhindert zu haben, und dies, obwohl es bei mutigem Handeln möglich gewesen wäre. Doch keiner der dafür verantwortlichen Politiker wird dafür zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist bitter, insbesondere für die, die trotz eigener sorgfältiger Arbeit in den Strudel gerissen werden.

Daher gibt es eine Verpflichtung der Politik auf den verschiedenen Regierungsebenen, realistische **Hilfsprogramme** auszuarbeiten, mit denen den unter der BSE-Krise leidenden Betrieben und damit auch den davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geholfen werden kann. Der immer wieder zu hörende Appell an das unternehmerische Risiko, das Betriebe zu tragen hätten, ist vor dem Hintergrund eklatanter politischer Fehlentscheidungen als Ursache der Krise blanker Zynismus.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die existenzielle Situation ist für viele **rinderhaltende Betriebe** dramatisch. Rindermastbetriebe können ihre Tiere nicht oder nur zu einem sehr schlechten Preis verkaufen und müssen hohe Verluste hinnehmen. Milchviehbetriebe haben Angst vor einem BSE-Fall und lassen deshalb Tiere im Stall, die sie unter normalen Bedingungen längst abgegeben hätten. Es wird leicht vergessen, dass die Fleisch verarbeitenden Betriebe teilweise ähnliche existenzielle Schwierigkeiten haben.

Wenn nicht geschlachtet wird, haben die Schlachtbetriebe Ertragsausfälle, in den Fleisch verarbeitenden Betrieben wird keine Wurst hergestellt. Über 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen Kurzarbeit, und das in einer Region, in der es nur wenige Beschäftigungsalternativen gibt.

Kollege Wodarz hat zu Recht angesprochen, dass **Schlachthöfe** ein beträchtliches Risiko eingehen, wenn sie ältere Tiere schlachten. Wir haben dafür noch keine Lösung gefunden.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU einen Antrag eingebracht, der in seiner Zielrichtung, den in der Folge der BSE-Krise in der Existenz gefährdeten Betrieben zu helfen, völlig richtig ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In Niedersachsen hat der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung ein entsprechendes Programm vorgestellt. Wir haben darauf gewartet. In diesem Land ist Entsprechendes nicht geschehen.

(Heinz Maurus [CDU]: Richtig!)

Allerdings warnen wir ein wenig davor, in einen Unterstützungswettbewerb einzutreten. Niedersachsen bietet 10 Millionen DM, Schleswig-Holstein 30 Millionen DM. Wer bietet mehr? - Das kann es nicht sein.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Aber, Kollege Wodarz, null kann eben auch nicht sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Insofern hoffe ich, dass sich die Landesregierung in dieser Frage bewegt, und zwar auch in diesem Haus und nicht nur dort - -

(Zuruf des Abgeordneten Wodarz)

- Kollege Wodarz, das ist meine Spezialität. Ich danke.

Die F.D.P. hat daher einen Alternativantrag eingebracht, der unmittelbare Existenznöte mindern soll, der aber auch berücksichtigt, dass die Betriebe auch einige wirtschaftlich sehr erfolgreiche Jahre hinter sich haben und daher einen Teil der Belastungen auch tragen können.

Die BSE-Krise betrifft vorwiegend **mittelständische Betriebe**. 1997 waren mehr als 50.000 Menschen in der Land- und Ernährungswirtschaft mit Fleischwirtschaft beschäftigt. Diese sind unmittelbar und mittelbar von den Folgen der Krise betroffen. Sie brauchen die Hilfe des Landes, nicht als Dauersubvention, sondern nach den Vorstellungen der F.D.P. als Hilfe zur Selbsthilfe.

Es darf nicht dazu kommen, dass die Regierung ihnen Hilfen verwehrt, nur weil sie nicht alle einen einzigen Arbeitgeber haben. Wäre ein Großunternehmen in einer vergleichbaren Krise, die Hilfsangebote hätten sich längst überschlagen. Holtzmann lässt grüßen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Wolfgang Kubicki, hat in der heutigen Aktuellen Stunde deutlich gemacht, dass die Land- und Ernährungswirtschaft nach wie vor zu den tragenden Säulen der Wirtschaft dieses Landes gehört. Wir können es uns gar nicht leisten, dem Wegbrechen dieser Säule tatenlos zuzusehen.

Der Ansatz der Grünen, die BSE-Krise für die Akquirierung von Geldern zur Umsetzung des eigenen Parteiprogramms zu nutzen, statt Mittel einzuwerben, um den Betroffenen zu helfen, ist für eine Partei, die dem Betroffenenkult huldigt, beschämend.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die BSE-Krise verursacht in Deutschland spezifische Probleme, die in anderen Ländern deutlich weniger schwer wiegen. Der Rindfleischmarkt ist zusammengebrochen. Ein Vergleich der Preise zeigt das deutsche Problem: Die Erzeugerpreise für Jungbullen sind seit dem Oktober in Deutschland um 39 %, in Österreich um 26 %, in Dänemark um 13 % und in Großbritannien nur um 4 % gesunken, in Portugal sind sie sogar um 2,7 % gestiegen. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass wir ein spezifisch deutsches Problem haben. Die BSE-Krise ist Mittelpunkt überregionaler Berichterstattung. Gerade die Bilder im Fernsehen über Schlachtbetriebe, das Keulen von Rindern und die Vernichtung von Rindfleisch sind nicht appetitregend. Es gibt kaum ein Politikfeld, das sich zur Darstellung derartig emotionalisierender Bilder anbietet. Kein Fernsehsender, keine überregionale Zeitung mag darauf verzichten. Wir müssen nun darauf setzen, das Selbstvertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher stark zu machen, dass sie sich von den teilweise uralten Bildern nicht den Appetit verderben lassen.

Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden in eigener Verantwortung, was sie essen. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, auch nicht die Regierung durch Erklärung, was alles sicher sei.

Damit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Zukunft für schleswig-holsteinische Produkte entscheiden können, brauchen unsere Betriebe unsere emotionale Solidarität und sie brauchen konkrete Hilfe zur Selbsthilfe. Ich beantrage Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Claus Ehlers, es wäre sehr nett gewesen, wenn man am Anfang dieser Debatte zumindest einmal darauf hingewiesen hätte, dass Schleswig-Holstein das erste Bundesland gewesen ist, das in seinem Haushalt überhaupt Mittel eingestellt hat - nämlich mehrere Millionen DM -, um diese Krise zu bewältigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das zeigt, dass diese Landesregierung durchaus schnell und entschieden handeln kann im Gegensatz zu einigen anderen. Ich gebe aber gern zu, dass man über einige Ansätze in dem Antrag der CDU-Fraktion - der insgesamt leider ein Sammelsurium schon erledigter Sachen und solcher Sachen ist, die zum Teil überhaupt gar nicht kurzfristig realisierbar sind - reden kann.

(Zuruf von der CDU: Dann machen Sie das doch!)

Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen. Gerade die Frage der Schlachtchargen ist ein unerledigtes Problem, für das wir eine Regelung finden müssen. Ich weiß, dass die Landwirtschaftsministerin gerade daran arbeitet.

Den Vorschlag, eine „Superabgabe“ für **Milchquoten** einzuführen, halte ich für problematisch, da die Gefahr besteht, dass wir eine Überproduktion bewirken. Das ist ein Problem der Landwirtschaftspolitik, das wir lösen wollen. Deshalb werden wir diesem CDU-Antrag nicht zustimmen, auch wenn wir einige Punkte für bedenkenswert halten. Gerade im Bereich der Milchquote halte ich es für viel vernünftiger, das **Leasingmodell** weiter zu verbreiten, das den Landwirten konkret hilft.

Wenn wir aber über Maßnahmen für die Landwirtschaft sprechen wollen, die den Landwirten tatsächlich helfen, dann müssen wir den Betrieben eine Perspektive aufzeichnen, wie es weitergehen soll. Es wäre allerdings gut und vernünftig, wenn wir uns über solche Aspekte unterhielten, wie wir beispielsweise im Rahmen des **Frühvermarktungsprogramms** für Kälber das Schlachtgewicht für Schlachtvieh möglichst schnell begrenzen. Wir sollten nämlich nicht in eine Situation hineingeraten, die die EU angedacht hat, ein Vernichtungsprogramm für Kälber aufzulegen, das mir - das sage ich sehr deutlich - absolut widerspricht. Mit Milliarden sind Kälber aufgemästet worden. Jetzt geben wir Milliarden aus, um diese Kälber zu verbrennen. Das kann ich keinem Bürger draußen im Lande erklären.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Raider Steenblock)

Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass es jetzt im Bundeslandwirtschafts- und -Verbraucherministerium Überlegungen dahin gibt, das BSE-getestete Fleisch an Verbraucher zu geben - wo auch immer, ohne regionale Märkte zu stören -, statt es zu verbrennen. Das ist ethisch-moralisch nicht zu verantworten!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen deshalb Programme, um das zu verhindern. Statt durch die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, Überproduktion hervorzurufen, müssen wir zu Programmen kommen, wie wir die Tierprämie senken oder wie ein Tier an Fläche gebunden werden kann.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, lieber Claus Ehlers, es wäre schön, wenn wir über konkrete Programme redeten, wie den Rinder- und Bullenmästern sowie den Rinderhaltern eine Perspektive für ihr Fleisch geboten werden kann. Es wäre gut, wenn wir darüber redeten, wie wir die Landwirtschaftsministerin Frau Frantzen bei der Aufteilung von Geld, um die es zwischen Land und Bund geht, unterstützen können. Es muss darum gehen, dass wir hier eine vernünftige Perspektive bekommen. Ich bin sehr dafür, dass wir die **Gemeinschaftsaufgabe** Agrarstruktur und Küstenschutz für Maßnahme der BSE-Folgekostenfinanzierung öffnen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielleicht könnten Sie wieder etwas mehr zuhören.

Raider Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann hätten wir eine faire Kostenaufteilung zwischen Bund und Land. In diese Richtung denkt man auch im Landwirtschaftsministerium. Es wäre im Interesse des Landes und im Interesse der Landwirte vernünftig, wenn wir hier geschlossen eine **gemeinsame Finanzierung** zwischen **Bund und Land** erzielen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ärgert mich dann doch. Frau Happach-Kasan und Claus Ehlers haben gesagt, dies sei wie eine Naturkatastrophe über uns gekommen und die Landwirte seien überhaupt nicht in der Verantwortung für das, was hier passiert ist. Ich gebe ihnen auch nicht die alleinige Schuld. Aber ich möchte Ihnen zu einem anderen Bereich der Landwirtschaftspolitik eine Pressemitteilung von vorgestern zitieren:

„Auch in Hessen und Nordrheinwestfalen ermitteln jetzt Staatsanwälte wegen illegaler Weitergabe von Tier- und Arzneimitteln. Das hessische Gesundheitsministerium teilte mit,

zwei in Bayern und Thüringen verdächtige Tierärzte hätten auch Kontakt zu den Höfen in Hessen gehabt. Das Landeskriminalamt habe Kontrollen durchgeführt. Das ARD-Magazin „Report“ berichtet unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft Verden, bundesweit hätten rund 250 Tierärzte illegal mit Antibiotika gehandelt. Jeder zweite Landwirt setzt Antibiotika als Leistungsförderer ein.“

Egal, ob die Zahl 100-prozentig stimmt. Wenn wir nicht wegen BSE, sondern wegen dieser Strukturen keine Alternative zu dieser Landwirtschaftspolitik finden, die nicht auf Kosten der Gesundheit von Verbrauchern geht - diese Verquickung zwischen Pharmaindustrie, Chemieindustrie und Landwirtschaft, wo die Bauern häufig Opfer sind, aber wissen, was da passiert -, dann können wir uns aus unserer Verantwortung als herausgestohlen betrachten. Das darf nicht sein. Deshalb können wir uns hier nicht hinstellen und sagen, es habe niemand gewusst, was da passiert. Wir haben es alle gewusst und wir müssen jetzt die Weichen für eine alternative Landwirtschaftspolitik stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einleitend möchte ich zwei Bemerkungen voranstellen. Erstens. Die Landesregierung steht derzeit gerade in Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufteilung der Kosten der BSE-Krise. Die Bundesregierung hat die Übernahme von 1 Milliarde DM der auf rund 2 Milliarden DM geschätzten Kosten bisher zugesagt. Hier darf sich die Bundesregierung auf keinen Fall aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die Summe von 1 Milliarde DM ist für die Bewältigung der BSE-Krise zugesagt worden. Den Ländern ist dies mit Recht zu wenig. Bei den Verhandlungen dreht es sich nicht nur um die jeweils zu tragenden **Kosten**, sondern auch darum, welche Bereiche kostenmäßig von **Bund und Land** übernommen werden sollen. Diesen Verhandlungen allerdings sollten wir nicht vorgreifen, da wir sonst unsere Verhandlungsposition gegenüber dem Bund verschlechtern würden.

Zweitens. Wenn 30 Millionen DM aus dem **Landeshaushalt** bereitgestellt werden sollen, muss auch ge-

(Lars Harms)

sagt werden, bei welchen Haushaltstiteln gespart werden soll. 30 Millionen DM lassen sich nicht so einfach durch Einsparung innerhalb eines Haushalts erreichen. Bei 30.000 DM oder 300.000 DM mag dies noch möglich sein. Bei 30 Millionen DM brauchen wir einen Deckungsvorschlag.

Von den Grünen wurde beispielsweise der Vorschlag unterbreitet, 12 Millionen DM für die Förderung standortangepasster Landwirtschaft dadurch freizumachen, dass man die Mittel für die Dorferneuerung kürzt. Darüber kann man durchaus diskutieren. So werden Möglichkeiten geschaffen, die Landwirtschaft zusätzlich mit 12 Millionen DM zu fördern, und außerdem würde ein Schritt hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft gemacht.

Dass die **Land- und Ernährungswirtschaft** unterstützt werden muss, ist allen klar. Die Frage ist daher: Woran machen wir künftige **Förderungen** fest? In diesem Zusammenhang ist es für mich wichtig, dass wir die Zahlungen an bestimmte Leistungen binden. Wir können keine reinen Zuschüsse zahlen, sondern wir müssen Anreize schaffen, schon jetzt anders zu wirtschaften als bisher. Öffentliche Förderungen müssen schon jetzt an umweltschonende Bewirtschaftungsformen und an Qualitätssicherung ausgerichtet werden.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür müssen jetzt aber auch Übergangsbeihilfen und Übergangsprämien bereitgestellt werden, um den Landwirten eine reale Chance zu geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass Banken bei der Gewährung oder bei der Rückzahlung von Krediten für die betroffenen Landwirte großzügig vorgehen sollten.

Diese Krise lässt sich nur langfristig lösen. Daher ist es auch wichtig, dass vonseiten der **Kreditwirtschaft** auch längerfristige Ansätze zugrunde gelegt werden. Vertreter der Landwirtschaft und der Kreditwirtschaft sollten sich zusammensetzen und Maßnahmen ausarbeiten, wie zum Beispiel Umstellungsberatung inklusive Finanzierung, damit betroffenen Landwirten von dieser Seite geholfen wird.

Wir wissen, dass das Land bisher in der BSE-Krise erheblich in Vorleistung gegangen ist. Die Landesregierung hat sich eingesetzt für den Aufbau von **Testmöglichkeiten**, für die Verstärkung der Kontrolle, für die Schaffung neuer Laborkapazitäten. Sie hat auch eine sofortige Informationspolitik in die Wege geleitet.

(Beifall beim SSW)

Die aktuellste Maßnahme ist die Aktion zum **Aufkauf von Altfuttermischbeständen und Milchaustauschern**. Die Landesregierung stellt für diese Aktion derzeit 820.000 DM zur Verfügung, um den betroffenen Landwirten diese Mittel zum Kaufpreis abzukaufen.

(Glocke des Präsidenten)

Derartige Maßnahmen der Landesregierung begrüßt auch der SSW. Diese Leistungen und Zahlungen kommen der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft direkt zugute.

Die Forderung im Antrag, dass die Landesregierung sich umgehend beim Bund für eine begrenzte **Aussetzung der Superabgaben** bei der Überschreitung der Milchquote einsetzen soll, ist bereits von der Wirklichkeit eingeholt. Die Abschaffung dieser Abgabe, die von den Landwirten eingefordert wird, halte ich auch für sinnvoll, wenn man sie zeitlich begrenzt. Durch die BSE-Krise kommt es dazu, dass Landwirte derzeit teilweise mehr Milchkühe im Stall halten, als es ihre Milchquote zulässt. Dies ist für die betroffenen Landwirte keine haltbare Situation. Daher begrüßt es der SSW, dass die Landesregierung im Bundesrat einen Antrag aus Baden-Württemberg zur Aussetzung dieser Abgabe unterstützt hat.

Wichtig ist mir hierbei jedoch, dass die Aussetzungszeit nicht ewig anhält. Es wäre der absolut falsche Ansatz, wenn wir aufs Neue Anreize schaffen würden, die zu einer mengenorientierten Produktion führen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Aussetzung der Abgabe**, wie im Bundesrat vorgeschlagen, ist die absolute Notlösung und muss zeitlich begrenzt bleiben.

Für alle Bereiche der Landwirtschaft gilt, dass über kurz oder lang das gesamte System der Quotierung, der Ausgleichszahlungen, der Interventionszahlungen und der Exporterstattungen völlig abgeschafft und durch qualitätsbezogene Leistungen ersetzt werden muss.

In Bezug auf die **Milchquote** begrüßen wir im Übrigen, dass Milchbetrieben, die von BSE-Fällen betroffen sind und die ihre Produktion daher aussetzen müssen, die Möglichkeit eingeräumt worden ist, ohne bürokratischen Aufwand ihre Milchquoten auf andere Betriebe übertragen zu können, um so wenigstens einige Einnahmen aus der Milchquote zu erhalten. Diese Problemlösung ist meines Erachtens eine gute kurzfristige Hilfe.

(Lars Harms)

Wir dürfen jedoch die Aufstellung von **Soforthilfeprogrammen** nicht nur unter finanziellen Aspekten sehen, sondern müssen vielmehr auch **strukturelle Änderungen** als Ziel setzen. Dies beinhaltet zum Beispiel die Ausrichtung der Arbeit der Landwirtschaftskammer. Hier müssen Gelder für bestimmte Forschungsvorhaben und für bestimmte Ausbildungsgänge bereitgestellt werden. Über die Höhe solcher Mittelzuweisungen lässt sich durchaus diskutieren. Wie wir wissen, wird dieses Thema in den Ausschüssen behandelt werden. Es wurde vorhin schon gesagt, wie viele BSE-Anträge schon in den Ausschüssen sind. Das ist auch ein Zeichen für Wahnsinn.

(Heiterkeit und Beifall bei SSW und SPD)

In diesem Zusammenhang muss die Landwirtschaftskammer allerdings auch auf andere Forschungsstellen zugehen und eine stärkere Zusammenarbeit zum Beispiel mit der CAU suchen oder auch mit ökologischen Landwirtschaftsverbänden in Schleswig-Holstein anstreben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Harms, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ehlers?

Lars Harms [SSW]:

Nein, ich bin gleich am Ende.

(Heiterkeit)

Wichtig ist auf jeden Fall, dass mögliche Zahlungen und Initiativen darauf ausgerichtet werden, dass sich die Land- und Ernährungswirtschaft nachhaltig ändert. Dieses Ziel sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sehen allerdings bei den beiden vorliegenden Anträgen nicht, dass man genau dieses Ziel erreichen will. Deshalb werden wir diese Anträge ablehnen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt hat Frau Ministerin Franzen das Wort.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn ein Schlaglicht auf die **wirtschaftliche Betroffenheit der Land- und Ernährungswirtschaft** werfen. Die Preise für Rindfleisch sind im Keller. Etwa 70 % Mindereinnahmen hat ein Landwirt bei seinem Erlös für Schlachttiere. Verarbeitende Betriebe, Schlachthöfe sind ganz arg betroffen.

1.282 Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen haben wir in diesem Bereich. Das ist ein Plus von 230 von Ende Januar bis jetzt. Betroffen ist der ländliche Raum, besonders der nördliche Landesteil in diesem Bereich. Sehr stark betroffen sind auch Frauen, denn hier finden sie Arbeit.

Lassen Sie mich aber auch eine gute Nachricht überbringen. Wir sind ja vom runden Tisch gestern sehr motiviert. Ich zitiere hier einmal die „Bild“-Zeitung. Da kann man sehen, wie weit ich gekommen bin.

(Heiterkeit im ganzen Haus - Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Der Rindfleischverkauf erholt sich und man ist wieder bei etwa 60 %. Das will ich gerne mit Optimismus glauben. Ich bin diesbezüglich von Medien befragt worden, die ähnliche Zweifel wie ich haben.

Lassen Sie mich deshalb zwei, drei Ziele vorwegstellen, die für mich als Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Räume unverzichtbar sind. Wir haben vor BSE weitgehend gesunde Betriebe gehabt. Schauen Sie einmal in unseren Agrarbericht des letzten Jahres.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wir wollen diese **Betriebe** erhalten. Wir können uns hier mit vielen Papieren und Programmen zu Tode diskutieren, aber wenn wir vorher die Betriebe in der Landwirtschaft verlieren, und zwar in einer höheren Quote, als wir sie sowieso jährlich haben, dann war unsere Politik nicht erfolgreich.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nun muss ich allerdings zur Opposition sagen - zumindest zur CDU; die F.D.P. kann man ausnehmen -: Bei der Beratung des Haushalts 2001 im Dezember müssen Sie irgendwie gepennt haben. Das tut mir Leid. Oder Sie hatten Alternativen, haben aber bei uns zugestimmt.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, was wir im **Haushalt** gemacht haben. In der logischen Konsequenz, als wir den ersten BSE-Fall hatten und der Haus noch nicht verabschiedet war, haben wir 6,915 Millionen DM reine Landesmittel und damit hochgerechnet über 40 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Das können Sie nachlesen. Das steht da drin.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist ein Skandal, wenn Sie so tun, als ob das nicht wahr wäre.

(Ministerin Ingrid Franzen)

Nun geht ja die Runde viel weiter. Unserem Finanzminister kann man ja vieles nachsagen, aber dass er nicht plietsch ist, das kann man ihm bestimmt nicht nachsagen. Und was ist mit Forderungen in Richtung Berlin? Wie schön wäre es, wenn wir uns da einig wären! Die Richtung ist: Nimm unser reines Landesgeld - das sind fast 7 Millionen DM -, tue es in die GA, packe 40 Millionen DM vom Bund dazu. Dann haben wir 70 Millionen DM. Das hat der Finanzminister in einem ersten Gespräch im Kabinett über den Haushalt 2002 und in der mittelfristigen Finanzplanung schon fortgeschrieben. Wenn Sie das hochrechnen, stellen Sie fest, wir hätten für diese Zeit mit den Mitteln aus der GA - wenn Sie sich da einmal solidarisch für die Bauern und für all die einsetzen würden, die ich hier genannt habe - Mittel, ein Paket von 70 Millionen DM. Und da reden Sie von 30 Millionen - ungedeckten. Das ist ja lächerlich!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie einmal den Finger bei der EU in die Wunde legten. Der gute Kommissar Fischler - ich will die anderen gar nicht nennen - hat ein **Sieben-Punkte-Programm** aufgelegt. Das habe ich kommentiert, das hat Frau Künast kommentiert. Haben Sie einmal etwas gesagt? Haben Sie keine Meinung dazu? Ich kann Ihnen sagen, er hat kein neues Geld in die Hand genommen, sondern er repariert am bestehenden System herum. Es wäre noch bürokratischer und es ist absolut nicht nachhaltig. Dieses Programm ist einfach abzulehnen. Sie äußern sich dazu gar nicht erst. Wo sind Sie denn eigentlich in diesem Bereich?

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich will wieder ruhiger werden. Die **Entsorgung** läuft. Das war ein begrenztes Lob. Ich kenne Herrn Ehlers auch gut genug. Das war schon ganz gut. Ich habe das in Eckernförde aktiv begleitet, bei Wind, Schnee und Regen. Die Landwirte sind gekommen. Sie liefern an. Sie sind dankbar und froh. Jetzt kann man auch einmal Frau Künast loben, weil sie in der Agrarministerkonferenz politisch und sehr weitsichtig gesagt hat: Die Kosten trage ich allein. - Wir setzen das jetzt im Vorfeld um, wobei wir jetzt sicher sind, dass wir das vom Bund wiederbekommen, und zwar bei den Landwirten.

Bei der **Futtermittelindustrie** kann es, denke ich, noch ein bisschen dauern, bis wir uns geeinigt haben. Aber das ist unsere Art von Solidarität, dass wir sagen: Wir helfen euch Landwirten, wir zeigen euch, dass es vorwärts geht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Nun muss ich mich ein bisschen beeilen. - Zur **Rinder Sonderprämie!** Sie sind doch Insider. Dann sagen Sie doch alles! Was hindert mich denn, etwas früher zu machen?

HIT-System! 500.000 Fehler haben unsere Landwirte produziert. Dabei sind wir noch das zweitbeste Bundesland. Himmel Herrgott, es muss doch möglich sein, solche Formulare auszufüllen! Dann helfen Sie ihnen doch oder setzen Sie den Bauernverband auf den Pott oder die Kammer! Dass da nicht geholfen wird, geht doch so nicht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Lothar Hay [SPD]: Das ist eine sinnvolle Aufgabe für die Landwirtschaftskammer! - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Unruhe)

- Die Kammer berät - das ist ihr Job -, wenn man allein damit nicht zurechtkommt.

Ich möchte folgende Schlussbemerkung machen. Ich stimme Herrn Ehlers zu, der gesagt hat: Das ist die erste Debatte. Wir haben im Moment überhaupt keine Ahnung über das Ausmaß der BSE-Krise. Wir haben derzeit 35 Fälle bei uns, 5 positive und 7 negative, einer ist dazugekommen. Wie wäre es denn, wenn wir gerade in Zeiten des Streits um Finanzen an einem Strang zögen, endlich aufhörten, Schuld und Unschuld zu verteilen, wie das hier wieder passiert ist? Ich bin optimistisch; denn das ist - wie gesagt - nicht die letzte Debatte und nicht die erste; vielleicht raufen wir uns einmal zusammen. Das würde sich die Landwirtschaftsministerin von Herzen wünschen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich möchte allen Rednerinnen und Rednern für die Kürzung ihrer Beiträge danken, damit wir die Beratung ordnungsgemäß zu Ende führen konnten. Ich muss allerdings vorerst noch eine Reihe von Kurzbeiträgen aufrufen. Zunächst erteile ich das Wort nach § 56 Abs. 4 der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan.

(Zuruf: Eigentlich ist alles gesagt! - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Herr Kollege Steenblock! Kriminelles Handeln ist in keinem Fall, auch bei keinem Landwirt in irgendeiner Weise zu entschuldigen. Das möchte ich für meine Fraktion ganz klarstellen. Da gibt es keine Entschuldigung.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Aber wir müssen auch sehen, dass wir durch den **Abbau von Kontrollen** im Bereich Lebensmittel und Futtermittel teilweise zu **kriminellem Handeln** einladen. Es ist schon merkwürdig, wenn das Ministerium sogar bei den Oppositionsabgeordneten anruft und sie darum bittet, in den eigenen Kreisen dafür zu sorgen, dass ein paar Stellen für Veterinäre erhalten bleiben. Das habe auch ich selbstverständlich getan.

Aber ich finde es schon merkwürdig, wenn mit dem Hinweis auf hessische Kriminalität Schleswiger Bauern die Solidarität verwehrt wird. Es gehört zu den ganz wichtigen rechtsstaatlichen Grundprinzipien, dass Schuld nachgewiesen werden muss.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir können nicht, weil es in Hessen Kriminalität gibt, darauf schließen, dass bei den Rinderzüchtern in Schleswig-Holstein auch etwas sein wird. Wir können das auch im Vorbeigehen nicht einfach so sagen. Ich halte das nicht für richtig. Wir wissen auch, dass die Kriminalität im Bereich **Schweinemast** eine Ursache in den äußerst harten Wettbewerbsbedingungen hat. Wir wissen, dass nur noch 62 % der Schweinemast in Deutschland passiert. Alles andere ist woanders. Wie dort gemästet wird, wissen wir überhaupt nicht. Ob es dort Kriminelles gibt, wissen wir auch nicht. Insofern ist es schon richtig, sich dafür einzusetzen, eigene Produktion im Lande zu behalten.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Harms, ich kann mir einen Hinweis nicht ganz verkneifen. Wenn es hier um Einsparung öffentlicher Stellen und so weiter geht, macht sich der SSW vehement stark dafür, öffentliche Stellen im Bereich der Verwaltung im Landesteil Schleswig zu behalten. Wenn es aber darum geht, den Betrieben im Landesteil Schleswig ein bisschen zu helfen, dass sie diese Krise überstehen können, rühren Sie keinen Finger. Das finde ich schon komisch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Kalinka. - Er verzichtet. Dann hat jetzt zu einem weiteren Kurzbeitrag Herr Abgeordneter Ehlers das Wort.

(Konrad Nabel [SPD]: Nun entschuldigt er sich! - Claus Ehlers [CDU]: Damit kannst du rechnen!)

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann es nur als Arroganz der Macht bezeichnen, wenn unsere Anträge im Ausschuss nicht weiter beraten werden sollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn denn vom Abgeordneten Harms unsere Anträge so bezeichnet werden, als wenn sie von „Wahnsinnigen“ gestellt worden seien - für diese verbale Entgleisung sollten Sie sich entschuldigen, junger Mann!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerin, zur Finanzierung! Ich habe in meinem Redebeitrag gesagt: Das Land Schleswig-Holstein hat 186 Millionen DM mehr Steuereinnahmen; von diesen 186 Millionen wollen wir unser 30-Millionen-DM-Soforthilfeprogramm finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bemerkung der Kollegin Happach-Kasan kann ich so natürlich nicht stehen lassen. Das ist klar.

(Zurufe)

- Herr Harms kann für sich allein antworten. - Es wurde behauptet, dass sich der SSW für den Erhalt öffentlicher Arbeitsplätze einsetzt, aber nichts für die Betriebe im Landesteil Schleswig tun will. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei SSW und SPD - Zuruf von der F.D.P.: Ja, das war so!)

- Nein, das ist so nicht gesagt worden; das kann man im Protokoll genau nachlesen.

(Zurufe)

Ich möchte gern hinzufügen, dass öffentliche Arbeitsplätze etwas sind, womit wir als Landtag direkt zu tun haben. Sie sind doch für die soziale Marktwirtschaft, für die freie Marktwirtschaft. Da muss man unterscheiden.

Wir setzen uns für den Erhalt von Betrieben im Landesteil Schleswig ein, wo immer es geht. Das wissen

(Anke Spoorendonk)

Sie ganz genau. Das war eine sehr polemische Aussage von Ihnen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Die Bemerkung mit dem Wahnsinn will ich so stehen lassen, das könnt ihr selbst im Agrarausschuss diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD - Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist zunächst beantragt worden, die Anträge an den zuständigen Ausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss zu überweisen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist das!)

Wer dem Antrag auf Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag auf Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der F.D.P. abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag der CDU abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag der CDU ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Immer gegen die Landwirtschaft!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns darauf verständigt, dass wir Tagesordnungspunkt 21 auf die März-Tagung verschieben. Wir werden ebenso mit dem Bericht des Eingabenausschusses verfahren. Ich werde jetzt aber noch einige wenige Punkte ohne Aussprache aufrufen, und zwar zunächst Tagesordnungspunkt 17:

Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/732

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/705

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Eine Mitberatung ist nicht gewünscht. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch das haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen

Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU
Drucksache 15/720

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Gender Mainstreaming - Chancengleichheit für Frauen und Männer

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/521 (neu)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/537

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/703

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke für diesen umfangreichen Bericht. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Dann lasse ich über die Anträge in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen

will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der 10. Tagung angelangt. Die 11. Tagung des Landtages wird am 21. März 2001 um 10 Uhr beginnen. Ich wünsche ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:22 Uhr